CDU BREMEN

CONNECTED CITIES.

DAS VERNETZTE LAND.

Regierungsprogramm der CDU Bremen zur Wahl der Bremischen Bürgerschaft am 14. Mai 2023.

Moin!

Dies ist das Programm der Bremer CDU für die Bürgerschaftswahl am 14. Mai 2023 - unser Angebot für Sie als Wählerinnen und Wähler. Es ist konkret, es ist anders, es zeigt Lösungen auf, es ist umfassend und zukunftsorientiert. Kurzum: Es ist ein Regierungsprogramm für Bremen und Bremerhaven! Denn wir wollen wieder stärkste Kraft werden. Und wir wollen Bremen nach dem 14. Mai regieren.

Was ist anders? Wir haben buchstäblich einen Fahrplan für Bremen und Bremerhaven entwickelt – vernetzt, getaktet und zuverlässig. Wir denken nicht in Ressortgrenzen, sondern uns geht's um Zukunftschancen, um Heimat, um Lebensqualität und um das Zusammenleben in unseren beiden Städten: 15 Themenfelder bilden unsere Linien, unterteilt in einzelne inhaltliche Stationen und themenübergreifende Knotenpunkte, an den wir unsere Ideen für das Bundesland vernetzt haben. Sie, liebe Leserinnen und Leser, können dadurch an einem beliebigen Punkt ins Regierungsprogramm einsteigen, in eine andere Linie umsteigen oder sich auch an einem unserer Bahnhöfe aufhalten und später weiterfahren.

Der Aufbau des Programms steht sinnbildlich dafür, wie wir uns Regierungsarbeit in und für Bremen und Bremerhaven vorstellen. Unser Fahrplan ist: Vernetzt! Gerade hier bei uns – wo man sprichwörtlich nur über den Marktplatz muss – besteht die große Chance, schneller und agiler zu reagieren als andere Bundesländer. Aber im jetzigen Senat steht an Stelle von Schnelligkeit oft Gleichgültigkeit, an Stelle von Lösungen stehen Befindlichkeiten, an Stelle von Pragmatismus steht Ideologie. Das wollen wir ändern! Aktuelle Aufgaben und Herausforderungen können in einem Regierungsteam nur ressortübergreifend, vernetzt und untergehakt gelöst werden.

Und genauso – gemeinsam als starkes Tandem – wollen wir es angehen: Denn Bremen ist unsere Heimat und unser Herz schlägt für dieses kleine Land mit großem Potential! Mit unseren Häfen, dem fleißigen Handwerk und führenden Hightech-Unternehmen sind wir wirtschaftlich stark, wir haben eine ausgezeichnete Wissenschaftslandschaft, einzigartige Traditionen, lebhafte Kultur, viel Natur, eine historische Innenstadt – und nicht zuletzt tolle Menschen, die hier leben und arbeiten! Für Sie wollen wir Bremerhaven und Bremen besser regieren.

Wenn sie Fragen oder Ideen zu unserem Programm haben, steigen Sie ein in unsere Linien Richtung Zukunft und lassen Sie uns ins Gespräch kommen.

Help uns darbi, wähl op 14 Mai CDU.

Herzliche Grüße

Frank Imhoff

Wiebke Winter

INHALTVERZEICHNIS

LINIE: BILDUNG	1
LINIE: WIRTSCHAFT	12
LINIE: HÄFEN	25
LINIE: MOBILITÄT	30
LINIE: LEBENSWERTE STÄDTE	37
LINIE: SICHERHEIT	52
LINIE: KLIMA, UMWELT, ENERGIE UND NACHHALTIGKEIT	62
LINIE: WISSENSCHAFT	73
LINIE: LEBENSWELTEN	81
LINIE: ARBEIT UND SOZIALES	88
LINIE: GESUNDHEIT	96
LINIE: EHRENAMT UND SPORT	107
LINIE: DIGITALISIERUNG	112
LINIE: FÜHRUNG UND VERWALTUNG	120
LINIE: FINANZEN	123

LINIE: BILDUNG

Wir wollen für Bremen und Bremerhaven ein gut ausgestattetes und qualitativ hochwertiges Bildungssystem. Ein solches Bildungssystem umfasst Kindergärten, Schulen, akademische Bildungseinrichtungen, Vereine und Jugendeinrichtungen. Unsere Schulen bereiten unsere Kinder und Jugendlichen auf das Leben vor: Schülerinnen und Schüler erlernen grundlegende Kulturtechniken, stärken ihre sozialen Kompetenzen und bauen ihre kognitiven Fähigkeiten aus. Zukunftsgewandte, gleichwertige und faire Bildungschancen für jede und jeden - unabhängig von Geschlecht, Herkunft und Orientierung - sind aber nicht nur für den sozialen Zusammenhalt einer vielfältigen Gesellschaft unerlässlich, sondern bilden den Grundpfeiler eines funktionierenden Gemeinwesens. Sie bewirken, dass Menschen in die Lage versetzt werden, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten sowie ihren Lebensunterhalt durch eine Erwerbstätigkeit eigenständig zu bestreiten und nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein. Hiervon profitieren wir zudem als Gesellschaft mit qualifizierten Fachkräften in Wissenschaft, Handwerk und Industrie.

In Bremen wird der Bildungsbereich jedoch seit langem sträflich vernachlässigt: Seit Jahren schneiden Bremer Schüler in den Ländervergleichsuntersuchungen fast immer am schlechtesten ab - und der Abstand zum Durchschnitt wird nicht geringer, sondern größer. Etwa zehn Prozent unserer Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss. Für ihren weiteren Lebensweg und ihre berufliche Karriere ist das ein schwerer Nachteil. Wir sind davon überzeugt: Kinder in Bremen und Bremerhaven sind nicht weniger intelligent als die im Rest der Republik! Das bremische Bildungssystem erlaubt es unseren Kindern und Jugendlichen jedoch oft nicht, ihre maximalen Wissens- und Leistungspotenziale abzurufen. Eine über Jahrzehnte aus ideologischen Beweggründen kultivierte Haltung, jeglichen Leistungsgedanken nach Möglichkeit aus unseren Schulen zu verbannen, hat dazu ihren Beitrag geleistet. Unzureichende frühkindliche Bildung und spätere schulische Defizite stehen bei Kindern und Jugendlichen oftmals am Beginn von Armutskarrieren ohne Perspektive.

Wir werden uns mit dieser Situation nicht abfinden. Bildung ist unsere wichtigste Ressource. Wir werden mit Nachdruck das Ziel verfolgen, die Bildungsqualität und Bildungsgerechtigkeit in Bremerhaven und Bremen spürbar zu steigern, um somit auch innerhalb der Ländervergleichsuntersuchungen perspektivisch wieder den Anschluss an das Mittelfeld herzustellen.

In der Bildung und in der Lehre - wie in der gesamten öffentlichen Verwaltung – keine Diskriminierung von Personen geben, die nicht „gendern“. Es darf keine verpflichtenden Vorgaben zum Gendern der Sprache geben. Ob jemand gendert oder nicht, darf außerdem keinen Einfluss auf die Benotung haben.

Stationsname: Frühkindliche Bildung – Zentraler Umsteigepunkt

Schnittstelle(n): Arbeit und Soziales, Lebenswelten

Die frühkindliche Bildung ist der Schlüssel für den Start in eine erfolgreiche Bildungskarriere. Durch spielerische Erfahrungen sowie gezielte Unterstützung der pädagogischen Fachkräfte lernen die Kleinsten nicht nur ihre Umwelt kennen, sondern trainieren ihre kognitiven sowie motorischen Fähigkeiten und ein soziales Miteinander. Von herausragender Bedeutung ist bei alldem der Spracherwerb. In Bremen haben mittlerweile annährend 50%, in Bremerhaven sogar über 50% der vor ihrer Einschulung getesteten Kinder einen nachgewiesenen Sprachförderbedarf. Nach allen wissenschaftlichen Erkenntnissen haben Kinder, die vor der Schule keine Bildungseinrichtung besucht haben, schon bei der Einschulung entscheidende Chancen verpasst. Partizipation und Teilhabe sind deutlich erschwert. Als CDU Bremen werden wir

- die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen nach dem Vorbild andere Bundesländer (z.B. Hamburg) von Zuwendungen auf Entgelte (Kita-Gutscheine) umstellen. Lange Planungsprozesse und komplizierte (bautechnische) Zuwendungsprüfungen können damit entfallen und der Ausbau erfolgt bedarfsorientiert,
- den Kita-Ausbau, gerade auch unter Einbindung von privaten Investoren, weiter beschleunigen,
- ein Anreizsystem schaffen, das Träger von Kindertageseinrichtungen für freiwillige Angebote von sogenanntem „Platzsharing" durch verbesserte Personal- und Sachausstattung belohnt. Wir wollen zudem eine „Platztauschbörse" online anbieten,
- Kita-Träger, die freiwillig zusätzliche Kinder in bestehende Einrichtungen und Gruppen aufnehmen, durch verbesserte Personal- und Sachkostenausstattung sowie zusätzliche Anleiterstunden belohnen,
- in Kooperation mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften Räumlichkeiten für Angebote der externen Kindertagespflege schaffen,
- die Ausgestaltung des lange überfälligen Landesgesetzes über Kita-Qualität und -Finanzierung endlich finalisieren,
- uns mit Nachdruck beim Bund dafür einsetzen, dass die finanziellen Mittel aus dem sogenannten „Gute-Kita-Gesetz" den Ländern auf Dauer zur Verfügung stehen,
- Quartiersbildungszentren (QBZ) sukzessive in weiteren Stadtteilen etablieren,
- Betriebskindergärten fördern und in die Planung von Kita-Plätzen einbeziehen, da wir uns modernen Arbeitsmöglichkeiten und dem Abbau von Karrierenachteilen für erziehende Elternteile verpflichtet fühlen. Die Verbindung von Arbeitsplatz und Kinderbetreuung an einem Ort erachten wir dafür als ideal,
- gemeinsam mit Unternehmen Konzepte entwickeln, wie Kinder alleinerziehender Eltern auch während ihrer Schichtzeiten kindgerecht betreut werden können. Davon erhoffen wir uns auch eine Stärkung der Attraktivität von MINT- sowie Sozialberufen für Frauen und Männer,
- die inhaltliche und institutionelle Verzahnung von Kita und Schule, die noch immer nicht Praxis ist, weiter vorantreiben. Dafür werden wir den Bildungsplan 0-10 in Bremen endlich umsetzen,

- Qualifizierung zur Kindertagespflege reformieren, die Ausbildungszeiten von 9 Monate auf 2-3 Monate verkürzen und vergütet in Voll- und Teilzeit zusätzlich anbieten. Den Tagespflegepersonen, die einen Bindungsvertrag für die Bereitstellung von Plätzen unterschreiben, die Bürokratie abnehmen, so dass diese sich auf die pädagogische Arbeit konzentrieren können. Hierzu soll eine zentrale Service- und Anlaufstelle bei „Pflegekinder in Bremen" (PIB) geschaffen werden,
- zusätzliche Formate erarbeiten, die es Kindertagespflegepersonen ermöglichen, über modulare Fortbildungen berufsbegleitend Abschlüsse als Sozialpädagogische Assistenz oder Erzieherin zu erwerben.

Stationsname: Fachkräftesicherung und -gewinnung

Schnittstelle(n): Arbeit und Soziales, Bildung, Lebenswelten

Über 600 baulich fertiggestellte Plätze und tausende von tatsächlich fehlenden Plätzen stehen besonders innerhalb der Stadtgemeinde Bremen nicht zur Verfügung, weil kein geeignetes pädagogisches Personal vorhanden ist. Diesen Flaschenhals wollen wir beseitigen. Hierzu wollen wir das Berufsfeld der Erzieherin / des Erziehers weiter attraktiv gestalten, um mehr junge Menschen für diese sinnstiftende Arbeit mit den Kleinsten in unserer Gesellschaft zu gewinnen. Wir werden den Zugang zum pädagogischen Berufsfeld innerhalb der Kindertagesbetreuung weiter vereinfachen. Dabei haben wir auch die Kindertagespflege im Blick. Wir werden diesen niedrigschwelligen Einstieg in die Arbeit mit Kindern attraktiver gestalten und sie gleichzeitig von Verwaltungs- und Dokumentationsaufgaben entlasten.

Als CDU Bremen werden wir:

- zusätzliche Plätze innerhalb der praxisintegrierten Ausbildung (PiA) zur Erzieherin / zum Erzieher schaffen,
- die vollumfängliche Anerkennung von ausländischen Pädagogikabschlüssen erleichtern und mit deutschen Abschlüssen gleichsetzen, damit diese entsprechend qualifizierten Personen den Einrichtungen schneller zur Verfügung stehen,
- pädagogische Fachkräfte von administrativen Tätigkeiten und Verwaltungsaufgaben entlasten, damit sie sich mehr auf die Arbeit am Kind konzentrieren können.
- die Qualifizierung zur Kindertagespflege von Beginn an vergüten und hierbei verschiedene Formate in Voll- und Teilzeit auflegen,
- eine zentrale Service- und Anlaufstelle für Tagespflegepersonen schaffen, die sie von der Arbeit im Zusammenhang mit Verwaltungs-, Dokumentations- und Abrechnungspflichten entlastet,
- zusätzliche Formate erarbeiten, die es Kindertagespflegepersonen ermöglichen, über modulare Fortbildungen berufsbegleitend auch in der Selbständigkeit Abschlüsse als Sozialpädagogische Assistenz oder Erzieherin zu erwerben und diese zu vergüten.

Stationsname: Verpflichtendes Vorschuljahr
Schnittstelle(n): Arbeit und Soziales, Wirtschaft, Bildung

In Bremen haben mittlerweile annähernd, in Bremerhaven sogar über 50% der vor ihrer Einschulung getesteten Kinder einen nachgewiesenen Sprachförderbedarf. Bei etwa einem Viertel besteht dieser auch noch zum Start ihrer Schullaufbahn. Dabei ist das Verstehen und Sprechen der deutschen Sprache eine Schlüsselqualifikation zur erfolgreichen Teilnahme am Schulunterricht - wer aus sprachlichen Gründen schon kaum die Zahlen und Buchstaben lernen kann, hat es oft während seiner gesamten Schullaufbahn schwer. Wir wollen, dass jedes Kind die gleichen Chancen auf eine gute Bildung hat. Wir wissen aber, dass dies nur mit ausreichenden Sprachkenntnissen gelingt. Daher wollen wir in Bremen ein verpflichtendes Vorschuljahr für alle Kinder einführen, die einen nachgewiesenen Sprachförderbedarf haben. Hierbei orientieren wir uns am Modell Hamburgs, das damit nachweislich gute Erfolge erzielen konnte.

Stationsname: Digital-Hausmeister-Pool für Bremen
Schnittstelle(n): Wirtschaft, Digitalisierung

Schulen sollen digital werden - und das ist richtig so! Wir sehen gerade im Bereich Bildung ein hohes Potenzial, um Schüler individuell zu fördern und zu fordern. Hierzu müssen interaktive Formate auch im digitalen Unterricht der Normalfall sein. Das geht allerdings nur, wenn die Technik mitmacht - und sowohl WLAN als auch die Soft- und Hardware in jedem Klassenzimmer funktionieren. Für Lehrerinnen und Lehrer bleibt neben dem regulären Unterricht oft nicht die Zeit, sich selbst um Administration und Aktualisierung an digitalen Endgeräten zu kümmern. Zudem können noch mehr digitale Produkte besser und schneller eingesetzt werden, wenn es jemanden gibt, der sich dafür zuständig fühlt. Daher wollen wir einen Digital-Hausmeister-Pool für Bremen und Bremerhaven einrichten. Digitale Hausmeister sollen sich um eine oder mehrere Schulen in Bremen kümmern und sich gegenseitig vernetzen, um die Bremer Schulen auf ein einheitliches Digitalniveau zu heben. Dabei müssen die Digitalhausmeister keine Lehrkräfte, sondern ausgebildete ITler sein, die Lehrer sowie Schüler in der digitalen Arbeit unterstützen können. Bei alledem wollen wir den Präsenzunterricht an Schulen durch digitale Lernmethoden ergänzen, keinesfalls aber ersetzen.

Wir werden zudem

- ein eigenständiges Unterrichtsfach Informatik ab der Sekundarstufe I einführen,
- erste grundlegende Lerninhalte aus dem Bereich Informatik innerhalb bestehender Fächer bereits in der Grundschule vermitteln,
- eine verlässliche und leistungsfähige WLAN-Ausleuchtung jedes Unterrichtsraums, Videokonferenzsysteme und Präsentationsmedien sicherstellen,
- eine Folgefinanzierung für die angeschafften mobilen Endgeräte auf den Weg bringen,
- die Lernplattform „itslearning“ sowie die eingesetzte Schulverwaltungssoftware zu einem digitalen Schulportal integrieren; dieses muss alle zeitgemäßen Anwendungen umfassen und sich gleichermaßen an Lernende, Lehrende, Verwaltung

und Eltern richten. Dem Datenschutz muss über unterschiedliche Zugriffsrechte und weitere Sicherungsmechanismen entsprochen werden,

- die Schulverwaltung konsequent digitalisieren, damit diese weitgehend papierlos arbeiten kann.

Stationsname: Berufliche Ausbildung stärken: Mit Hand und Verstand
Schnittstelle(n): Wirtschaft

Für uns ist klar: Der Meister ist genauso viel wert wie der Master! In Debatten über den Bildungsbereich stehen die beruflichen Schulen zu selten im Fokus. Dabei leisten sie mit ihrem Wirken nicht nur einen unverzichtbaren Beitrag zu unserer wirtschaftlichen Prosperität, beispielsweise im Rahmen der dualen Ausbildung. Wir werden die beruflichen Schulen personell und materiell besser ausstatten. Wir werden die berufliche Bildung im Land Bremen weiter konsequent stärken und ihre Gleichwertigkeit und Vorzüge konsequent profilieren. Hierzu werden wir die Berufsorientierung weiter ausbauen und adressatengerecht bereits in der 4. Klasse damit beginnen. Auf der anderen Seite verfolgen wir das Ziel, dass zukünftig in breiterem Umfang höherwertige Abschlüsse (DQR 7) an beruflichen Schulen erworben werden können. Ein wichtiger Schritt ist zudem die verlässliche und vor allem auch fristgerechte Umsetzung der Schulstandortplanung für die beruflichen Schulen mit ihrem Campus-Gedanken. Darüber hinaus werden wir

- den Werkunterricht im Rahmen des Sachunterricht an der Grundschule sowie des Schulfachs Wirtschaft-Arbeit-Technik in der Sekundarstufe I stärken,
- die obligatorische berufliche Orientierung an den Schulen sowie an außerschulischen Lernorten durch Elemente wie den Berufswahlpass, Potenzialanalysen, Werkstatt-Tage, Praktika, Schülerfirmen, Tage der beruflichen Bildung, Berufsmessen, die Einladung von Unternehmern und Unternehmerinnen in Schulen sowie eine wirksamere Einbindung der Eltern stärken; dabei sind sowohl die Berufsorientierungskräfte der Agentur für Arbeit als auch Praktiker aus Unternehmen einzubinden,
- die personelle und materielle Ausstattung der Berufsschulen durch ein Sonderprogramm verbessern,
- den starren Blockunterricht an vielen Berufsschulen bei entsprechendem Bedarf flexibilisieren, damit Ausbildungen in Teilzeit, z.B. von Alleinerziehenden, nicht daran scheitern,
- die beruflichen Gymnasien stärken.

Stationsname: Ganztag ganz normal
Schnittstelle(n): Soziales, Wirtschaft

Wir wollen alle Grundschulen in Bremen und Bremerhaven zu Ganztagsgrundschulen machen. Dabei sollen Ganztagsschulen ein breites Angebot aufweisen: Wir wollen Kooperationen mit Sportvereinen und örtlichen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe intensivieren und ausweiten. Bei alledem nehmen wir selbstverständlich auch die weiterführenden Schulen in den Blick und werden entsprechende Angebote weiter ausbauen. Zudem wollen wir

- Schulen konsequent als offene Häuser und Orte der Begegnung innerhalb des Stadtteils etablieren und orientieren uns dabei an Vorbildern aus Skandinavien,
- im rhythmisierten Nachmittagsangebot genug Raum für Angebote zur Selbstfindung, -stärkung und -ermächtigung von Kindern und Jugendlichen lassen und hierbei Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter niedrigschwellig einbinden,
- Die Finanzierungsgrundlagen für eine verbesserte Kooperation mit Sportvereinen und Schulen verlässlich aufstellen,
- die dritte Sportstunde realisieren.

Stationsname: Qualitätsunterricht

Wir wollen Schülerinnen und Schüler in Bremen individuell fördern und fordern - und sie so zu Bestleistungen bringen. Dafür brauchen sie jedoch Unterstützung. Lernstandserhebungen sowie nationale und internationale Vergleichsarbeiten sind hierbei kein Selbstzweck. Vielmehr liefern sie Lehrkräften die notwendigen Erkenntnisse, auf deren Grundlage individuelle Lernangebote entwickelt werden. Von der Arbeit des „Instituts für Qualitätsentwicklung Bremen" (IQHB) erwarten wir im Zuge seiner lernprozessbegleitenden Diagnostik endlich spürbare Impulse und vor allem einen effektiven Mehrwert für die Unterrichtsentwicklung unserer Lehrkräfte. Im Zuge dessen werden wir die Lernausgangslagenerhebung LALE auf weitere Klassenstufen ausdehnen und parallel die Voraussetzungen dafür schaffen, dass perspektivisch alle Schulen in Bremerhaven und Bremen teilnehmen. Wir wollen zudem:

- Angebote politischer Bildung an Schulen durch Projektarbeit wie „Die Juniorwahl" oder „Jugend debattiert" unterstützen,
- bilingualen Unterricht wieder verstärkt anbieten und Angebote wie das „AbiBac" weiter fördern,
- wir setzen uns für den Erhalt der bestehenden Gymnasien in Bremen und Bremerhaven ein und wollen den Bau eines neuen Gymnasiums im zentralen Bremer Westen (Walle, Gröpelingen) vorantreiben,
- den Unterricht im MINT-Bereich altersgerecht bereits ab der Grundschule stärken,
- Schwerpunkte an Schulen wie „Luft- und Raumfahrt" am Gymnasium Vegesack oder Latein am Alten Gymnasium weiter fördern.

Stationsname: Talent-Schule

Schnittstelle(n): Arbeit und Soziales

Gerechtigkeit in der Bildung bedeutet für uns auch, dass alle Kinder dieselben Bildungschancen haben. Wir empfinden es daher als höchst unbefriedigend, dass nirgendwo in der Bundesrepublik das Einkommen der Eltern einen so starken Einfluss auf den schulischen Erfolg eines Kindes hat wie in Bremen. Daher wollen wir die Schulen in sozial herausgeforderten Quartieren sowohl in Bremerhaven als auch in Bremen gezielt fördern, indem wir ihnen zu besserer Infrastruktur verhelfen und diese prioritär mit mehr Personal ausstatten. Dieser Schritt ist für alle Beteiligten attraktiv, da die Arbeit des dort tätigen pädagogischen Personals zusätzlich honoriert wird. Darüber hinaus werden wir

- an jeder weiterführenden Schule sukzessive Schulsozialarbeit etablieren,

- multiprofessionelle Teams zur Entlastung der Lehrkräfte stärken mit
    - Schulverwaltungskräften,
    - Fachkräften für den schulpsychologischen Dienst.

Stationsname: Inklusion - selbstverständlich und gut ausgestattet
Schnittstelle(n): Arbeit und Soziales

Bremen liegt bundesweit ganz vorne bei der gemeinsamen Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung. Dabei fängt Inklusion bereits in der frühkindlichen Bildung (Krippe/Kita) an. Hier braucht es endlich schnellere Begutachtungen und Hilfsangebote innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Bearbeitungszeiten und nicht erst bis zu 1,5 Jahre später. Genehmigte Komplexleistungen müssen dann auch tatsächlich erbracht werden. Spitze in der Inklusion zu sein, lässt aber noch keine Rückschlüsse auf die Ausstattung und Qualität der inklusiven Beschulung zu. Wir wissen, dass es sowohl bei der personellen als auch bei der infrastrukturellen Ausstattung offenkundigen Nachholbedarf gibt, dem wir uns offensiv im Sinne des inklusiven Schulgedankens und zum Wohle aller Schülerinnen und Schüler stellen werden. Die Absicherung des Bestands der Spezialförderzentren mit den Schwerpunkten „Sehen", „Hören" sowie „körperliche und motorische Entwicklung", bei gleichzeitigem Bekenntnis zur inklusiven Beschulung, stellt für uns keinen Widerspruch dar, sondern ist Ausdruck unseres unideologischen und pragmatischen Umgangs mit dem Thema. Dabei verlieren wir nicht die Herausforderungen aus den Augen, die mit der Regelbeschulung der Kinder mit sozial-emotionalem Förderbedarf bestehen. Da wir uns zudem über den akuten Mangel an Schulassistenzen bewusst sind, werden wir gemeinsam mit den zugehörigen Trägern nach Wegen suchen, um das Berufsbild attraktiver zu gestalten. Kein Kind darf aufgrund einer fehlenden Assistenz am Besuch der Schule gehindert werden! Die Identifizierung und gezielte Förderung besonders begabter und leistungsstarker Schülerinnen und Schüler stellt in unserem Verständnis ebenso einen wichtigen Bestandteil einer inklusiven Schule dar, den wir keinesfalls vernachlässigen werden. Als CDU Bremen werden wir:

- eine schnellere Vernetzung und Abarbeitung der Rechtsansprüche von Kindern mit Förderbedarf bei Erst- und Weiterbewilligung durch ausreichende Kapazitäten in allen beteiligten Stellen bei Gesundheit, Soziales und Bildung und eine verbindliche und schnellere Bearbeitung sicherstellen,
- an der Umsetzung einer datenschutzkonformen Lösung für die Kita-online-Anmeldung arbeiten, so dass schon bei der Anmeldung der Kinder mit bestehendem Förderbedarf dieses mitgeteilt werden kann, damit die Hilfe bei Kitabeginn zur Verfügung gestellt werden kann.

Stationsname: Lehrermangel konsequent bekämpfen
Schnittstelle(n): Arbeit und Soziales

Unser Ziel ist es, in allen Schulformen eine Unterrichtsversorgung von über 100% zu erreichen. Bremen und Bremerhaven sind von akutem Lehrkräftemangel betroffen. Obwohl Bremerhaven uns schon seit geraumer Zeit zeigt, wie man trotz herausfordernder Bedingungen Menschen für den Eintritt in den Schuldienst gewinnen kann, reichen die

Anstrengungen im gesamten Land noch nicht aus. Die weitere Vereinfachung des Zugangs in den Lehrerberuf, beispielsweise mit nur einem Unterrichtsfach, halten wir dabei ebenso für richtig wie notwendig. Da der Bildungsföderalismus in seiner aktuellen Ausprägung erkennbar keine zufriedenstellenden Antworten auf den bundesweiten akuten Mangel an vollausgebildeten Lehrkräften liefert, streben wir aktiv die Ausverhandlung und Ratifizierung eines Staatsvertrages zwischen den Ländern an, der das Ziel verfolgt, bundeseinheitliche Rahmenbedingungen für eine bedarfsgerechte und koordinierte Ausbildung von Lehrkräften festzuschreiben.

Wir werden gemeinsam mit der Universität Bremen, dem Landesinstitut für Schule (LiS) sowie dem Lehrerfortbildungsinstitut Bremerhaven (LFI) nach Wegen suchen, damit mehr Studierende bevorzugt Lehramt innerhalb der erkannten Mangelfächer studieren (u. a. MINT und Informatik) und im Anschluss in Bremerhaven und Bremen ihr Referendariat absolvieren. Wir wollen zudem:

- an großen Schuleinheiten (allgemein- wie berufsbildend) die Etablierung von Verwaltungsleitungen zur Entlastung der Schulleitungen modellhaft prüfen,
- ein Konzept erarbeiten, wie in allen Bereichen Bremens, auch in Bremen-Nord, ausreichend Lehrkräfte unterrichten,
- die Rahmenbedingungen – auch in baulicher und infrastruktureller Hinsicht – so verbessern, dass sie einem attraktiven Arbeitsumfeld im Jahr 2023 gerecht werden,
- Studien- und Referendariatsplätze ausbauen.

Stationsname: Schulen in freier Trägerschaft - Gleichwertig, nicht gleichartig

Schulen in freier Trägerschaft leisten mit ihrem qualitativ hochwertigen Angebot einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag zur schulischen Versorgung in Bremen und Bremerhaven und sind gleichzeitig Motor von pädagogischer Entwicklung und Innovation. Wir setzen uns für ihren Bestand und ihre Entwicklungsmöglichkeit ein. Die überaus nachteilige Bezuschussung auf Grundlage der willkürlich erdachten Schülerkostensätze durch das Land Bremen werden wir durch einen fairen und wertschätzenden Finanzierungsmechanismus ersetzen, der u. a. auch Sachkosten und Investitionsbedarfe der Schulen in freier Trägerschaft abbildet.

Stationsname: Kein Schulklo aus dem 20. Jahrhundert!

Schnittstelle(n): Lebenswerte Städte

Jedes Kind geht nur dann gern zur Schule, wenn die Schule ein schöner Ort ist, an dem man sich wohlfühlen kann - der Raum als dritter Pädagoge. Gerade die Grundschulen in Bremen platzen derzeit aus allen Nähten. Wir wollen uns sofort dafür einsetzen, dass neuer Schulraum geschaffen wird, um jeder Schülerin und jedem Schüler einen ansprechenden Bildungsplatz anzubieten. Zudem wollen wir die Verlässlichkeit und Transparenz der behördlichen Planungen verbessern sowie Prozesse und Strukturen auf den Prüfstand stellen. Insbesondere müssen die Planung und Realisierung von Schulneubauten sowie die Sanierung oder bauliche Veränderung von schulischer Infrastruktur deutlich

beschleunigt und effizienter gestaltet werden. Hierzu sind personelle und strukturelle Veränderungen bei Immobilien-Bremen notwendig.

Alte und dreckige Sanitärbereiche müssen Vorrang bei der Sanierung alter Schulgebäude haben. Gerade für junge Mädchen muss die Toilette ein sicherer und sauberer Ort sein. Daher wollen wir uns dafür einsetzen, dass keine Schultoilette mehr aus dem 20. Jahrhundert ist - und wollen zudem unter Berücksichtigung des laufenden Modellprojekts prüfen, wie auf Schultoiletten Menstruationsprodukte und Kondome kostenlos ausgegeben werden können.

Stationsname: Ziffernnoten - schaffen Klarheit

Eine individuelle Rückmeldung und Bewertung ist für die Selbsteinschätzung von Schülern unerlässlich. Daher wollen wir, dass in der Grundschule die bisherige Leistungsbewertung durch Ziffernnoten ab Klasse 3 ergänzt wird. Dabei muss ein anerkannter Förderbedarf schon in der Grundschule durch eine individuelle Förderung begleitet werden. Unser Ziel ist es, dass alle Kinder am Ende der vierten Klasse die bundesweit geltenden Kompetenzniveaus in Deutsch und Mathematik verbindlich erlernt haben. Wer nach der vierten Klasse kein erfolgversprechendes Kompetenzniveau in den Bereichen Schreiben, Lesen und Rechnen aufweist, dem wollen wir durch verbindlich wahrzunehmende individuelle Förderung in zusätzlicher Lernzeit eine erfolgreiche Bildung in weiterführenden Schulen ermöglichen.

Stationsname: Jahrgangsstufe wiederholen - macht Sinn

Mit drei Fünfen im Zeugnis bis zum Schulabschluss? Kein Problem für Bremen. Zum Schluss kommt dann das dicke Ende: Die Abschlussprüfungen werden dadurch nicht leichter. Fast jeder Zehnte verlässt in Bremen die Schule ohne Abschluss - doppelt so viele wie im Bundesdurchschnitt. Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler, die das Klassenziel nicht erreicht haben, nach genauer Analyse der Lernrückstände und den sich daraus ergebenden verbindlichen flankierenden Förder- und Unterstützungsmaßnahmen eine Klasse wiederholen können und sollten. Nur so können wir garantieren, dass alle Schüler die Basis für ein selbstbestimmtes und erfolgreiches und glückliches Leben erhalten.

Stationsname: Lebenskunde als „Glücksunterricht“
Schnittstelle(n): Gesundheit, Wirtschaft

Die Zahl der psychisch erkrankten Kinder und Jugendlichen steigt immer dramatischer an; von 2008 bis 2019 hat sich die Zahl der psychisch erkrankten Kinder und Jugendlichen in Deutschland verdoppelt. Die Coronapandemie und die damit verbundenen persönlichen Einschränkungen für Kinder und Jugendliche hat diesen Effekt noch verstärkt. Insbesondere die stärkere Vergleichbarkeit über Social-Media, Cybermobbing, Bewegungsmangel, Kontaktmangel oder innerfamiliäre Probleme und die Trennung von Eltern können bei Kindern und Jugendlichen zu psychischen Erkrankungen führen. Dabei zeigen

Studien, dass für Kinder und Jugendliche die Hilfe umso effektiver ist, je früher und niedrigschwelliger sie kommt. Daher wollen wir in Bremen ab der Grundschule einen sogenannten Glücksunterricht im Rahmen eines generellen Schulfachs Lebenskunde etablieren. In diesem Unterricht sollen Kinder und Jugendliche lernen, besser mit Gefühlen, insbesondere mit Sorgen und Ängsten, umzugehen. Dabei sollen Bewegung und gesunde Ernährung ebenfalls eine große Rolle spielen. Schließlich sollen weitere Fähigkeiten vermittelt werden, um Schülerinnen und Schülern zu einem glücklichen Leben zu verhelfen. So sollen sie besser über digitale Medien, Medienkompetenz, Verträge, den Umgang mit Finanzen oder individuelle Lebensplanung aufgeklärt und dabei unterstützt werden.

Stationsname: Bremer Konsens zur Schulentwicklung - weiter Kurs halten

Nachdem wir 2008 den ursprünglichen Bildungskonsens zur Rettung der Gymnasien im Land Bremen initiiert haben, trägt auch die politische Vereinbarung von 2018 über die Verlängerung und Fortschreibung dieser bildungspolitischen Grundsätze maßgeblich unsere Handschrift. Für uns gilt daher „Pacta sunt servanda" - Verträge sind einzuhalten. Dessen unbenommen kann keiner der Unterzeichner mit dem aktuellen Umsetzungsstand der Konsensvereinbarung zufrieden sein: So ist der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg nach wie vor in keinem anderen Bundesland so ausgeprägt wie in Bremen. Unser Anspruch ist es weiterhin, diese Entkopplung mit Nachdruck zu verfolgen. Auch vermissen wir die gleichberechtigte Berücksichtigung der Schulform Gymnasium bei der Neugründung von Schulen, trotz ungebrochener Nachfrage und erkennbarem Bedarf.

Stationsname: Demokratie leben lernen - politische Bildung an Schulen ideologiefrei stärken
Schnittstelle(n): Sicherheit

Wichtige Ziele politischer Bildung sind die Entwicklung politischer Urteilsfähigkeit, demokratisches Bewusstsein und gesellschaftliches Verantwortungsgefühl sowie der Erwerb politischer Handlungskompetenzen. Demokratie leben muss man lernen und im Zuge politischer Bildung entwickeln die Schülerinnen und Schüler nicht nur ein individuelles Verständnis für politische Zusammenhänge und Demokratie als Staatsform, sondern sie werden auch dazu befähigt, aktiv an politischen Prozessen teilzuhaben.

In vielen Bundesländern bringt die Bundeswehr ihre Expertise hierzu bei sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen seit Jahren gewinnbringend ein, indem sie regelmäßig schulische Angebote der politischen Bildung flankiert. Dabei leisten eigens hierfür ausgebildete Jugendoffiziere mit ihren Schulbesuchen, Bildungsfahrten und Planspielen einen Beitrag dazu, Schüler die immer wichtiger werdenden nationalen und internationalen Zusammenhänge der Sicherheitspolitik zu vermitteln Deshalb werden wir als CDU Bremen

- eine Regelung zwischen Bundeswehr und dem Land Bremen erreichen, die Angebote der (sicherheits-) politischen Bildung in Schulen auf die Grundlage gemeinsamer Absprachen und Ziele stellt, die abseits der Personalwerbung liegen,

- Schülerinnen und Schülern im Land Bremen erlauben, sich ein sachliches Bild über die Welt zu verschaffen und von Experten erklären zu lassen,
- gegen jeden Versuch, die Bundeswehr abseits der demokratischen Gesellschaft zu verorten oder Soldatinnen und Soldaten als Kriegstreiber zu verunglimpfen, politisch vorgehen.

LINIE: WIRTSCHAFT

Als CDU in Bremen und Bremerhaven verstehen wir die Wirtschaft als zentrales Politikfeld und als Grundlage für Wohlstand, Arbeitsplätze, selbsterwirtschaftetes Steueraufkommen und für einen starken Sozialstaat: Eine gute Wirtschaftspolitik schafft den Rahmen für Arbeitsplätze, die wiederum den Bremerinnen und Bremern die Möglichkeit geben, ihr eigenes Leben in die Hand zu nehmen und für sich und ihre Familien zu sorgen. Eine gute Wirtschaftspolitik ist für uns als CDU deshalb auch immer eine gute Sozialpolitik: Sozialleistungen und dauerhafte Alimentierung können immer nur die zweite – deutlich schlechtere – Antwort auf Arbeitslosigkeit und soziale Notlagen sein. Unsere Politik setzt auf eine starke Wirtschaft mit einem gesunden Mittelstand, stationärem und digitalem Handel und Dienstleistungen, zukunftsfähig aufgestellten Großunternehmen, innovativen Start-ups und einem florierenden Handwerk. Unternehmen sorgen für Qualität und Erfolg „Made in Bremen und Bremerhaven", für Arbeitsplätze und damit für den Wohlstand vieler Menschen. Dabei ist für die CDU klar: Die Wirtschaft muss den Menschen dienen. Aufgabe der Landespolitik ist es dabei nicht, die Wirtschaft vollständig zu regulieren oder ihre Entwicklung abschließend festzulegen. Im Gegenteil: Eine gute Wirtschaftspolitik setzt die richtigen Rahmenbedingungen für eine prosperierende wirtschaftliche Entwicklung, die ihrerseits auf Unternehmergeist, bestehenden Stärken und Netzwerken beruht. Wir stehen für eine vorausschauende Flächenpolitik, die wirtschaftskraftstärkende Ansiedlungen ermöglicht, eine Verkehrsinfrastruktur, die die wirtschaftsbedingten Verkehre gerade an einem Standort mit zwei Häfen intelligent lenkt, gerechte steuerliche Bedingungen, die Unternehmen nicht schlechter als im Umland stellen, eine Wissenschaftsstruktur, die mit der Wirtschaft insbesondere bei technologischen Innovationen eng kooperiert, eine wirtschaftsfreundliche Kultur, die in der Verwaltung Gründergeist fördert und unterstützt und eine Haushaltspolitik, die bei einem Volumen von mehr als 5 Mrd. Euro endlich Schwerpunkte im Bereich der Wirtschafts- und Infrastrukturförderung setzt.

Wir erleben eine Zeit im Umbruch: Digitalisierung verändert Geschäftsmodelle, Krisen wie die Corona-Pandemie, der Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Energiekrise haben auch Auswirkungen auf unsere Wirtschaft. Darauf müssen wir politisch reagieren. Wir müssen uns auf die neuen Gegebenheiten einstellen, neue Lösungen finden und dafür sorgen, dass Unternehmer in Bremen und Bremerhaven gut und nachhaltig wirtschaften können.

Das Land Bremen muss zu einem Magneten für neue Unternehmen werden: Wir müssen so attraktiv sein, dass Firmen sich gerne hier ansiedeln, um hier zu wirtschaften. Das Land Bremen muss zu einem Ort der Innovation werden: Hier müssen wir Ideen in Geschäftsmodelle verwandeln und gemeinsam Start-ups und neue Geschäftsmodelle in die Welt tragen. Der wichtigste Rohstoff der Bremer ist Wissen. Eine starke Wirtschaft ist abhängig von guter Bildung und freier Wissenschaft. Wirtschaft und Wissenschaft müssen in Zukunft Hand-in-Hand für Bremen eintreten und sind zwingend verzahnt zu denken.

Es ist Aufgabe des Staates, die Rahmenbedingungen abzustecken und mithilfe einer richtigen Steuer- und Abgabenlast für eine funktionierende Infrastruktur zu sorgen. Der Staat selbst ist nie der bessere Unternehmer. Nicht funktionierende oder langsame Bürokratie lässt Chancen vorbeiziehen und Ideen platzen. Ein langsamer und dysfunktionaler Staat kostet Nerven und Wohlstand. Es muss Aufgabe der nächsten Regierung sein, die Schnittstellen zwischen Wirtschaft und Verwaltung zu vereinfachen, um die Geschwindigkeit von bürokratischen Prozessen zu erhöhen. Gleichzeitig müssen wir Entbürokratisieren: Es wird Zeit für eine Vorschriften-Inventur, mit dem Ziel, Vorschriften abzuschaffen, Dinge einfacher zu machen und unser Leben zu erleichtern.

Stationsname: Fachkräfte für Bremen

Schnittstelle(n): Bildung, Wissenschaft

Fachkräfte sichern das Wirtschaftswachstum, die Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand in Bremen. Aus diesem Grund möchten wir Fachkräfte von den Standortvorteilen Bremens überzeugen, neue Bürger anziehen und bereits ansässige Bürger halten.

- Ebenfalls werden wir bereits bestehende Ressourcen heben, indem wir die Teilzeitquote dadurch senken, dass wir attraktive, qualitativ höherwertige und zuverlässige Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche schaffen. Wir können es uns nicht erlauben, dass vornehmlich Frauen mit der Familiengründung aus dem Beruf ausscheiden bzw. gegen ihren Willen in Teilzeit arbeiten. Hierfür werden wir mit familienpolitischen und gleichstellungspolitischen Maßnahmen Voraussetzungen schaffen, die eine berufliche Tätigkeit ermöglichen.

- Darüber hinaus wollen wir Arbeitslosen durch öffentlich abschlussorientierte Qualifizierungs- und (bei Bedarf) Beschäftigungsmaßnahmen im Sinne einer „Fördertreppe" eine Perspektive für einen Wiedereinstieg in den Beruf bieten, Menschen mit Behinderung und/ oder besonderen Bedürfnissen in den Arbeitsmarkt einbinden und Geflüchteten durch schnell startende Sprachkurse und die Anerkennung bereits vorhandener Berufskenntnisse eine Integration in den Arbeitsmarkt erleichtern. Gemeinsam mit den Bremer Arbeitgebern und den Kammern werden wir unsere diesbezüglichen Anstrengungen erhöhen.

Um auf Arbeitskraftengpässe auf dem Bremer Arbeitsmarkt flexibel zu reagieren, setzen wir uns für eine stärkere Anpassung der Bildungsziele der Agentur für Arbeit auf regionale Engpässe ein.

Das allein wird nicht reichen. Daneben werden wir gezielt Fachkräfte aus dem Ausland von Bremen begeistern. Wir erachten folgende Faktoren als maßgeblich für eine erfolgreiche Fachkräfteanwerbung:

- Sprachförderprogramme für ausländische Fachkräfte, insbesondere aus anderen EU-Staaten, müssen ausgebaut werden.
- Die Anerkennung von Abschlüssen, Zertifizierungen und Qualifikationen. Hierbei müssen wir mit der Gleichwertigkeitsprüfung schneller werden.

- Die Begleitung der ersten Schritte in Bremen: Damit Fachkräfte nach ihrem Zuzug hier in Bremen Wurzeln schlagen, dürfen sie nicht allein gelassen werden. Wir schaffen eine Willkommenskultur, die z.B. bei Wohnungssuche, der Bewältigung deutscher Bürokratie und dem Kennenlernen der deutschen Kultur unterstützt.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass ein Antrag auf Einwanderung aus dem Ausland transparenter und vor allem einfacher gestellt werden kann und darüber auch schneller entschieden wird.

Sprache ist der Schlüssel zum Arbeitsmarkt, daher werden wir allen ankommenden Menschen, wenn nötig, schnellstmöglich den Zugang zu einem Deutschkurs bzw. einer Sprachlern-App ermöglichen.

Auch wenn viele Menschen im Ausland das Märchen der Bremer Stadtmusikanten kennen, braucht es eine bessere Bewerbung von Bremen und Bremerhaven im Ausland. Mit einer Kampagne wollen wir ausländische Fachkräfte von Bremen und Bremerhaven begeistern. Die strategische Kooperation mit ausländischen Arbeitsagenturen, Ländern und Regionen wollen wir ausweiten. Und wir werden Unternehmen dabei unterstützen, proaktiv im Ausland um Fachkräfte zu werben. Ebenfalls werden wir die Universitäten und Hochschulen bei der Internationalisierung unterstützen: Wir möchten mehr internationale Studierende von Studiengängen an allen Hochschulen in Bremen und Bremerhaven überzeugen und sie danach hier zu einem Berufseinstieg bewegen.

Im Land Bremen werden wir uns dafür einsetzen, dass begonnene Ausbildungen abgeschlossen werden und junge Menschen nach ihrem Schulabschluss den Weg in eine Ausbildung finden. Junge Menschen, die sich dafür entscheiden, ihr Studium gegen eine Ausbildung zu tauschen, werden wir durch Beratung bei der Neuorientierung unterstützen.

Stationsname: Wirtschaft braucht Flächen
Schnittstelle(n): Lebenswerte Städte, Klima

Bremen hat begrenzte Flächen - deswegen ist ein verantwortungsvoller Umgang damit wichtig. Eine vorausschauende Flächen- und Gewerbeentwicklungspolitik bietet ansiedelungswilligen oder wachsenden Unternehmen die Möglichkeit, in Bremen Fuß zu fassen bzw. ihren Betrieb zu erweitern. Die Verfügbarkeit passgenauer Gewerbeflächen ist ein wichtiger Standortfaktor für Investitionsentscheidungen von Unternehmen in Bremen und Bremerhaven. Ein nachfragegerechtes, qualitativ und regional differenziertes Gewerbeflächenangebot leistet einen wichtigen Beitrag zur Schaffung neuer und zur Sicherung bestehender Arbeitsplätze in den beiden Städten unseres Landes. Öffentliche Investitionen zur Gewerbeflächenentwicklung lösen dabei im Durchschnitt das Vierfache an privaten Investitionen aus.

Rund 6 Prozent der Bremer Landesfläche, d.h. rund 2.550 Hektar (ha), werden derzeit als Gewerbe- und Industriefläche genutzt. Wir sehen mit Sorge, dass sich die gewerblichen Bauflächen in der Stadtgemeinde Bremen in den letzten zehn Jahren - auch durch Flächenumwidmungen - um 188 ha reduziert haben. Die bereinigte, d.h. sofort verfügbare

und nicht anderweitig verplante oder reservierte Dispositionsreserve an erschlossenen Gewerbeflächen liegt aufgrund zu geringer Erschließungsleistungen mittlerweile deutlich unter 10 ha und damit auf einem viel zu niedrigen Niveau. Hiermit erfüllt der aktuelle Senat weder die selbstgesteckten Anforderungen, noch ist Bremen in der Lage, ansiedlungswilligen Unternehmen eine geeignete Fläche anzubieten. Die rechnerische (unbereinigte) Dispositionsreserve von knapp 100 ha zeichnet darüber hinaus ein stark geschöntes Bild, weil sie durch anderweitige Nutzungen, langfristige Reservierungen und faktische Unvermarktbarkeit geprägt ist.

Es fehlt in Bremen an Flächen für Industrie und störendes Gewerbe, genauso wie für kleine Handwerksbetriebe in Stadt- und Kundennähe. Für eine gewerbliche Nutzung ausgewiesene bzw. geeignete Brachflächen werden jahrelang nicht angepackt, obwohl Investoren bereitstehen.

Als CDU stehen wir für eine andere, angebotsorientierte Gewerbeflächenpolitik mit einer höheren Erschließungsleistung. Privatwirtschaftliche Initiativen zur Schaffung gemischtgenutzter „urbaner Stadtquartiere" (z.B. Tabakquartier, Spurwerk, Überseeinsel, Kornstraße, Norddeutsche Steingut und ehemaliges Könecke- und Coca-Cola-Areal) wollen wir mit Mitteln der Bauleitplanung und der Wirtschaftsförderung unterstützen. In der Vermarktung wollen wir Flächenkäufe weiterhin ermöglichen. Es ist richtig, die Erbpacht attraktiver zu gestalten und stets als Alternative anzubieten. Allerdings kommt dieses Modell gerade für kleine und mittelständische Betriebe wegen der Bedeutung des Eigentums an Grund und Boden für die eigene Altersvorsorge sowie als Sicherheit für Banken meist nicht in Frage. Politik muss diesen Realitäten ins Auge sehen.

Die Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie schaffen wir durch Renaturierung und Aufwertung naturnaher Flächen, eine nachhaltige Bauweise mit Minimierung der Flächenversiegelung, einen Maßnahmenkatalog zur klimafreundlichen Aufwertung von Bestandsgebieten („grün statt grau"), eine Solardachpflicht für Gewerbeneubauten, eine pragmatische Herangehensweise bei der Genehmigung von Windenergieanlagen in Gewerbegebieten und neue Mobilitätskonzepte mit einer Stärkung des Umweltverbundes. Bei der Vermarktung wollen wir Investitionsvorhaben mit hoher Arbeitsplatzdichte und Wertschöpfung priorisieren, die zu den jeweiligen Clustern und Profilen passen.

Wir werden:

- eine erhöhte Erschließungsleistung, kürzere Fristen für Reservierungsoptionen und eine planungsrechtliche Absicherung bestehender „Gewerbeinseln" in Wohn- und Mischgebieten zur Sicherstellung einer jederzeit vorhandenen (bereinigten) Dispositionsreserve von 100 ha realisieren,
- eine Abkehr von der geschlossenen Kreislaufflächenwirtschaft im Bestand zugunsten einer offenen, landesweit ökologisch bilanzierenden Flächenwirtschaft vornehmen; eine Änderung des Flächennutzungsplans muss dabei im Rahmen einer Abwägungsentscheidung weiter möglich sein,
- die zügige Erschließung der 3. Erweiterungsstufe und die Planung der 4. Erweiterungsstufe des Gewerbeparks Hansalinie (GHB) als nachhaltiges und energieeffi-

zientes Gewerbegebiet, schwerpunktmäßig für Unternehmen der Automotivbranche, einschließlich der Planung eines weiteren Anschlusses an die A1 sowie eines S-Bahn-Haltepunkts auf den Weg bringen,

- die vollständige Erschließung der 5. Baustufe und Planung der 6. Baustufe im Bremer Industrie-Park (BIP), schwerpunktmäßig für Industriebetriebe und störendes Gewerbe, vorantreiben,
- die Erschließung der noch vorhandenen Restflächen im Güterverkehrszentrum Bremen (GVZ), schwerpunktmäßig für Unternehmen der Logistikbranche, einschließlich der Realisierung eines zweiten Serviceparks für LKW an der Anschlussstelle Bremen-Seehausen und Einführung einer Schnellbuslinie 63S in das GVZ in Angriff nehmen,
- die Umsetzung einer Nachverdichtungsstrategie für den Technologiepark und die Airport-Stadt mit dem Schwerpunkt auf steuerzahlende Unternehmen; neben der „Horner Spitze" ist das Gelände des alten Campingplatzes westlich des Technologieparks als Erweiterungsoption für einen „Startup Campus im Grünen" ebenso wie die Airport-Stadt Süd für Betriebe der Luft- und Raumfahrtindustrie in den Blick zu nehmen und zu beplanen,
- die Entwicklung eines „Science Park" in Bremen-Grohn in Kooperation mit der Constructor University (ehem. Jacobs University Bremen) als Ergänzungsstandort zum Technologiepark mit einem Gründerzentrum für Medizintechnik und Biotechnologie betreiben,
- Flächen für kleinteiliges Gewerbe und Handwerk an den Standorten Nußhorn, Bayernstraße, Steindamm, Bremer Wollkämmerei (BWK), Reedeich, Senator-Apelt-Straße und Hafenkante Nord erschließen,
- die Brachflächen am südöstlichen Ende der Schragestraße für kleinteiliges, auch störendes Gewerbe sowie des Güterbahnhofsareals beidseits der Hemmstraße als „urbane Gebiete" mit der dafür erforderlichen Änderung des Flächennutzungsplans und Flächenankäufen entwickelnd und erschließen,
- das grüne Gewerbegebiet „Lune Delta" in Bremerhaven und dessen Anbindung an eine schwerlastfähige Umschlagsanlage realisieren,
- eine engere Zusammenarbeit mit den niedersächsischen Umlandgemeinden, um gemeinsame Projekte zur Gewerbeflächenentwicklung wie in Achim-West auch an anderen Stellen ermöglichen; hierfür kommen in Bremen die Airport-Stadt Süd (gemeinsam mit der Gemeinde Stuhr) und in Bremerhaven die Flächen nördlich des „LogInPorts" (gemeinsam mit der Gemeinde Geestland) sowie südlich des Gewerbegebiets Bohmsiel (gemeinsam mit der Gemeinde Loxstedt) infrage.

Die aus dem Gewerbeentwicklungsprogrammabgeleiteten (GEP) Projekte und Maßnahmen werden wir vollständig in der Haushalts-, Finanz- und Investitionsplanung berücksichtigen. Dabei ist die Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) so auszustatten und aufzustellen, dass sie ihre vielfältigen Aufgaben in den Bereichen Planung, Erschließung, Vermarktung, Flächenmonitoring und -konversation, Bestandspflege, Gebietsmanagement und Standortmarketing vollumfänglich und effektiv erfüllen kann.

Stationsname: Stärkung von Gründergeist: Mut zum Unternehmertum
Schnittstelle(n): Wissenschaft, Bildung

Spätestens seit den Sieben Faulen wissen wir, dass Bremen Standort für Innovation, Fortschritt und Gründertum ist. Entkoffeinieren, Fahrzeugbau, Satelliten – viele Weiterentwicklungen wichtiger Erfindungen kommen aus Bremen. Innovationen wie diese sind ein wichtiger Schlüssel für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze. Deswegen gehört die Innovationspolitik ins Zentrum der Wirtschaftspolitik. Als Hansestadt stehen wir in der weltoffenen Tradition von Handel und Unternehmertum. Neue Märkte sind unsere Chance. Aus diesem Grund wollen wir die bestehende Infrastruktur für Start-ups, Gründungsinteressierte, forschungsstarke und sich wandelnde Unternehmen stärken.

Wir brauchen im Land Bremen eine „Willkommenskultur" gegenüber neuen Technologien, eine grundsätzliche Technologieoffenheit, einen produktiven Umgang mit anfänglichen bzw. zwischenzeitlichen Misserfolgen und einen neidlosen Umgang mit späteren Erfolgen. Dies schließt eine serviceorientierte und agile Verwaltung und Wirtschaftsförderung mit ein. Wir wollen junge, innovative Unternehmen mit neuen Marktideen fördern. Wir wollen in möglichst vielen Bereichen Technologieführer statt verlängerte Werkbank sein. Wir wollen für Vernetzung und Kooperation sorgen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, innerhalb der Cluster und zwischen Start-ups, etablierten Unternehmen und Banken. Und wir werden die Schlagkraft, Professionalität und Reichweite unserer Clustermanagements und Netzwerke auf ein einheitliches hohes Niveau bringen, mit einer Zertifizierung auf Basis etablierter Qualitätsstandards.

Die Schwerpunkte unserer Innovations- und Gründungsförderung legen wir dabei im Sinne des Ansatzes „Stärken stärken" auf folgende Wirtschaftscluster und Netzwerke:

- New Space Movement (Luft- und Raumfahrt)
- Green Technology (Energie, Wasserstoff und Klimaresilienz)
- Maritime Wirtschaft und Logistik
- Mobilität der Zukunft (einschließlich Automotive)
- New Food Technology (Ernährung und Lebensmittelverarbeitung, insbesondere in Bremerhaven)
- Künstliche Intelligenz und Robotik
- Mittelstand 2.0: Der Wandel hin zu einer Digitalen Welt
- Gesundheitswirtschaft und Life Science

Zielgenaue Qualifikationen in Berufsausbildung, Hochschulen und Schulen stärken diese Cluster. Unser Querschnittsziel ist, mehr Frauen für Gründungen zu begeistern und sie - ebenso wie Personen mit Migrationsgeschichte - durch spezielle Beratungsangebote und Formate des „Starthaus" und dessen Netzwerkpartnern auf ihrem Weg zu unterstützen. Inkubatoren, wie der ESA-BIC Northern Germany im Bereich Luft- und Raumfahrt oder die Hochschulinitiative BRIDGE, unterstützen bei der Ausarbeitung einer Geschäftsidee. Acceleratoren, wie das Digital Hub Industry, der Campus Accelerator oder das Food-Hub, fördern Austausch und Wissenstransfer, helfen dabei, Innovationen in die Anwendung zu bringen und beschleunigen so das Wachstum eines bereits vorhandenen Geschäftsmo-

dells. Wir werden diese Einrichtungen stärken und unterstützen. Für andere Schwerpunkte werden wir ähnliche Plattformen ausbauen und bestehende Beratungsförderung für Digitalisierungsmaßnahmen in kleineren und mittleren Unternehmen stärker bewerben. Für einen besseren Überblick über das diversifizierte Bremer Gründungsökosystem werden wir eine digitale „Start-up-Map" einführen.

Insbesondere Start-ups benötigen Geld für Wachstum.

- Dafür werden wir einen Bremer Start-up-Fonds auflegen, an dem sich Banken, Versicherungen oder auch Bürger beteiligen können. Zusätzlich möchten wir Erfindungen, die häufig aus der Forschung an den Hochschulen und Instituten entsteht, fördern und schützen.
- Wir werden einen Fonds für die Patentanmeldung und -verwertung auflegen, um frühzeitig einen Patentschutz von Erfindungen zu ermöglichen und die Anzahl von verwertbaren Patenten fördern, aus denen später Geschäftsmodelle entstehen können.

Stationsname: Meisterhaftes Handwerk

Schnittstelle(n): Bildung, Digitalisierung

Wir stehen fest an der Seite der 5.500 bremischen Handwerksbetriebe und ihrer 30.000 Beschäftigten. Als wirtschaftlicher Faktor mit ungebrochen besten Zukunftsaussichten, als unverzichtbarer Dienstleister für die Bürger und als Ermöglicher der Energiewende ist es wichtig, junge Menschen von den Karrieremöglichkeiten im Handwerk mit seinen über 130 Ausbildungsberufen zu überzeugen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Dies gelingt vor allem über eine bessere und praxisnahe Berufsorientierung an den Schulen. Bremens Handwerk braucht mehr kleinteilige Gewerbeflächen - auch in Stadtnähe, eine Fachkräftestrategie, die diesen Namen verdient, moderne, materiell und personell besser ausgestattete Berufsschulen sowie eine vorausschauende Verkehrspolitik. Wir werden eine Fachkräfteoffensive für das Handwerk starten und die duale Ausbildung sowie das duale Studium stärken. Angriffe auf die Meisterpflicht lehnen wir konsequent ab. Die letzten Jahre haben außerdem gezeigt, dass das Handwerk bei der digitalen Ausrüstung und Kompetenz noch Aufholbedarf hat. Häufig sind hier hohe Investitionskosten ein Hemmnis.

Wir werden

- die Organisationen des Handwerks in sie betreffende politische Entscheidungen, wie zur Standortplanung für die Berufsschulen, besser und frühzeitiger einbinden,
- kleinere Fachklassen im Handwerk absichern,
- den Quereinstieg in das Berufsschullehramt erleichtern, um so dem Personalmangel zu begegnen und Berufsschullehrer mit Praxiserfahrung zu gewinnen,
- der Verantwortung des Landes zu einer auskömmlichen Mitfinanzierung der überbetrieblichen Ausbildung im Handwerk gerecht werden; perspektivisch streben wir dabei die Rückkehr zur Drittelfinanzierung von Bund, Land und Wirtschaft an,
- die Meisterausbildung, ebenso wie andere Aufstiegsfortbildungen nach dem Aufstiegsfortbildungsgesetz, weiter mit einer „Aufstiegsfortbildungs-Prämie" in Höhe von 4.000 Euro fördern und diese finanziell absichern,

- gemeinsam mit der Handwerkskammer und der Kreishandwerkerschaft einen „Zukunftstag Handwerk" entwickeln, bei dem Schülerinnen und Schüler die vielfältigen Berufsfelder des Handwerks kennenlernen,
- Beratungsangebote zu Digitalisierungsmaßnahmen in Handwerksbetrieben und Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) wie dem Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrum Bremen, stärker bekannt machen und fördern,
- bestehende Investitionsanreize und Förderprogramme besser für das Handwerk zugänglich und somit zukunftsfit machen.

Stationsname: Öffentliche Aufträge für den Mittelstand
Schnittstelle(n): Digitalisierung

Die Vergabe öffentlicher Aufträge, insbesondere im Baubereich, verstehen wir nicht ausschließlich als ein Mittel, um kurzfristig (vermeintlich) Kosten zu sparen, sondern auch als ein Mittel zur regionalen Wirtschaftsförderung. Wir werden daher darauf hinwirken, dass die bremischen Vergabestellen im Unterschwellenbereich von der Möglichkeit Gebrauch machen, Vorgaben zum Einzugsbereich oder zur Ausbildungsquote zu machen, bei beschränkten Ausschreibungen nur lokale Betriebe anzuschreiben, Lose kleiner zu schneiden und die eingegangenen Angebote selbst auf die langfristige Wirtschaftlichkeit zu prüfen, statt automatisch das preiswerteste Angebot zu wählen.

Viele Gebäude in öffentlicher Hand sind in einem oftmals jämmerlichen Zustand. Grundlegende Anforderungen an Sauberkeit und Sicherheit sind nicht gegeben, ganz zu schweigen von moderner Infrastruktur in puncto Digitalisierung und Energie. Wir wollen die Bremer Gebäude zu Vorbildern machen: Die Anforderungen, die an private Bauherren gestellt werden, sollen hier auch endlich umgesetzt werden. Die Bremer Handwerker sollen hierbei die öffentlichen Gebäude nutzen, um die neuesten Technologien und Techniken einzusetzen, um Praxisbeispiele für private Baumaßnahmen zu liefern und Innovationen vorzustellen. Zur Finanzierung sollen auch Public-Privat-Partnership-Modelle genutzt werden.

Die Beschaffungs- und Vergabeprozesse werden wir durch eine zentrale Vergabeplattform auf Basis des „AI Vergabemanagers" weiter standardisieren und digitalisieren und außerdem eine elektronische Plattform zur Präqualifizierung von Bietern an den Start bringen. Die über 80 bremischen Vergabestellen müssen zu einer einzigen Vergabestelle zusammengeführt und die Aufträge auf eine zentrale, digitale Vergabeplattform eingestellt werden. Unser Ziel ist ein einheitlicher, transparenter und zügiger Beschaffungsprozess.

Das Bremische Tariftreue- und Vergabegesetz wollen wir von vergabefremden Vorgaben entlasten, insbesondere wenn sie außer Bürokratisierung, Verkomplizierung, Verlangsamung und Verteuerung aufgrund des Rückzugs vieler Betriebe aus der öffentlichen Auftragsvergabe keinen nachweisbaren, positiven Effekt haben. Dies hilft dem bremischen Handwerk und Mittelstand und kostet den Staat nichts. In diesem Zuge werden wir auch den Rechtsschutz für unterlegene Bieter im Unterschwellenbereich durch die Einführung

einer Informations- und Wartepflicht verbessern. Wir setzen uns weiter für eine Anhebung der bremischen Wertgrenzen für vereinfachte Vergabeverfahren ein, wenn dies im Bundesländervergleich angezeigt scheint.

Stationsname: Bürokratiebremse einführen
Schnittstelle(n): Führung und Verwaltung

Überbordende Bürokratie ist ein großes Hemmnis für die Leistungsfähigkeit unserer Unternehmen, vor allem für Unternehmensgründer. Um die unübersichtlichen Vorschriften, Auskunfts-, Berichts-, Dokumentations- und Statistikpflichten zu entschlacken und so die Belastungen für kleine und mittlere Unternehmen zu reduzieren, setzen wir im Bereich der Landesgesetzgebung auf das Prinzip „One in, two out": Wenn eine neue Regelung eingeführt werden soll, müssen dafür an anderer Stelle zwei bestehende Vorschriften gestrichen werden. Wir wollen ein bürokratiefreies erstes Jahr nach der Gründung einführen und im zweiten Gründungsjahr bürokratische Belastungen auf ein Minimum reduzieren.

Stationsname: Keine Ausbildungsabgabe heute und in Zukunft!
Schnittstelle(n): Bildung

Der Ausbildungsmarkt im Land Bremen befindet sich im Umbruch von einem Angebots- zu einem Nachfragemarkt. Das Angebot der Ausbildungsplätze im Land Bremen ist ausreichend: Zum ersten Mal überschritt im vergangenen Ausbildungsjahr 2021/2022 die Zahl der unbesetzten Berufsausbildungsstellen die Zahl der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber - um mehr als 300 Stellen. Sowohl die Ausbildungsquote als auch die Ausbildungsbetriebsquote liegen im Land Bremen über dem Bundesdurchschnitt und den anderen beiden Stadtstaaten Berlin und Hamburg.

Viele Unternehmen engagieren sich vorbildlich, um Auszubildende von sich zu überzeugen und ihnen eine qualitativ hochwertige Ausbildung und damit einen erfolgreichen Start ins Berufsleben zu ermöglichen. Oft gleichen sie während der Ausbildung vorhandene Defizite „mit Bordmitteln" aus, dies verdient Anerkennung und Unterstützung. In unseren Augen müssen wir das Ansehen von Ausbildungsberufen, speziell im Handwerk und der Pflege, steigern. Wir müssen die schulische Qualität, die Ausbildungsreife der jungen Menschen verbessern und für Berufsorientierung Sorge tragen. Wir dürfen keinen Schüler und keine Schülerin ohne Abschluss von der Schule gehen lassen. Die über 50 Förderinstrumente, Projekte und Maßnahmen am Übergang Schule-Ausbildung-Beruf, insbesondere die Jugendberufsagentur, müssen im Sinne der Jugendlichen noch wirksamer und effizienter zum Einsatz kommen. Eine kritische und kennzahlenbasierte Evaluation ist dafür die Voraussetzung.

Es muss gelingen, Angebot und Nachfrage auf dem Bremer und Bremerhavener Ausbildungsmarkt besser zusammenzubringen. Dafür braucht es jedoch keinen Ausbildungsfonds. Eine Ausbildungsumlage für Bremer Unternehmen ist eine weitere finanzielle und

bürokratische Belastung im Standortwettbewerb, durch die kein Ausbildungsplatz zusätzlich entsteht. Sie ist angesichts der multiplen Krisen, mit denen viele Betriebe ohnehin schon zu kämpfen haben, vollkommen aus der Zeit gefallen.

Wir werden

- auf Zwangsumlagen von Unternehmen für einen Ausbildungsfonds verzichten bzw. diese wieder abschaffen

und stattdessen

- weiter ein bedarfsgerechtes Ausbildungsangebot durch die gezielte Ansprache und Beratung von Betrieben mit Ausbildungsberechtigung sicherstellen,
- die Übergänge zwischen Schule, Ausbildung und Beruf durch ein systematisches Übergangsmanagement unter dem Dach der Jugendberufsagentur verbessern,
- die Anzahl der Teilzeitausbildungsplätze erhöhen, um Alleinerziehenden eine Ausbildung zu ermöglichen,
- gemeinsame Vermittlungsaktionen mit den Kammern und Verbänden durchführen,
- die Jugendlichen durch eine zielgruppengerechte Ansprache sowie eine aufsuchende Beratung durch Mitarbeiter der Jugendberufsagentur besser erreichen,
- marktbenachteiligte Jugendliche prioritär in abschlussbezogene Maßnahmen, wie die Bremer Berufsqualifizierung (BQ) und die Einstiegsqualifizierung (EQ), vermitteln und ausbildungsbegleitende Hilfen verstärkt zur Anwendung bringen,
- Möglichkeiten zum Nachholen von Schulabschlüssen, Förderunterricht, Spracherwerb und Schulsozialarbeit an den Berufsschulen ausbauen,
- Ausbildungsabbrüche durch Programme wie „Ausbildung – bleib dran!" und „Du schaffst das!" verhindern.

Stationsname: Flughafen als wichtigen Standortfaktor sichern

Schnittstelle(n): Mobilität, Klima

Der Bremer Flughafen ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Unternehmen, Wissenschaftseinrichtungen und den Tourismus. Speziell für die Unternehmen aus der Luft- und Raumfahrtindustrie ist er unverzichtbar. Er steht für insgesamt 30.000 Arbeitsplätze (darunter über 7.000 direkte Arbeitsplätze in den mehr als 80 Betrieben in der Airport-Stadt), eine Bruttowertschöpfung von 2,3 Mrd. Euro und ein Steueraufkommen von knapp 600 Mio. Euro im Jahr 2019). Bis zur Coronakrise kam er ohne Zuschüsse aus, allerdings sorgen nicht getätigte Investitionen in der Vergangenheit für einen Sanierungsstau. Wir wenden uns entschieden gegen Bestrebungen, den Flughafen Bremen als Passagierflughafen infrage zu stellen. Vielmehr wollen wir den Flughafen dabei unterstützen, durch die bereits in Umsetzung befindlichen Sanierungsmaßnahmen und befristete Investitionszuschüsse des Gesellschafters nach Überwindung der Coronakrise wieder ohne Zuschüsse wettbewerbsfähig zu sein. Wir sprechen uns dafür aus, einen privaten Drittgesellschafter an der Flughafen-Gesellschaft zu beteiligen, der neben Geld auch Flughafen-Expertise und Kundenverbindungen einbringt – ähnlich, wie es die Flughäfen Hamburg, Hannover und Düsseldorf erfolgreich praktizieren. In diesem

Zusammenhang sollte auch eine Kooperation zwischen den drei Flughäfen im Nordwesten Deutschlands geprüft werden.

Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit wollen wir es dem Flughafen ermöglichen, von der tatsächlichen Länge der Start- und Landebahn von 2.600 m mehr als die aktuell erlaubten 2.040 m für den regulären Flugverkehr nutzen zu können und dazu einen Prüfprozess anstoßen. Dies würde einen flacheren Startwinkel, mit dem Lärm und Emissionen eingespart werden, den Einsatz von Frachtflugzeugen sowie die Verbindung zu neuen Destinationen ermöglichen. An der bestehenden Nachtruheregelung halten wir fest. Diese muss im Sinne der „Home Carrier" praktikabel gehandhabt werden. Generell ist festzustellen, dass die Flugzeuge in den letzten Jahren und Jahrzehnten deutlich sauberer und leiser geworden sind. Diesen Weg wollen wir durch eine entsprechende Gestaltung der Landeentgelte, durch Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen im Bereich öko-effizientes Fliegen, insbesondere am ECOMAT, sowie durch einen Hochlauf der am Bremer Flughafen bestehenden Tankstelle für Bio-Kerosin weiter beschreiten. Wir begrüßen die beabsichtigte Stationierung von Airlines mit elektrischen bzw. wasserstoffbetriebenen Flugzeugen am Flughafen Bremen. Wir unterstützen den Flughafen auf seinem eingeschlagenen Weg zur Klimaneutralität.

Wir wollen

- den Flughafen bei den anstehenden Sanierungsmaßnahmen unterstützen,
- dabei erfahrene Flughafeninvestoren und Beteiligungsgesellschaften einbinden,
- die tatsächlich nutzbare Länge der Start- und Landebahn nach Möglichkeit erweitern,
- den Flughafen auf seinem Weg zur Klimaneutralität unterstützen.

Stationsname: Bremen in Europa - Europa in Bremen

Unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung steht im Systemwettbewerb mit anderen Regionen der Welt. Nur mit einer klaren Haltung und einem eigenen Erfolgsmodell kann sich unser Europa in diesem Systemwettbewerb behaupten. Die Europäische Einigung ist aber auch und immer mehr ein Friedensprojekt. Einigkeit und Frieden dürfen wir aber nicht als Selbstverständlichkeit betrachten. Dies hat uns der russische Angriffskrieg auf die Ukraine sehr brutal vor Augen geführt. Wir sehen es daher als unsere Aufgabe, alles dafür zu tun, dass die Europäische Union wirtschaftlich stabil und sicherheitspolitisch stark bleibt und zusammenhält. Die CDU ist die Europapartei. In diesem Sinne sind wir als CDU Bremen davon überzeugt, dass ein starkes und solidarisches Europa die einzig vernünftige Antwort auf internationale Krisen, Konflikte und globale Herausforderungen ist. Daher wollen wir die Menschen in unseren beiden Städten mehr für Europa begeistern und die Europäische Union in Bremen und Bremerhaven erleb- und erfahrbarer machen.

Stationsname: Tourismus: Beliebt in Buten un Binnen.
Schnittstelle(n): Wirtschaft, Lebenswerte Städte

Nach der Pandemie sind sie wieder da, die Touristen. Hotellerie und Gastronomie sind stark wachsende Wirtschaftszweige. Es zieht immer mehr Tagesbesucher, Städtetouristen und Business-Reisende nach Bremen. Ausschlaggebend dafür sind die Attraktivität, der „Freizeitwert" und die Anziehungskraft unserer beiden Städte.

- Wir wollen die Dynamik in der Entwicklung des Tourismus und die darin für Bremen und Bremerhaven liegenden wirtschaftlichen Potenziale offensiver als bisher nutzen, Übernachtungszahlen steigern und so auch die Umsätze in anderen Bereichen von Gewerbe und Handel ankurbeln.
- Wir wollen dazu Identität, Sehenswürdigkeiten und touristische Alleinstellungsmerkmale von Bremen und Bremerhaven noch deutlicher und profilierter herausstellen und hierzu die Zusammenarbeit im Städtemarketing stärken.
- Wir werden die Mittel, analog zum Vorgehen in Bremerhaven, für die Förderung des Tourismus, für das Marketing, für attraktivitätssteigernde Maßnahmen, insbesondere in unseren beiden Innenstädten, sowie für die Förderung von Kultur- und Sportveranstaltungen, die viele Gäste nach Bremen und Bremerhaven ziehen, erhöhen und verstetigen.

Die Einnahmen aus der Citytax (Bettensteuer) wollen wir 1:1 zweckentsprechend verwenden, anstatt sie wie bislang im allgemeinen Haushalt versickern zu lassen. Wir begrüßen die Fortgeltung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für die Gastronomie, da diese Branche besonders unter den Folgen der Pandemie gelitten und einen hohen Nachholbedarf an Investitionen hat. Sondernutzungserlaubnisse für Nebenflächen und im öffentlichen Raum wollen wir weiter pragmatisch handhaben.

Wir wollen

- Die Verweildauer von Kreuzfahrttouristen an Land erhöhen.
- Ein Multifunktionsterminal für Kreuzfahrtourismus in Bremerhaven.

Angebote von Kulturinstitutionen und Science Centern, wie dem Universum, dem Klimahaus und dem Deutschen Auswandererhaus, sind Besuchermagneten und haben das Potenzial, Innenstädte durch den dortigen Einkaufsbummel nach dem Besuch zu stärken. Die vielfältigen Mobilitätsangebote in und nach Bremen und Bremerhaven müssen auswärtigen Besuchern durch Marketing- und Vernetzungsmaßnahmen und attraktive Kombitickets noch nähergebracht werden. Dies gilt auch und gerade für Kreuzfahrtgäste, die in Bremerhaven auf das bzw. vom Schiff steigen. Ihre Verweildauer an Land wollen wir erhöhen, da dies für unsere beiden Städte positive Image- und Wertschöpfungseffekte hat. Ziel muss es sein, die Zahl der Kreuzfahrtgäste und die Attraktivität Bremerhavens für die Reedereien weiter zu steigern, insbesondere durch den Bau eines neuen Multifunktionsterminals. Die Verkehrsprobleme am Columbus Cruise Center müssen zügig gelöst werden, perspektivisch wollen wir dieses an die Bahn anbinden.

Wenn auch viel zu spät, wurde jetzt endlich ein touristisches Informationssystem basierend auf Info-Stelen, einer Website und einer App aufgebaut, das die Auffindbarkeit von historischen Plätzen und Sehenswürdigkeiten verbessert und digitale Stadtführungen ermöglicht. Dieses Informationssystem wollen wir auf dem Laufenden halten und weiterentwickeln. App-Nutzer sollen beispielsweise über Neuigkeiten in der City informiert werden können oder passend zu ihren individuellen Interessen auf unterschiedlichen Routen Bremen entdecken. Denkbar sind hier auch Touren mit besonderen Schwerpunkten wie beispielsweise der historischen Entwicklung des Hafens entlang der Schlachte.

Wir wollen außerdem einen zentralen Anlaufpunkt für alle Besucherinnen und Besucher Bremens schaffen. Hierfür soll an zentraler Stelle die untere Rathaushalle zu einem multimedialen Tourismus- und Marketingzentrum ausgebaut werden. Es soll über die historischen Sehenswürdigkeiten hinaus über den Hafen-, Raumfahrt- und Wissenschaftsstandort informieren. Mit einem guten Merchandising schaffen wir nicht nur eine Finanzierung, sondern eine Werbung für den Standort Bremen.

Wir werden das historische Bremer Herz stärken: Millionen von Menschen haben die Hufe des Esels bei der Statue der Bremer Stadtmusikanten in den Händen gehalten, um ihre Portion Glück zu bekommen und ein Foto. Der Weg von dort zum Schnoor fällt dann den meisten schwer und auch der Weg zur Böttcherstraße ist vielen unbekannt. In wenigen hundert Metern haben wir touristische Attraktionen, um die uns die meisten Städte beneiden würden. Dies müssen wir wieder nach außen stellen und präsentieren. Bremen ist selbstverständlich mehr als Märchen, Bremen ist lebendige und spannende Geschichte.

Als CDU Bremen werden wir

- die historische Innenstadt vernetzen,
- die Beleuchtungssituation verbessern,
- das touristische Informationssystem weiterentwickeln und mit Schwerpunkten von individuellem Interesse verbinden,
- ein Tourismus- und Marketingzentrum in der unteren Rathaushalle einrichten,
- Schnoor, Böttcherstraße, Stadtmusikanten und Marktplatz als historisches Herz und Gedächtnis zusammendenken.

LINIE: HÄFEN

Die Häfen im Land Bremen, speziell in Bremerhaven und die Bremer Beteiligung am Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven waren, sind und bleiben Dreh- und Angelpunkt einer Exportnation. Spätestens in der Coronakrise wurde für jeden sichtbar: Häfen sind systemrelevant. Deutschland hat mehr als jede andere Industrienation von Globalisierung und Welthandel profitiert - und ist damit mehr als jede andere Industrienation von weltweit protektionistischen Maßnahmen, dem zunehmenden Systemwettstreit zwischen dem „Westen" und China sowie gestörten Lieferketten negativ betroffen. Auf diese Entwicklungen braucht es - auch in Bremen - neue Antworten. Gleichzeitig bilden die Häfen das Rückgrat der bremischen Wirtschaft. Sie sichern im Land Bremen rund 40.000 Arbeitsplätze und mehr als 300.000 Industriearbeitsplätze bundesweit. Damit das auch in Zukunft so bleibt, müssen sie als Universalhäfen wettbewerbsfähig aufgestellt sein. Die leistungsfähigen Containerterminals, Automobilumschlagsanlagen und High-and-Heavy-Terminals, der hohe Anteil der Bahn am Seehafenhinterlandverkehr Bremerhavens sowie Erfahrung und Fleiß der Hafenbeschäftigten sind dabei Stärken, auf die wir aufbauen wollen.

Uns erfüllt jedoch mit Sorge, dass die bremischen Häfen in den letzten zehn Jahren sowohl beim Containerumschlag als auch im Automobilbereich Marktanteile an die Westhäfen verloren haben, die ihrerseits im gleichen Zeitraum Zuwachszahlen aufweisen. Die planfestgestellte Fahrrinnenanpassung der Außenweser hängt noch immer im Verfahren. Durch den fehlenden Offshore-Terminal droht Bremerhaven die Chancen, die sich aus der zweiten Ausbauwelle der Offshore-Windkraft und anderer erneuerbaren Energietechnologien ergeben, an sich vorbeiziehen zu lassen. Der Rückstand bei der Digitalisierung zu den Wettbewerbshäfen beträgt schon heute fünf bis zehn Jahre. Noch immer wird ein Großteil der Hafenfläche volkswirtschaftlich wenig produktiv als PKW-Parkplatz genutzt. Im Hafen staut sich zu Stoßzeiten der Verkehr. Der Personaleinsatz auf den Terminals ist teilweise nicht vorausschauend bzw. flexibel genug. Eine zu geringe Flächen- und Arbeitsproduktivität sind die Folge. All diese Themen wollen wir im sozialpartnerschaftlichen Dialog mit Unternehmen und Beschäftigten angehen. Das Zeitfenster für die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Häfen ist eng, Veränderungsbereitschaft und ein Aufeinanderzugehen sind dringend notwendig.

Stationsname: Bremen braucht einen starken Bremerhaf(v)en
Schnittstelle(n): Wirtschaft, Moblilität

Unsere Häfen brauchen ein Update: Die ständige Modernisierung und Instandhaltung der öffentlichen Hafeninfrastruktur (Kajen, Schleusen, Brücken, Straßen, Hafeneisenbahn usw.) muss ein Kernanliegen der Bremer Wirtschaftspolitik sein. Zur schrittweisen Auflösung des Sanierungsstaus braucht es eine nachhaltige Strategie. Dabei haben für uns in den nächsten Jahren der Neubau der Brücke über den Verbindungshafen, die Ertüchtigung der Kajen am Containerterminal (CT I bis IIIa) für die Containerbrücken der neuesten Generation, der Ersatz der Westkaje im Kaiserhafen I („Schuchmannkaje"), die Kajenneubauten im Labradorhafen (Westseite) und im südlichen Fischereihafen II - letztere

für Schwerlast - sowie die Sanierung der Schleuse Oslebshausen und der Neubau des Mittelteils des Columbusbahnhofs als neuer Ankunftsort für Kreuzfahrtgäste Priorität.

Eine sehr gute Erreichbarkeit von Land- und See ist maßgeblich für die Leistungsfähigkeit der Häfen. An Land setzen wir uns für kreuzungsfreie Übergänge und Unterführungen (Bahn, LKW, PKW) im Überseehafen ein. Die Einrichtung eines Slot-Buchungsverfahrens für anfahrende LKWs durch die Terminalbetreiber, die auf Vorstellflächen, sogenannten Pre-Gates, auf die Abfertigung warten, ermöglicht in Zukunft eine zügige und reibungslose Entladung. Durch die Verlegung und Neugestaltung des Bahnverladeterminals bei Eurogate für den kombinierten Verkehr wird die Produktivität gesteigert. Zu einer besseren Erreichbarkeit des Hafens und der Reduzierung von Durchgangsverkehren gehört für uns auch die ergebnisoffene Prüfung einer redundanten Straßenanbindung des Überseehafens vom Zolltor Roter Sand über das Betriebsgelände der BLG bis zum Hafentunnel Cherbourger Straße.

Damit die Verkehre aus dem Hafen zügig in die Zielgebiete abfließen bzw. von dort den Hafen erreichen können, müssen die Hafenhinterlandanbindungen gemäß der Prioritätenliste des Bundesverkehrswegeplans zügig ausgebaut werden. Besonders hohen Stellenwert haben dabei für uns der Ausbau der Schieneninfrastruktur im Dreieck Hannover-Hamburg-Bremen („Y-Trasse" bzw. „Optimiertes Alpha-E mit Bremen") mit dem dritten Gleis zwischen Bremen-Oslebshausen und Bremen-Burg und perspektivisch zwischen Bremen und Bremerhaven, die Elektrifizierung der EVB-Strecke Bremen–Bremervörde–Rotenburg sowie der Weiterbau und die Fertigstellung der A20 („Küstenautobahn").

Damit auch die Containerschiffe der neuesten Generation Bremerhaven weiter anlaufen können, bekennen wir uns zur Fahrrinnenanpassung der Außenweser. Die Fahrrinnenanpassung der Unterweser (Nord) ist für die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens Brake wichtig. Eine gegenseitige Blockade der Länder Bremen und Niedersachsen bei der Erteilung des Einvernehmens zu diesen beiden Vorhaben gegenüber dem Bund im Hinblick auf Fragen der Landeskultur und der Wasserwirtschaft wollen wir vermeiden. Es ist dabei selbstverständlich, dass im Rahmen des vom Bund betriebenen neuen Verfahrens alle Belange des Natur-, Gewässer- und Hochwasserschutzes untersucht und gebührend berücksichtigt werden. Wir unterstützen eine gemeinsame Strategie der norddeutschen Bundesländer und Hafenstandorte zum Sedimentmanagement unter dem Dach der Nationalen Hafenstrategie.

Ein vorausschauendes Flächenmanagement seitens der öffentlichen Hand und der BLG schafft Platz für weitere Hochregallager und Parkhäuser innerhalb sowie Stauflächen außerhalb des Hafengebiets, um dadurch in Hafennähe im Zuge der Nachverdichtung Platz für die Neuansiedlung von wertschöpfungsstarken Industriebetrieben zu schaffen, die auf die Nähe zum Hafenumschlag angewiesen sind. Wir haben dabei insbesondere Zukunftsbranchen, wie die erneuerbaren Energien, die maritime Industrie, die Kreislaufwirtschaft, den schweren Maschinen- und Anlagenbau und die Luft- und Raumfahrtindustrie im Blick.

Stationsname: Schifffahrtsstandort Bremen stärken
Schnittstelle(n): Wirtschaft, Arbeit

Die am Standort bestehenden Werften wollen wir im Transformationsprozess zum Spezialschiffbau weiter unterstützen – auch durch die Sanierung bzw. den Neubau öffentlich nutzbarer Kajen. Bei den Hafendiensten, insbesondere den Seeschiffsassistenzen und Festmachern, stellen wir einen fairen Wettbewerb sicher, damit alle Kunden vor und hinter der Schleuse jederzeit auf diese hochqualifizierten Dienstleistungen zurückgreifen können.

Bremen ist ein starker Reedereistandort und die deutsche Handelsflotte die siebtgrößte der Welt. Damit das so bleibt und das seemännische Know-how gesichert wird, muss der Betrieb von Seeschiffen unter deutscher Flagge und deutschem Management, im internationalen Wettbewerb bestehen. Daher setzen wir uns im Bund für den Erhalt der Ausbildungsförderung, der Tonnagesteuer, des 100-prozentigen Lohnsteuereinbehalts und der Zuschüsse zur Senkung der Lohnnebenkosten für Seeleute auf Handelsschiffen unter deutscher bzw. EU-Flagge ein. Die praxisnahe maritime Ausbildung an der Hochschule Bremen, der Hochschule Bremerhaven und der Berufsschule für den Großhandel, Außenhandel und Verkehr wollen wir stärken.

Stationsname: Die Zukunft der Häfen als Smart Port
Schnittstelle(n): Digitalisierung, Wirtschaft, Arbeit

Die Häfen von morgen werden nicht mehr die Häfen von heute sein. Vollautomatisierte Terminals verdeutlichen, in welche Richtung der Trend geht. Durch automatisierte Stapelgeräte und Transportgeräte lässt sich die Produktivität steigern, zusätzliches Ladungsaufkommen generieren und somit die Zahl der Arbeitsplätze hinter der Kaje erhöhen. Dies erfordert einen enormen Ausbau der technischen Infrastruktur und eine bessere Vernetzung und Interoperabilität der vorhandenen IT-Systeme.

Um die bremischen Häfen zum „Smart Port", d.h. zu einem intelligenten Hafen, zu entwickeln, wollen wir:

- eine übergreifende Digitalisierungsstrategie,
- den Aufbau einer zentralen Datenplattform (Data Hub),
- eine Cybersicherheitsstrategie für die bremischen Häfen,
- die Fortbildung und Weiterbildung der Hafenbeschäftigten im Bereich Digitalisierung und Automatisierung in den kommenden vier Jahren in Angriff nehmen.

Stationsname: Die Zukunft der Häfen als Green Port
Schnittstelle(n): Mobilität, Klima, Wirtschaft

Wir wollen die bremischen Häfen zu einem Hub für die Energiewende ausbauen. Dafür müssen weitere Umschlagskapazitäten und Flächen für den Aufbau und den Unterhalt sowie das Repowering und das Recycling von Offshore-Windanlagen zur Verfügung gestellt werden. Im Norden Bremerhavens besteht die Möglichkeit dazu am CT1 sowie der

ABC-Halbinsel. Der von uns unterstützte Bau einer schwerlastfähigen Kaje an der Westseite des südlichen Fischereihafens II ist wichtig als Umschlagszone für neu anzusiedelnde Industriebetriebe im grünen Gewerbegebiet „Lune Delta" im Süden Bremerhavens. Errichterschiffe können die Fischereihafenschleuse jedoch nicht passieren.

Deswegen sehen wir den Bedarf für den Bau eines „Green Energy Port" am seeschifftiefen Wasser der Weser im Blexer Bogen im Sinne einer Angebotsplanung. Zur Beschleunigung des Planungs- und Bauprozesses streben wir an, dieses Projekt in das Planungsbeschleunigungsgesetz des Bundes aufzunehmen.

Dieser „Green Energy Port" sowie der südliche Fischereihafen sollen auch für die Anlandung, den Umschlag, die Weiterverarbeitung und den Transport von Wasserstoff und seinen Derivaten hergerichtet werden. Hier streben wir unter dem Dach des Kompetenzzentrums Wasserstoff eine enge Zusammenarbeit mit Unternehmen und Forschungseinrichtungen - wie dem Fraunhofer IWES - an, die sich im Fischereihafen und zukünftig im grünen Gewerbegebiet „Lune Delta" dieser Thematik widmen, etwa beim Aufbau des „Hydrogen Lab Bremerhaven".

Im Hafen selbst wollen wir den Schadstoffausstoß im Hinblick auf das Ziel der Klimaneutralität weiter reduzieren. Hierzu gehört für uns die Umstellung der Umschlagsprozesse und -geräte auf klimafreundliche Antriebe und die Landstromnutzung durch sämtliche Binnenschiffe sowie durch Seeschiffe, bei denen dies technisch möglich ist. Hierfür müssen der Bau von Landstromanlagen in den bremischen Häfen zügig vorangetrieben, die Hafengebühren anreizkompatibel ausgestaltet und die Steuerlast auf Landstrom durch entsprechende Initiativen auf Bundesebene weiter gesenkt werden.

Stationsname: Die Zukunft der Häfen als Space Port
Schnittstelle(n): Wirtschaft

Bremen ist ein wichtiger Standort für die Luft- und Raumfahrtindustrie. Deutschlandweit entwickelt sich eine New-Space-Bewegung an jungen, innovativen Raumfahrtunternehmen, die für neue Konzepte und Anwendungen in der Raumfahrt (z.B. breite Nutzung von Satellitendaten, Entwicklung von kleinen, wiederverwendbaren Trägerraketen sowie kosteneffiziente Produktion) stehen. Für kleine Trägerraketen zur Verbringung von Satelliten in einen erdnahen Orbit mangelt es zurzeit in Deutschland und Europa noch an geeigneten Startplätzen. Zudem wird die Abhängigkeit der europäischen Raumfahrt von russischen Sojus- bzw. US-amerikanischen SpaceX-Raketen zunehmend zum Systemrisiko.

Aus diesem Grund unterstützen wir die Überlegungen der Privatwirtschaft und des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR) zur Realisierung eines „Spaceport" als erste schwimmende Startplattform für kleine Trägerraketen in der ausschließlichen Wirtschaftszone der Nordsee. Bremerhaven bietet sich als Basishafen für diesen „Weltraumbahnhof" an - mit den entsprechenden Chancen auf eine neue Wertschöpfungskette an der Schnittstelle zwischen Raumfahrtindustrie und maritimer Wirtschaft. Diesen Prozess wollen wir aktiv begleiten, unterstützen und voranbringen.

Stationsname: Hafenpolitik braucht Koordination und Kooperation, klare Zuständigkeiten, schnelle Prozesse und die notwendigen Finanzmittel

Schnittstelle(n): Finanzen

Dass Wirtschaft und Häfen 2019 in zwei Ressorts getrennt wurden, ist ein Fehler. Wir wollen Hafen- und Wirtschaftspolitik wieder aus einer Hand steuern und dafür die Ressorts wieder zusammenlegen. Um die Planungs- und Umsetzungsgeschwindigkeit zu steigern, die Transparenz zu erhöhen und Schnittstellen abzubauen, halten wir zudem an unserem Ziel fest, die Zuständigkeit für alle bremischen Häfen beim Land zu bündeln. Die historisch gewachsene, komplizierte Hoheits-, Eigentums-, Finanzierungs- und Verantwortungsstruktur ist nicht mehr zeitgemäß. Aus den gleichen Erwägungen werden wir eine Verschmelzung des Hansestadt Bremischen Hafenamts (Port Authority) auf die Hafenmanagementgesellschaft bremenports prüfen und damit eine Struktur schaffen, wie sie in den meisten Hafenstandorten üblich ist.

Für die Angelegenheiten der Häfen und damit auch deren Finanzierung sind nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes die Länder zuständig. Deswegen wollen wir in Verhandlungen im Rahmen der nationalen Hafenstrategie erreichen, dass der Bund den der Höhe nach seit 2005 unveränderten Finanzausgleich für Seehäfen wieder auf das bis zum Jahr 2004 geltende Niveau anhebt und zukünftig dynamisiert.

Zudem bietet die nationale Hafenstrategie die Chance, aber auch die Notwendigkeit, die Hafenpolitiken der Küstenländer im Sinne einer effizienten Aufgabenerfüllung im Rahmen der unterschiedlichen Profile stärker aufeinander abzustimmen und zu koordinieren. Dies betrifft u.a. den Erhalt und Ausbau der hafenbezogenen Infrastruktur, den Ausbau der Seehäfen zu Drehscheiben für die Energiewende, die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen, die Digitalisierung, die Fachkräftesicherung durch Aus- und Weiterbildung sowie das gemeinsame Marketing.

LINIE: MOBILITÄT

Fahrrad, E-Roller, zu Fuß gehen, Straßenbahn, Fähre, Bus oder Auto fahren: Für uns ist Mobilität keine Frage des Verkehrsmittels. Für uns steht bei Mobilität die Frage im Zentrum, wie man am schnellsten, sichersten, bequemsten, klimafreundlichsten und günstigsten von A nach B kommt. Daher wollen wir die einzelnen Möglichkeiten miteinander denken und intelligente Vernetzungen schaffen. In unseren beiden Städten werden wir eine Mobilität für alle nur gemeinsam erreichen und nicht im Gegeneinander. Wir streben daher die beste Lösung für die einzelne Herausforderung an, ohne ideologische Scheuklappen, die das Auto verteufeln oder den Fußgänger vernachlässigen. Es geht um den Wettbewerb für die jeweils beste Lösung im konkreten Moment. Dafür werden wir die Voraussetzungen und Angebote schaffen.

Stationsname: Mobilitätsgesetz
Schnittstelle(n): Führung & Verwaltung

Zu vieles dauert in dieser Stadt viel zu lange. Sei es der Ringschluss der A 281, seien es die Fahrradbrücken über die Weser, die Radpremiumrouten oder die Neugestaltung der Martinistraße. Gleichzeitig verfällt die Verkehrsinfrastruktur in den Stadtteilen immer mehr, beispielsweise in Borgfeld, in Gröpelingen oder in Vegesack. Oder wichtige Infrastruktur wird gar nicht erst geschaffen, wie es beispielsweise die fehlenden Fahrrad- und Fußwege an vielen Stellen in ganz Bremen zeigen.

Fehlende und marode Infrastruktur ist das eine, das andere ist das Klima, das nicht wartet. Eine moderne Infrastruktur mit neuen Straßenbahngleisen, neue, attraktive Angebote im ÖPNV, sinnvolle und schnelle Radwege, Grüne Wellen an den Ampeln und vieles mehr schlagen zwei Fliegen mit einer Klappe: man kommt schnell, gut und günstig von A und B, gleichzeitig wird das Klima weniger belastet.

Wir werden Schluss machen mit der aktuellen Aufschieberitis, Verzögerungstaktiken und fehlender Verantwortung. Dies wird nicht nur eine Ankündigung bleiben, sondern für uns ein verbindliches Gesetz werden, nämlich das Mobilitätsgesetz.

In diesem werden wir

- Maßnahmen und konkrete Zeitachsen niederschreiben,
- feste Planungsziele nennen,
- und die Finanzierung aufzeigen.

Stationsname: Quartiersgaragen als Mobilitätsorte in den Stadtteilen
Schnittstelle(n): Lebenswerte Städte

Der Straßenraum in Bremen ist knapp und oft auch gefährlich versperrt und zugeparkt. Unsere Lösung hierfür sind Quartiersgaragen. Unter Quartiersgaragen verstehen wir aber keine Abstellplätze für Autos, sondern Mobilitätsorte für die umliegende Nachbarschaft

mit Packstationen, E-Ladesäulen, Stellplätzen für Fahrräder, Lastenräder, Autos, E-Scootern u.v.m. Auch eine Servicestation mit Luftpumpen für Räder gehört für uns dazu. Wir werden

- ein Sofortprogramm auflegen, um potenzielle Orte und Ausstattungsmöglichkeiten zu prüfen,
- die BREPARK als kommunales Unternehmen für den Bau und den Betrieb von Quartiersgaragen nutzen und gleichzeitig private Investoren unterstützen.

Stationsname: Bewohnerparken

Der Straßenraum, insbesondere in älteren Stadtteilen, ist häufig sehr begrenzt und oft nur in geringen Grenzen veränderbar. Vor allem das aufgesetzte Parken und in Kreuzungsbereichen führt bei allen Verkehrsteilnehmern zum Streit.

Um aber den Bedürfnissen aller Verkehrsteilnehmer in den Quartieren gerecht zu werden, werden wir dort das aufgesetzte Parken erlauben, wo auch mit parkenden Autos der Gehweg breiter als 1,50 Meter ist.

Bewohnerparken werden wir nur in Abstimmung mit den Anwohnern des Quartiers und dem Beirat einführen. Die Jahresgebühr für das Bewohnerparken werden wir auf maximal 100 € begrenzen

Stationsname: Bremen-Takt

Unser Ziel ist ein „Bremen-Takt“, der garantiert, dass niemand zwischen 6.00 Uhr und 21.00 Uhr länger als 10 Minuten auf seinen Bus oder seine Bahn warten muss. Nur durch einen höheren Takt werden wir Menschen von der Verkehrswende überzeugen. Auch werden wir die BSAG in die Lage versetzen, dass keine Fahrplaneinschränkungen mehr nötig sind und die BSAG als Partner der Verkehrswende wieder an Bord ist.

Stationsname: Sichere Anbindung nach Bremen-Nord

Die Anbindung „in die Stadt“ ist die Lebensader für Bremen-Nord. Derzeit ist die Fahrt in die Innenstadt mit öffentlichen Verkehrsmitteln unattraktiv - die Züge fahren (wenn sie nicht ausfallen) zum Teil nur im 30-Minuten-Takt, sind zu Stoßzeiten überfüllt und regelmäßig verspätet. „Park & Ride Plätze“ an den Verkehrsknotenpunkten sind häufig so ausgelastet, dass in den anliegenden Quartieren geparkt wird. Unter der Woche ist man nachts auf einen Bus angewiesen, der eine deutlich längere Fahrtzeit aufweist als die Zugverbindung. Wir wollen deshalb, dass die RS1 nach Verden mit einer höheren Frequenz fährt und auch in den Nachtstunden Verbindungen nach Bremen-Nord anbietet. Zur Entlastung der Strecke wollen wir zudem das sogenannte „Dritte Gleis“ noch in diesem Jahrzehnt fertigstellen. Schließlich wollen wir eine bessere Anbindung für alle Nordbremer an die Verbindungen innerhalb Bremen-Nords und in die Stadt schaffen, indem wir im Bereich Grambke und Farge-Ost zusätzliche Haltepunkte schaffen. An den stark frequentierten Bahnhöfen Blumenthal, Vegesack, Lesum und Burg wollen wir Mobilitätsknotenpunkte bauen, sodass ein Umstieg von ÖPNV auf Rad, E-Roller oder Auto leichter

möglich ist. Dazu wollen wir ein mobiles Bikesharingmodell auch in Bremen-Nord anbieten. Zudem wollen wir Sicherungsmöglichkeiten für E-Bikes und Ladestationen für E-Bikes und E-Autos anbieten.

Wir wollen,

- dass die RS1 nach Verden mit einer höheren Frequenz fährt und auch in den Nachtstunden Verbindungen nach Bremen-Nord anbietet,
- die Fertigstellung des „Dritten Gleises" in diesem Jahrzehnt,
- zusätzliche Haltepunkte im Bereich Grambke und Farge-Ost,
- die Schaffung von Mobilitätsknotenpunkten an den Bahnhöfen Blumenthal, Vegesack, Lesum und Burg.

Stationsname: Sichere Busse, Bahnen und Bahnhöfe
Schnittstelle(n): Sicherheit

Neue Busse und Bahnen, eine Qualitätsoffensive, höhere Taktungen: Das sind wichtige Elemente, um den ÖPNV in Bremen und Bremerhaven attraktiver zu machen und als Alternative zum eigenen Auto zu etablieren. All dies wird aber nicht zum Ziel führen, wenn der ÖPNV ein Ort der Angst und Unsicherheit bleibt. Wir werden die BSAG, Bremerhaven Bus und die Nordwestbahn so ausstatten, dass sie Busse und Straßenbahnen mit einem umfassenden Sicherheitskonzept zu einem sicheren Ort machen. Hierzu gehören für uns auch Polizei und Ordnungsdienst, die in öffentlichen Fahrzeugen mehr Präsenz zeigen. Auch an viel genutzten Bahnhöfen wie Bremen-Vegesack oder Bremen-Burg wollen wir mit einer höheren Zahl von Polizisten für Sicherheit sorgen.

Stationsname: Müllwagen als Schlaglochscouts
Schnittstelle(n): Digitalisierung

Jeden Tag sind die Autos der Stadtreinigung in unseren Straßen unterwegs. Trotzdem werden Millionen für Gutachten ausgegeben und Mitarbeitende der öffentlichen Verwaltung in die Straßen geschickt, um zu schauen, wo ein neues Schlagloch entstanden ist oder wo vielleicht ein Radweg saniert werden müsste. Wir werden die Fahrzeuge der Entsorgungsbetriebe mit Kameras & Sensoren ausstatten, sodass sie bei ihren täglichen Touren diesen Überblick auf den Zustand der Straßen schaffen.

Stationsname: Ampeln für fließende Mobilität

Intelligente Ampelschaltungen sind mittlerweile ein zentraler Bestandteil eines modernen Verkehrsmanagements. Sie fördern den Verkehrsfluss und schonen Ressourcen. Absurd ist allerdings, wenn zu viele Ampeln auch nachts angeschaltet sind, obwohl dies eigentlich nicht notwendig wäre.

Wir werden daher:

- an den Stellen, wo auch ohne eingeschaltete Ampeln die Sicherheit weiterhin gewährleistet ist, die Ampeln in der Nacht abstellen,

- die Möglichkeiten der technischen Vernetzung unserer Ampeln mit Fahrzeugen für Grüne Wellen und fließenden Verkehr nutzen.

Stationsname: Maßgeschneiderte Mobilität für alle

Bremen hat große Lücken in den Fragen der öffentlichen Mobilität an den Rändern der Stadt. Hier ist es oft unwirtschaftlich, regelmäßig Busse fahren zu lassen, weil die Nachfrage sehr überschaubar ist. Gerade in diesen Bereichen ist es sinnvoll, eine maßgeschneiderte Mobilität zu schaffen, so genannte On-Demand-Mobilität. Andere Städte machen es uns vor, wie kleine Lösungen zu großen Wirkungen führen können und somit den ÖPNV auch am Abend und in der Nacht in Bereichen wie Borgfeld, Bremen-Nord, Oberneuland oder Oslebshausen als sinnvolle, bequeme und kostengünstige Möglichkeit und Alternative anzubieten und nutzbar zu machen. Auch im Bereich des Klinikums Bremen-Mitte ließe sich hiermit viel erreichen, denn nicht alle können alles mit dem Fahrrad erledigen.

Stationsname: Bremen als Stadt am und mit dem Fluss
Schnittstelle(n): Wirtschaft

Es gibt einen Fluss in Bremen, auf den wir an vielen Stellen blicken, auf dem aber die wenigsten unterwegs sind: die Weser.

- Wir werden die Weser als eine weitere Verkehrsader für unsere Stadt entwickeln
- und neue Formen von Schiffen, z.B. solarbetriebene Boote, ermöglichen und fördern.

Stationsname: Ticketfreier ÖPNV in der Innenstadt
Schnittstelle(n): Lebenswerte Städte

Das 9-Euro-Ticket hat es gezeigt: Der ÖPNV ist eine attraktive Alternative, wenn der Preis stimmt. Neben einem verbesserten Angebot müssen wir den ÖPNV als Selbstverständlichkeit in den Köpfen der Menschen etablieren. Gleichzeitig ist dies auch eine Frage der Teilhabe an den Angeboten unserer Städte sowie der Verbindung von Bremen und Bremerhaven.

- Wir werden den ÖPNV in der Bremer Innenstadt ticketfrei machen.

Stationsname: Bezahlbare Ticketpreise für Bremer Mobilität
Schnittstelle(n): Lebenswerte Städte, Finanzen, Bildung

Der ÖPNV muss nicht nur in Sachen Schnelligkeit mit dem Auto konkurrenzfähig sein, sondern auch einen deutlichen preislichen Vorteil gegenüber dem motorisierten Individualverkehr haben. Das 49-Euro Ticket ist hierfür ein guter Beitrag, aber nicht jede/jeder muss und will ein Ticket, das in ganz Deutschland nutzbar ist. Deshalb werden wir

- ein 365-Euro-Ticket einführen, das in Bremen, Bremerhaven und dem gesamten VBN gültig ist,
- allen Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen bis zum 21. Lebensjahr ein kostenloses Monatsticket zur Verfügung stellen,

- ein vergünstigtes Tagesticket zwischen Bremerhaven und Bremen anbieten, das nicht mehr als 10 Euro kostet,
- uns dafür einsetzen, dass das 49-Euro Ticket nicht nur digital genutzt werden kann.

Stationsname: Eine gemeinsame Mobilität schaffen

Schnittstelle(n): Lebenswerte Städte, Digitalisierung

Es gibt bereits viele digitale Lösungen in Bremen für einzelne Mobilitätsangebote. Es gibt jedoch keine umfassende Mobilitätsapp für Bremen, wo die einzelnen Angebote zusammengeführt werden. Ziel ist es, im einzelnen Moment das richtige Angebot zu finden hinsichtlich CO2-Abdruck, Schnelligkeit, Preis und besonderen, weiteren Anforderungen. Dazu gehört für uns auch das Feld der Sharing Economy vom Kopf auf die Füße zu stellen und auszubauen. Mit Carsharing, Bikesharing und E-Rollern haben wir viele Beispiele, wie man etwas nicht mehr selbst besitzt, sondern gemeinsam mit anderen nutzt. Ein Carsharing-Auto ersetzt in Bremen z.B. 16 private Autos. Wir wollen dieses Teilen und gemeinsame Nutzen weiter voranbringen durch:

- die Ausweitung weiterer Carsharing-Plätze,
- weitere Öffnung für Floating-Angebote,
- Privilegierung von Carsharing-Angeboten bei Parkplätzen und Parkhäusern.

Gleichzeitig werden wir vorhandene Probleme und Ärgernisse beseitigen:

- Schaffung fester und verpflichtender Abstellflächen für E-Roller und das Bikesharing,
- konsequentes und kostenpflichtiges Entfernen von E-Rollern als Hindernisse und Stolperfallen.

Stationsname: Kleine Lösungen mit großer Wirkung

Schnittstelle(n): Lebenswerte Städte

Wir wollen das Notwendige mit dem Nützlichen verbinden und Zukunft zur Gegenwart machen:

- Autonom fahrende Busse sollen so schnell wie möglich zum Stadtbild gehören. Vielleicht erst in kleinen Bereichen, wie der Überseeinsel, auf dem Gelände des Klinikums Bremen-Mitte oder im Technologiepark. Wir wollen lieber klein anfangen, als weiterhin zu warten.
- Zu den kleinen Lösungen gehören auch mehr Angebote in den Randbereichen. So wartet z.B. die Tobias-Schule in Oberneuland seit Jahren auf einen Anschluss an das Netz des ÖPNV. Genauso fehlt eine Verbindung zwischen dem Büropark Oberneuland und der Berliner Freiheit und in vielen Teilen Bremen-Nords.
- Baustellenmanagement, das den Namen auch verdient.
- Parkleitsysteme installieren, die Suchverkehre unnötig machen.
- Tempo 30 an den Stellen bis 20 Uhr begrenzen, wo es tagsüber richtig und wichtig ist, wie Schulen und Kindergärten.
- Senioren, wie bereits in Bremerhaven der Fall, ab 70 Jahren ein lebenslanges, kostenloses ÖPNV-Ticket im Tausch für ihren Autoführerschein anbieten.

Stationsname: Mobilitätszukunft
Schnittstelle(n): Lebenswerte Städte

Mobilität kann aus unserer Sicht nur gemeinsam gelingen. Aus diesem Grund wollen wir den Verkehrsentwicklungsplan neu beleben und endlich umsetzen. Dabei können wir uns keine Pausen wie in der Vergangenheit gönnen, sondern müssen stringent an den Herausforderungen und Möglichkeiten arbeiten. Dazu gehört für uns:

- eine konsequente Einbindung der Beiräte als lokale Ansprechpartner und Verantwortungsträger,
- eine klare Zuständigkeitsverteilung zwischen Stadtbürgerschaft und örtlichen Beiräten über ein Straßenkataster, das ausführt, welche Straßen von überregionaler Bedeutung sind,
- ein Denken der Stadt als Ganzes, die nicht nur aus dem Zentrum besteht,
- das Denken in Projekten und Möglichkeiten, Beispiel: Tests mit Paketdrohnen.

Die Herausforderungen für eine Mobilität der Zukunft sind groß:

- Weiterentwicklung des Radverkehrs, indem dieser z.B. separat vom Autoverkehr gedacht und behandelt wird,
- attraktive Angebote für Fußgänger durch kurze, sichere Wege,
- schnelle und umweltschonende Lieferverkehre, gerade auf der letzten Meile, für Unternehmen und Privatpersonen,
- Einbindung digitaler und weiterer technischer Möglichkeiten,
- flächendeckender und verlässlicher ÖPNV,
- Schaffung einer flächendeckenden E-Ladeinfrastruktur.

Stationsname: Die Fahrradstadt Bremen
Schnittstell(n): Lebenswerte Städte, Klima

Bremen ist ein Land der kurzen Wege. Vieles kann man mit dem Fahrrad erledigen, aber dennoch gibt es im sprichwörtlichen Sinne einige Steine auf dem Weg. Daher werden wir

- ein Förderprogramm für Lastenräder auflegen,
- sichere Abstellflächen für Räder und vor allem Lastenräder schaffen, u.a. in den Parkhäusern,
- den Bau der Fahrradbrücken über die Weser beschleunigen,
- Fahrradwege in allen Stadtteilen schaffen,
- Fahrradwege instand setzen,
- die Radpremiumrouten für die Menschen umsetzen, insbesondere die Radpremiumroute aus Bremen-Nord durch das Werderland in Richtung Innenstadt,
- Fahrradverkehr, Fußverkehr, Autoverkehr und ÖPNV als Mobilitätsmix verstehen, denken und behandeln.

Stationsname: Elektrotaxen für Bremen

In Bremen bringen über 460 Taxen Bremerinnen und Bremer und Besucherinnen und Besucher tagtäglich zum gewünschten Ziel. Taxen sind aus gutem Grund ein Teil des ÖPNV, weil sie ebenfalls einen gesetzlich geregelten Versorgungsauftrag haben und z.B. bei Kranken- und Schulfahrten eine wichtige Stütze darstellen. Derzeit sind fast alle Taxen mit einem Verbrennungsmotor unterwegs und tragen so leider noch nicht zu einer emissionsfreien Mobilitätswende bei. Wir wollen uns Hamburg zum Vorbild nehmen und den Taxibetreibern bei der ausdrücklich gewollten Umstellung ihrer Fahrzeuge auf Elektroantrieb aktiv unterstützen. Daher werden wir als CDU

- jedes neuangeschaffte E-Auto mit 10.000 Euro fördern,
- die finanziellen Mittel für die erforderliche Ladeinfrastruktur für die Taxen bereitstellen.

Ca. 60 bis 70 Taxen werden jedes Jahr ausrangiert und durch neue Taxen ersetzt. Somit könnte die Stadt Bremen bereits mit 700.000 Euro jährlich einen erheblichen Beitrag zur Reduktion von CO2-Emmissionen beitragen.

LINIE: LEBENSWERTE STÄDTE

Mit dem Wind am Deich in Bremerhaven, der Weser in Bremen, den vielen Bäumen und Grünflächen, unserer Geschichte, Werder Bremen, den Fischtown Pinguins, den Eisbären Bremerhaven den kulinarischen Köstlichkeiten, der Wirtschaft, historischen Bauten und so vielem mehr kann man Bremen und Bremerhaven nur lieben. Dabei liegt unser Bundesland im Dornröschenschlaf und muss dringend aufgeweckt werden. Die Potenziale liegen sprichwörtlich auf der Straße, schauen wir uns die neu entstandene Außengastronomie im Zuge der Coronapandemie an. Die Menschen in Bremen und Bremerhaven haben während der Coronapandemie immer wieder gezeigt, dass sie Krisen mit Kreativität und Entschlossenheit trotzen können. Daher sind unsere beiden Städte so lebens- und liebenswert, denn auf die Menschen kommt es an! Diese zeigen an vielen Stellen mit Bürgerinitiativen, Bürgervereinen oder einfach in der Nachbarschaft, dass sie sich für- und miteinander einsetzen. Wir werden die Menschen dabei unterstützen!

Stationsname: Flanierstadt Bremen
Schnittstelle(n): Wirtschaft, Mobilität

Plan um Plan, Papier um Papier sind für die Bremer Innenstadt entwickelt worden und an weiteren Ideen mangelt es nicht. Wie so oft in Bremen mangelt es an der Umsetzung. Die familienfreundliche Umgestaltung des Domshofs, die Entwicklung der Domsheide als attraktives Einfallstor zur Innenstadt und Verbindung zum Viertel und den Wallanlagen, die Neugestaltung durch Abriss des Parkhauses Mitte, die Entwicklung des Areals am Brill als Verkehrs- und Aufenthaltsort, die Innenstadt als Hochschulstandort oder die Sichtbarmachung der Stadtbibliothek und Einbindung der Volkshochschule – die Ansatzpunkte, Akteure und Ideen dazu sind fast grenzenlos. Dabei hat die Innenstadt viele Pfründe, an die man anschließen kann mit dem Marktplatz, dem Rathaus, dem Schütting, der Bürgerschaft, den Stadtmusikanten, der Sögestraße, der Schlachte, den historischen Gebäuden. Die Innenstadt ist das Herz dieser Stadt, als Treffpunkt, Aufenthaltsort, aber natürlich auch als reizvoller Ort zum Einkaufen und zum Genießen von Kultur. Der Einzelhandel in der Bremer Innenstadt stellt eine wichtige Säule für eine attraktive Innenstadt dar und übernimmt schon jetzt vielfach Verantwortung. Nichtsdestotrotz und gerade genau deshalb bedarf es konkreter Zeit- und Finanzierungspläne an den einzelnen Orten, um die Ideen endlich umzusetzen. Das Projektbüro Innenstadt muss hierfür erster Ansprechpartner sein und die unterschiedlichen Akteure und Interessen an einen Tisch bringen. Durch eine Ansiedlung direkt im Rathaus kann sich das Innenstadtbüro der politischen Rückendeckung gewiss sein, die Verhandlungen nicht nur wie bisher moderieren, sondern auch zum Abschluss und damit in die Umsetzung bringen zu können. Das Projektbüro muss mit einem klaren Auftrag ausgestattet und direkt beim Bürgermeister angesiedelt werden.

Die Bremer Innenstadt wollen wir zwischen den Straßen „Am Wall“ und der „Martinistraße“ als Flanierstadt entwickeln, an deren Rändern Parkflächen für den Individualverkehr allen Besucherinnen und Besuchern zur Verfügung gestellt werden. Zudem befreien wir die Besucherinnen und Besucher der Innenstadt von den ÖPNV-Gebühren in

diesem Gebiet. So soll die Nutzung des ÖPNV in der gesamten Innenstadt für alle kostenlos sein. Nutzer eines Parkplatzes der BREPARK sind schon heute von den Ticketgeldern befreit, doch das reicht nicht. Eine wirkliche „Free Zone“ trägt dazu bei, dass sich die Akzeptanz für alle Parkhäuser in der Innenstadt steigert, alle günstiger in die Innenstadt kommen und sich dort einfacher sowie kostenlos bewegen können.

Stationsname: Wohnen im Herzen der Stadt
Schnittstelle(n): Wirtschaft, Mobilität

Die Attraktivierung der Bremer Innenstadt gelingt über die Menschen, die sich hier aufhalten, arbeiten und auch wohnen. Gerade das Wohnen fristet immer ein Schattendasein, von allen gefordert, aber seit Jahren nicht umgesetzt. Dieses werden wir mit der Verbindung mehrerer Schritte und Elemente verändern. An die erste Stelle gehört hierzu der politische Wille, Wohnen in der Innenstadt zu ermöglichen, zu unterstützen und umzusetzen. Die gute Erreichbarkeit der Innenstadt mit dem ÖPNV, zu Fuß, dem Fahrrad und dem Auto ist für uns ein Grundpfeiler einer lebendigen Innenstadt. Dazu gehört auf der einen Seite die Ermöglichung von Wohnen in der Innenstadt, auf der anderen Seite aber auch die Durchsetzung von Wohnen in der Innenstadt. Dabei sehen wir unsere Rolle als Ermöglicher, der die Rahmenbedingungen setzt und die Partner zusammenbringt. Auf der anderen Seite sind wir aber auch Umsetzer. Umsetzer über das politische Instrumentarium und die Unternehmen, die sich im Eigentum Bremens befinden. Mit GEWOBA, BREBAU und BREPARK haben wir drei Unternehmen als Instrumente in der eigenen Hand, die es zu nutzen gilt. GEWOBA und BREBAU können selbst bauen und als Partner der Bauwirtschaft agieren: Die privaten Unternehmen bauen die Häuser und Wohnungen, GEWOBA und BREBAU kaufen diese, übernehmen sie in ihren Bestand und vermieten sie. Dabei ist für uns das Thema Wohnen in der Innenstadt bei Neubauten und Umbauten ein wichtiges politisches Ziel, das als solches zwingend umgesetzt werden muss.

Beim Wohnen in der Innenstadt muss das Thema Mobilität für die Anwohnerinnen und Anwohner mitgedacht werden. Für uns gehört zu einem modernen Mobilitätsmix auch das Auto. Aktuell beschränkt sich das Angebot der BREPARK in der Innenstadt weitestgehend auf das Anbieten von Autostellplätzen. Die BREPARK muss zu einem modernen Mobilitätsanbieter weiterentwickelt werden. Beispielsweise könnte das Parkhaus Katharinenklosterhof zu einer Quartiersgarage für die Anwohner umgewidmet werden. Darüber hinaus sollten in allen Parkhäusern sichere Fahrradstellplätze und elektrische Ladestationen sowohl für Räder als auch für Autos angeboten werden. Parkplätze für Carsharing-Angebote gehören ebenso zu einem modernen Mobilitätsmix, wie auch Plätze für so genannte Leichtfahrzeuge. Auch die Zwischenlagerung von Gegenständen in Schließfächern oder größeren Einheiten können wir uns in den Parkhäusern vorstellen. Aus den Erfahrungen mit diesen Angeboten streben wir ein Ausrollen auf die gesamte Stadt an.

An vielen Stellen wurde und wird in der Bremer Innenstadt weiterhin einseitig auf die Schaffung von Büroflächen gesetzt. Als CDU Bremen setzen wir uns für ein Förderprogramm ein, dass die Umwandlung von Büroflächen zu Wohnräumen zum Ziel hat.
Dabei geht es uns auf der einen Seite um Bestandsimmobilien, aber auch neu zu schaffende Flächen und Gebäude. Bei Bebauungsplänen sind für uns sowohl Büroflächen als

auch Wohnflächen grundsätzlich zu ermöglichen, das eine darf das andere perspektivisch nicht ausschließen. Vielmehr müssen Veränderungen und Entwicklungen ermöglicht werden. Neben dem Förderprogramm sollen auch kommunale Unternehmen bei diesen Umwandlungsprozessen als Partner mit ins Boot geholt werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch stadteigene Gebäude und Flächen hinsichtlich der Ermöglichung von Wohnen geprüft werden. Dazu gehört es an erster Stelle, eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, was im städtischen Besitz in der Bremer Innenstadt ist. An zweiter Stelle gilt es, Perspektiven für diese Gebäude und Flächen mit Vertretern der Bau- und Immobilienwirtschaft, gemeinsam mit GEWOBA und BREBAU, zu diskutieren und zu entwickeln. Im dritten Schritt gilt es einen konkreten Zeit- und Umsetzungsplan aufzustellen, abzustimmen und umzusetzen. Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen ist bei allen Maßnahmen mitzudenken und die fachliche Kompetenz des Landesbehindertenbeauftragten ist stets einzubeziehen.

Der Bremer Innenstadt fehlt es an vielen Stellen an Infrastruktur, die im alltäglichen Leben benötigt wird, wie Grünflächen und vor allem Spielflächen, die zu einer lebens- und liebenswerten Innenstadt gehören. Wir werden uns für die Schaffung von Spielplätzen und -flächen in der Bremer Innenstadt einsetzen. Der Domshof, als ein konkreter Ort, ist in unseren Augen hierfür hervorragend geeignet.

Die Bremer Innenstadt soll zu einer Studierendenstadt werden. Mit den Standorten der Hochschule Bremen Am Brill und der Hochschule für Künste in der Dechanatstraße sind bereits erste, teils langjährige, Fundamente gesetzt. Wir können uns vorstellen, die juristische Ausbildung in das Polizeigebäude am Wall zu holen und somit einen juristischen Ausbildungsort in unmittelbarer Nähe zu den Gerichten zu schaffen. Für die Stadtbibliothek sehen wir das ehemalige Sparkassengebäude am Brill als hervorragenden Standort an, der präsent in der Öffentlichkeit ist und mit der ehemaligen Kassenhalle eine atemberaubende Aufenthaltsqualität bietet. Diese Entwicklungen sind aber nur mit den Angehörigen der Universität möglich, die endlich mit ins Boot geholt werden müssen. Hierzu gehören für uns selbstverständlich auch das Studierendenwerk und weitere Aktive an den Hochschulen sowie die Eigentümer der Immobilien.

Gleichzeitig erschöpft sich ein Hochschulstandort nicht nur in Büros und Vorlesungsräumen. Studieren und Wohnen gehören für uns in der Innenstadt zusammen. So werden wir uns für die Schaffung von studentischem Wohnraum in der Innenstadt, in einem oder mehreren Studierendenwohnheimen, einsetzen.

Bremen hat sich unter dem Motto „buten un binnen / wagen un winnen“ in der Vergangenheit immer wieder den Herausforderungen der Zukunft erfolgreich gestellt. Für uns gehört auch architektonischer Mut dazu. Die Weser als Lebensader und Verbindung unserer beiden Städte Bremerhaven und Bremen bietet sich dabei an, um vielschichtige Highlights zu setzen und zu verbinden. Die Idee der Stadt am Fluss hat dabei wenig von ihrem Zauber verloren, auch wenn sie in den letzten Jahren aus dem Blick geriet. Auch die Höhe müssen wir in Bremen neu denken. Die Entwicklungen in der Überseestadt zeigen, dass eine Verdichtung in die Höhe möglich, nötig, gewollt und auch in ökologischer

Hinsicht sinnvoll ist. Auch in der Innenstadt müssen wir neue Wege denken und entwickeln. Eine höhere Bebauung als der Dom gehört für uns an geeigneten Standorten dazu.

Stationsname: Bremen findet in den Stadtteilen statt

Schnittstelle (n): Mobilität, Ehrenamt, Digitalisierung, Lebenswelten, Arbeit und Soziales

Das Herz Bremens schlägt auf dem Marktplatz. Zwischen Rathaus, Schütting und Bürgerschaft finden viele wichtige Entscheidungen auf kurzen Wegen statt, aber das Leben und Wohnen findet in den einzelnen Quartieren statt. Die Innenstadt in Bremen hat in vielen Bereichen große Nachhol- und Erneuerungsbedarfe, aber auch in den einzelnen Stadtteilen ist in den letzten Jahren vieles in Schieflage geraten, was im Alltag spürbar ist. Sei es die geschlossene Bank- oder Postfiliale, die geschlossene Schlachterei oder das Wegbrechen zentraler Orte, wo man sich für einen kleinen Schnack treffen konnte. Daher wollen wir ganz bewusst die Stadtteile stärken und unterstützen, denn das Leben findet in den eigenen vier Wänden, der eigenen Straße und dem eigenen Viertel statt. Daher werden wir

- das soziale Auseinanderdriften der Stadtteile analysieren und gegensteuern,
- die Wochenmärkte in den Stadtteilen fördern,
- Kulturangebote in den Stadtteilen unterstützen, wie z.B. Bücherschränke,
- Bremer Feste in die Stadtteile bringen, wie z.B. La Strada oder das Musikfest.

Stationsname: Öffentliche Gebäude für die Menschen

Schnittstelle(n): Lebenswerte Städte

Viele öffentliche Gebäude und Räume bestehen bereits in den Stadtteilen, stehen aber oft nur für spezielle Nutzungen zur Verfügung. Außerhalb der Nutzungszeiten stehen sie frei. Gleichzeitig fehlen für viele Aktivitäten in den Stadtteilen Flächen und Räume. Mit modernen Schließanlagen und Verantwortlichkeiten können die öffentlichen Gebäude für den Stadtteil effektiver genutzt und damit den Menschen auch zurückgegeben werden: Die Mensen der Schulen werden für ein günstiges und gutes Essen für den Stadtteil geöffnet. Die Klassenräume und Veranstaltungsräume der Schulen und Ämter werden am Nachmittag für Vereine, Musiker und Aktive im Stadtteil geöffnet. So werden öffentliche Gebäude zu neuen Zentren in den Stadtteilen, zum Schnacken, Proben, Essen, Treffen.

Stationsname: Bremen ist eine Willkommensstadt

Schnittstelle(n): Arbeit und Soziales

In Deutschland bekommt ein Kind nach seiner Geburt häufig als erstes ein Schreiben vom Finanzamt mit seiner Steuernummer. Dabei stehen die Eltern vor großen Herausforderungen, die Steuererklärung des neuen Erdenbürgers gehört wahrscheinlich nicht dazu. In Bremen gibt es das Paket „Willkommen in der Familie“ (WiF), im Rahmen der U3-Untersuchung ausgehändigt von der Kinderärztinnen und Kinderärzten. Diese Beispiele sollen darlegen, dass wir eine andere Willkommenskultur in Bremen brauchen. Daher werden wir:

- ein proaktives und durch die Stadt Bremen versandtes Begrüßungspaket für Neugeborene etablieren. Hierin sollen neben ersten Informationen zu Unterstützung und Ansprechpartnern, die Stadtmusikanten als Kuscheltier als Willkommensgeschenk und grundlegender Babybedarf enthalten sein,
- ein Begrüßungspaket für neu nach Bremen oder Bremerhaven Gezogene einführen. Hierin enthalten kann z.B. eine Übersicht über die wichtigsten behördlichen Ansprechpartner sein und ein Gutschein für die Nutzung von Kultur- und Sporteinrichtungen.

Stationsname: Bremen bei Nacht

Jenseits des Viertels und der Neustadt ist das Angebot zum Ausgehen und Feiern sehr überschaubar geworden. Als u.a. Studierendenstadt wollen wir auch in der Nacht für die Menschen attraktiv sein. Daher werden wir:

- einen Nachtbürgermeister oder eine Nachtbürgermeisterin für das Viertel und die Discomeile einführen,
- ein Clubprogramm auflegen, u.a. um die Discomeile als Partyort wieder zu beleben,
- Bremen als Stadt am Fluss mit Beach Bars und Orten am Wasser fördern,
- die Erreichbarkeit der Innenstadt aus der gesamten Stadt in der gesamten Nacht ermöglichen.

Stationsname: Bahnhofsvorstadt für die Menschen als Tor zu Stadt gewinnen
Schnittstelle(n): Mobilität, Sicherheit, Gesundheit, Arbeit und Soziales

Der Bremer Hauptbahnhof ist ein zentraler Verkehrsknotenpunkt, der täglich von tausenden Pendlern, Touristen, Kindern und Jugendlichen genutzt wird. Leider sind der Bahnhof und die Bahnhofsvorstadt zunehmend durch menschliches Elend, insbesondere durch drogen- und alkoholkranke Menschen, Kriminalität und soziale Härten geprägt. Für die meisten Menschen ist er ein Durchgangsort auf dem Weg in die Innenstadt, für mehrere tausend Menschen aber auch Wohn- und Lebensort.

Um den Bremer Bahnhofsbereich wieder zur Visitenkarte Bremens und einem echten Eingangstor zu einer Stadt mit Aufenthaltsqualität zu machen, werden wir im Bereich des Bahnhofumfeldes ein generelles Alkohol- und Drogenkonsumverbot sowie ein Alkoholverkaufsverbot einführen. Um das Sicherheitsgefühl der Menschen zu stärken, werden wir das offensive Betteln am Hauptbahnhof verbieten.

Weil sich die Situation am Hauptbahnhof durch reinen Polizeieinsatz allein nicht lösen lässt, werden wir eine Koordinierungsstelle „Hauptbahnhof“ einrichten, in der alle betroffenen Senatsressorts beteiligt werden, um den Menschen der Bahnhofsszene wirklich zu helfen.
Um die Bahnhofsvorstadt und den Hauptbahnhof wieder zu einem attraktiven Bereich zu machen, werden wir

- ein ressortübergreifendes Konzept zu Sicherheit, Gesundheit und Sozialem aufstellen und umsetzen,

- die Beleuchtungssituation verbessern,
- den Platz der Deutschen Einheit als Ort für Veranstaltungen und Begegnungen umbauen,
- den Rembertikreisel als Lebensort entwickeln,
- die verkehrliche Situation am und im Gustav-Deetjen-Tunnel entschärfen und weiterentwickeln,
- ein generelles Alkohol- und Drogenkonsumverbot sowie ein Alkoholverkaufsverbot am Hauptbahnhof einrichten,
- das offensive Betteln am Hauptbahnhof verbieten.

Stationsname: Grünanlagen für alle Menschen

Die Parks und Grünanlagen sind die Lungen der Stadtteile, aber leider oft wenig einladend und nutzbar. Wir wollen die Grünanlagen für die Bürger dieser Stadt mit mehr Sitzmöglichkeiten, Grillstationen, neuen Beleuchtungen, Sicherheitskonzepten, Spielgeräten und Fitnessangeboten ausstatten. Zudem wollen wir mehr Trinkbrunnen, gerade an beliebten Joggingstrecken, schaffen. Dazu gehört für uns auch eine Erlebniswelt Wallanlagen, als grünes Band der Innenstadt. Durch eine Aufhebung des Verkaufsverbotes von gastronomischen Angeboten innerhalb der Wallanlagen und eine Neuordnung des Radverkehrs, kann dieses Idyll wieder von allen genutzt werden. Im gleichen Atemzug müssen Ordnung und Sauberkeit durch die Stadtreinigung und die Sicherheit durch Polizei und Ordnungsdienst sichergestellt werden.

Stationsname: Außengastronomie vom Provisorium zum festen Angebot weiterentwickeln
Schnittstelle(n): Wirtschaft

Sondernutzungserlaubnisse für Nebenflächen und im öffentlichen Raum für die Außengastronomie wollen wir weiter pragmatisch handhaben. Ferner sollen Fördermittel in Höhe von mindestens 50.000€ zur Verfügung gestellt werden, um die neu geschaffene Außengastronomie aus der Coronazeit zu verstetigen und neue Plätze zu schaffen. Auch ein weiterer Erlass der Gebühren für die Außengastronomie für die Jahre 2023 und 2024 soll hiermit einhergehen, um die Gastronomie nach der schweren Coronazeit weiter zu unterstützen.

Stationsname: Aktive Nachbarn bei Straßen- und Stadtteilfesten unterstützen

Das Engagement von Nachbarn für Nachbarn in den Stadtteilen bzw. den einzelnen Straßen wollen wir fördern. Oftmals scheitern Straßen-/Stadtteilfeste daran, dass die Menschen nicht wissen, an wen sie sich wie wenden müssen. Dies wollen wir ändern, indem wir feste Ansprechpartner etablieren, vereinfachte Genehmigungsverfahren auf den Weg bringen und für Nachbarschaftsfeste werben!

Stationsname: Die Pauliner Marsch als grüne Lunge für alle fördern
Schnittstelle(n): Verkehr, Klima

Die Pauliner Marsch zieht sich als grüne Lunge Bremens entlang der Weser. Sie ist ein wichtiger Ort für viele Menschen, ob als Naherholungsmöglichkeit, als Sportmöglichkeit oder einfach als Aufenthaltsmöglichkeit. Die Interessen der vielen Menschen in diesem Areal stoßen dabei aufeinander und sind teilweise nicht zu vereinen. Das in der Planung befindliche Nachwuchsleistungszentrum von Werder Bremen stellt dabei einen tiefen Eingriff in dieses Gebiet dar. Wir werden Werder Bremen bei diesem wichtigen Vorhaben unterstützen und uns für den Bau dieses Zentrums einsetzen. Um die Eingriffstiefe abzumildern und die Interessen aller zu berücksichtigen, werden wir den Runden Tisch Pauliner Marsch neu auflegen.

Stationsname: Bremen-Nord als örtliches Zentrum verstehen

Schnittstelle(n): Wirtschaft

Bremen-Nord ist das Freizeit-, Erholungs- und Einkaufszentrum für 100.000 Bremerinnen und Bremer sowie das Umland. Die Potenziale der Stadtteile Burglesum, Vegesack und Blumenthal werden jedoch noch nicht ausreichend vom Bremer Senat ausgeschöpft, insbesondere das Integrierte Struktur- und Entwicklungskonzept für den Bremer-Norden (ISEK) zeigt noch keine nennenswerten Erfolge. Wir wollen die Attraktivität Bremen-Nords mit einem Aktionsplan steigern, der auch tatsächlich umgesetzt wird und Bremen-Nord in den Mittelpunkt des senatorischen Handelns in Bremen setzen.

Wir werden neue Einkaufsmöglichkeiten und Kultureinrichtungen nach Bremen-Nord bringen, um den Teil Bremens noch attraktiver zu machen. Dabei wollen wir insbesondere die Vegesacker Fußgängerzone und den Sedanplatz stärken und leerstehende Flächen mit Unterstützung Bremens an Pop-Up-Stores vermieten. Wir werden uns zudem dafür einsetzen, mit einem Ankauf der sogenannten „Grohner Düne" das Gebiet rund um den Vegesacker Bahnhof neu, attraktiver und sicherer zu gestalten.

Bremen-Nord hat mit dem Schulschiff Deutschland einen wichtigen Touristenmagnet verloren. Dabei bietet ganz Bremen-Nord mit dem Knoops Park, Wätjens Park, dem Bunker Valentin und der Maritimen Meile des im Jahr 1622 angelegten Vegesacker Hafens wichtige Naherholungs-, Kultur- und Denkmalorte. Dabei wollen wir wichtige Nordbremer Veranstaltungen wie z.B. Sommer in Lesmona oder das Festival Maritim bremenweit vermarkten.

Schließlich wollen wir Anreize für Unternehmen setzen, sich in Bremen-Nord anzusiedeln. Damit wollen wir die Arbeitsplatzdichte in Bremen-Nord stärken - denn derzeit ist die Arbeitsplatzdichte pro 100 Einwohnern immer noch geringer als im restlichen Stadtgebiet, wo deutlich mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze auf 100 Einwohner kommen. Wohnortnahe Arbeitsplatzangebote stärken den Standort Bremen-Nord und führen zu weniger Pendelzeit für Arbeitnehmer und damit klimaschonender Mobilität.

Stationsname: Bunker Valentin als Erinnerungsort weiterentwickeln

Der Bunker Valentin ist ein wichtiger Ort der Bremer Geschichte, der mit seiner Monstrosität die Verbrechen der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft vor Augen führt.

Wir wollen diesen Ort nicht mehr am Rand akzeptieren, sondern ihn als Erinnerungsort im Bremer Gedächtnis fest etablieren. Dazu gehört für uns beispielsweise ein verpflichtender Besuch aller Bremer Schulklassen. Auch die Erreichbarkeit muss verbessert werden, z.B. durch eine neue Anlegestelle für Schiffe. Dieser Ort hat viel Schrecken hervorgebracht und Menschen mussten hier unfassbares Leid ertragen. #niewieder ist daher für uns Vermächtnis und Auftrag für die Zukunft zugleich, dieser Ort soll dazu dienen.

Stationsname: Chancenstadt Bremerhaven
Schnittstelle(n): Wirtschaft, Mobilität

Die Bremerhavener Innenstadt befindet sich im Umbruch. Mit dem Ankauf der Karstadt Immobilie besteht die einzigartige Chance, das Zentrum an dieser Stelle neu zu entwickeln. Mit der Neugestaltung des Karstadt-Areals und einer Öffnung hin zu den Havenwelten kann mit einer Mischung aus Handel, Dienstleistung und Markthalle eine attraktive Meile entstehen. Bei der Entwicklung des gesamten Areals sind auch die Flächen des Eulenhof-Grundstücks und des ehemaligen Finanzamtes mit einzubeziehen. Mit der Neugestaltung dieses Bereiches kann ein attraktiver Zugang für die Bremerhavener Innenstadt, mit einer Sichtachse zum Wasser, geschaffen werden. Alle Planungen sind mit den Investoren eng abzustimmen. Eine hohe Aufenthaltsqualität ist dabei von besonderer Bedeutung.

Das Miteinander zwischen den Inhabern der Geschäfte im Columbus-Shopping-Center, im Moin Outlet und der „Unteren Bürger“ sind positiv zu bewerten. Diese Bereiche müssen als Einheit betrachtet werden. Für eine dauerhafte Belebung der Innenstadt ist außerdem eine Angebotsvielfalt von Bedeutung. Hierzu zählen neben Einzelhandel, Dienstleistung, Gastronomie, Fitness, Kultur auch Arbeiten und Wohnen. Letzteres ist schon seit vielen Jahren Praxis. Die Verbindung zwischen Weserdeich und Geeste als grüne Lunge am Wasser gilt es weiterzuentwickeln.

Die Bremerhavener Innenstadt ist mit allen Verkehrsmitteln und zu Fuß gut erreichbar. Diese Erreichbarkeit muss auch zukünftig gewährleistet sein. Dazu zählen ausreichende Parkmöglichkeiten sowie preiswertes Parken. Für den Radverkehr wurde parallel zur Fußgängerzone die erste Fahrradstraße in Bremerhaven eingerichtet.

Das Potenzial der Hochschule Bremerhaven zur Stärkung der Innenstadt muss besser genutzt werden. Angebote für die Studentinnen und Studenten sind vermehrt zu berücksichtigen, ebenso Impulse und Vorschläge aus der Studierendenschaft. Der Ausbau der Hochschule muss daher vorangetrieben werden. Die Studienplätze der Hochschule Bremerhaven sollen zeitnah auf 5.000 anwachsen. Im Hanse Carré möchten wir den Studierenden Räumlichkeiten zur Verfügung stellen.

Mit dem aktiven Management der Bremerhavener Innenstadt, erst durch die Citymanagerin, dann den so genannten City Skipper und jetzt durch Erlebnis Bremerhaven, wird dem Leerstand bereits entgegengewirkt und die geplanten Entwicklungen mit Unterstützung einer zukünftigen Innenstadtkoordinatorin sind sichergestellt. Um junge Familien

für die Innenstadt zu begeistern, haben wir mit dem damaligen City Skipper Spielangebote für Kinder und Jugendliche geschaffen. Diese Angebote gilt es bedarfsgerecht auszubauen.

Über kulturelle Angebote, wie z.B. Konzerte auf dem Theodor-Heuss-Platz oder vor der Großen Kirche im Zentrum der Innenstadt, soll die Attraktivität gesteigert werden.
Gemeinsam mit dem Handel vor Ort, den Schaustellern, der Verwaltung und Politik haben wir seit 2018 ein neues Konzept für den Bremerhavener Weihnachtsmarkt mit Erfolg entwickelt. Nur durch gemeinsames Handeln können wir alle Projekte in der Bremerhavener Innenstadt erfolgreich angehen und den Standort Bremerhaven stärken. Hierbei setzen wir auf eine große Bürgerbeteiligung.

Zudem unterstützen wir den Wandel der Bremerhavener Innenstadt durch ein Landesprogramm zum klimafreundlichen Umbau der Innenstädte.

Stationsname: Bundesgartenschau in Bremen und Bremerhaven
Schnittstelle(n): Klima

Der Klimawandel ist eine der Herausforderungen unserer Zeit. Entsiegelte Flächen, Bäume, Gärten, Blumen und Parks können vieles bewirken, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Bremen hat viele öffentliche und private Grünflächen, Parks und Gärten, die schon jetzt das Stadtbild prägen und einen Beitrag zum Klimaschutz und zur Naherholung leisten. Wir wollen die Bundesgartenschau nach Bremen holen. Wir wollen Bremens grünes Potenzial nutzen und zeigen, wie Städte sich an den Klimawandel anpassen können und was jeder selbst tun kann, sei es im eigenen Vorgarten, auf dem Balkon, in der Parzelle oder im öffentlichen Raum. Dazu wollen wir vorhandene Grünflächen wie den Bürgerpark, den Stadtwald, die Wallanlagen, Knoops Park, den Rhododendronpark, Initiativen, Privatgärten und viele weitere für das Konzept der Bundesgartenschau nachhaltig, divers und integrativ nutzen. Wir verstehen die Bundesgartenschau als Schau der Ideen und Möglichkeiten und wollen sie inklusiv, integrativ, nachhaltig und divers ausgestalten - eben bremisch.

Stationsname: Bremen und Niedersachsen – DER Co-Working Space Deutschlands!

Bremens Eigenständigkeit als Bundesland ist für uns als CDU ein zentraler Bestandteil aller politischen Aktivitäten und gewiss keine Nebensächlichkeit. Trotz dieses klaren Bekenntnisses sind wir auf unser Nachbarbundesland, sind wir auf gute und enge Beziehungen zu Niedersachsen angewiesen. Die Verflechtungen unserer beiden Städte mit dem Umland sind sowohl in wirtschaftlicher als auch in gesellschaftlicher, familiärer, sozialer und kultureller Hinsicht erheblich. Um die Potenziale aus der Verflechtung zu heben, wollen wir Bremen und Niedersachsen als DEN „Co-Working-Space" der Bundesrepublik begreifen und entwickeln. Leben und Arbeiten müssen in unserer Region noch enger miteinander verzahnt werden. Die Realisierung des interkommunalen Gewerbegebiets Achim-West kann dabei nur ein Beispiel und ein Auftakt sein. Wir wollen diese Art der länder- und kommunenübergreifenden Kooperation verstetigen – im Bereich der Mo-

bilität beispielsweise durch den weiteren Ausbau des ÖPNV-Streckennetzes sowie leistungsfähige Park-and-Ride-Parkplätze am Stadtrand. Die weitere Verknüpfung gilt generell auch im Bereich ÖPNV und Verkehrsanbindungen. Denn für die Mobilitätswende ist eine übergreifende, gute Zusammenarbeit und Finanzierung im Kommunalverbund mit den Umlandgemeinden zwingend notwendig.

Stationsname: Wohnraum für alle

Schnittstelle(n): Wirtschaft, Bildung, Klima, Arbeit und Soziales

Wir wollen, dass Bremen und Bremerhaven wieder zu echten wachsenden Städten werden, die allen Menschen ein bedarfsgerechtes Zuhause bieten. Wir wollen, dass Bremerinnen, Bremer und alle, die zu uns kommen, gerne hier wohnen, leben und arbeiten wollen. Sei es in einem Haus mit Garten oder in einer Wohnung in einem urbanen Quartier. Jeder sollte seinen Traum nach eigenen Vorstellungen verwirklichen können. Dabei ist uns besonders wichtig, dass Wohnraum bezahlbar ist. Das geht nur, wenn wir mehr bauen und das Angebot entsprechend erhöhen. Die derzeitigen Krisen führen leider dazu, dass viele Investoren aufgrund von extremen Preissteigerungen Abstand von Bauprojekten nehmen. Und sollten Häuser und Wohnungen doch gebaut werden, schlagen sich natürlich gesteigerte Baukosten auf die Immobilienpreise nieder. Wir wollen, dass Bremen die Herausforderungen annimmt und mehr Verantwortung beim Wohnungsbau übernimmt. Mit drei kommunalen Wohnungsbaugesellschaften - BREBAU, GEWOBA und STÄWOG - können Bremen und Bremerhaven den unterschiedlichen Krisen trotzen und zuverlässig bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen. Wichtig ist, dass wir das Potenzial der kommunalen Gesellschaften erkennen und sinnvoll einsetzen.

Bremen verfügt über ein Wohnraumpotenzial von ca. 29.000 Wohnungen. Diese Flächen wollen wir im Zuge einer Wohnraumoffensive mit Bebauungsplänen versehen und zügig mit der BREBAU und GEWOBA bebauen und dabei allen Anforderungen und Wünschen der Stadtgesellschaft gerecht werden. Neben einem größeren Angebot kann Bremen auch so beim Klimaschutz mit gutem Beispiel vorangehen, denn alle Wohnungen, die wir bauen, werden bezahlbar, klimaeffizient und ressourcenschonend sein. Damit trägt Bremen aktiv zum Ziel der Klimaneutralität bei. Das Marktumfeld aus steigenden Zinsen sowie Energie- und Baukosten erleichtert diese Aufgabe in der kommenden Legislatur nicht. Dennoch ist Bauen notwendig, damit mehr Menschen in Bremen eine passende Wohnung finden.

- Mit den kommunalen Wohnungsunternehmen und den privaten Investoren wollen wir in den nächsten vier Jahren 10.000 Wohnungen und Häuser fertigstellen.
- An der Quote für Sozialwohnungen werden wir festhalten und bei jedem größeren Bauprojekt prüfen, ob eine Erhöhung, vor allem unter Einbindung der BREBAU und GEWOBA, möglich ist. So leisten wir gleich bei zwei Problemen Abhilfe. Erstens: es entstehen mehr Sozialwohnungen, und zweitens: die Sozialwohnungen verbleiben dauerhaft im kommunalen Besitz.
- Wir werden Wohnungsgenossenschaften stärken, indem wir mehr städtische Flächen in Erbpacht vergeben. Wichtig ist für uns hier der Wettbewerb um kluge Ideen, Projekte und neue Ansätze sowie Möglichkeiten.

- Wir wollen die Ausweisung von Bauflächen vereinfachen und Planungsverfahren beschleunigen.
- In Bremen-Nord bestehen noch viele ungenutzte Potenziale für Neubauvorhaben - wobei gerade hier der Traum vom Eigenheim noch leichter verwirklicht werden kann als in anderen Stadtteilen. Wir wollen die Bereitstellung von brachliegenden und baureifen Flächen in Bremen-Nord massiv ankurbeln. Dafür wollen wir das Bauamt Bremen-Nord personell verstärken.

Stationsname: Baulückenkataster
Schnittstelle(n): Klima

In einem Zwei-Städte-Staat wie Bremen sind bebaubare Grundstücke rar. Gleichzeitig sind im gesamten Stadtgebiet verteilt Wohngebäude auf so großen Grundstücken gebaut, dass deren Eigentümer oftmals Teile der freien Grundstücksfläche verkaufen wollen. Das sogenannte Bauen in zweiter Reihe wollen wir viel stärker in den Mittelpunkt unserer Baupolitik stellen. Dadurch schaffen wir neue Flächenpotenziale für mehr Wohnungen und Häuser und nutzen vorhandene Infrastruktur in den Quartieren.

Wir wollen,
- dass Eigentümer auf eigenen Wunsch ihre Grundstücksflächen im Bremer Baulückenkataster hinterlegen können,
- wir Schwachstellen des Bremer Baulückenkatasters beheben, indem es ausschließlich Flächen aufführt, die vom Eigentümer auch zum Verkauf angeboten werden,
- die technische Möglichkeit schaffen, dass Eigentümer und potenzielle Käufer in den direkten Austausch miteinander treten können,
- die Bebauungspläne überarbeiten, sodass Bauen in zweiter Reihe möglich wird und große Grundstücke einfacher geteilt werden können.

Stationsname: Steuerentlastung fürs Eigenheim
Schnittstelle(n): Finanzen, Klima

Eigentum ist die beste Altersvorsorge. Dieser Grundsatz wird vermutlich nie an Gültigkeit verlieren. Leider erschweren Zinserhöhungen und Kostensteigerungen derzeit vielen, eine eigene Immobilie zu erwerben. Vor allem Familien können sich kaum noch Eigentum leisten. Auch wenn wir weder Zinsen noch Baukosten senken können, wollen wir als Stadt einen Beitrag leisten.
- Über ein Förderprogramm wollen wir allen Familien, die in den Jahren 2024 und 2025 Eigentum erwerben, die Grunderwerbsteuer erlassen. Denn die Grunderwerbsteuer lässt bei vielen kaum noch etwas vom Eigenkapital übrig. Für das selbstgenutzte Eigentum werden wir einen Freibetrag für den Erwerb der Immobilie von 200.000 Euro pro Erwachsenen und 100.000 Euro pro Kind vorsehen.
- Gleiches wollen wir für alle Erwerber von sanierungsbedürftigen Altbauten ermöglichen. Wer die graue Energie im Bestandsbau nicht abreißt, sondern durch Modernisierungen erhält und klimafreundlich saniert, leistet einen erheblichen Anteil am Klimaschutz.

Stationsname: Bauplanung stärken
Schnittstelle(n): Wirtschaft

Sowohl durch Aufstockungen als auch Bauten in zweiter Reihe müssen in der Regel vorhandene Bebauungspläne überarbeitet und angepasst werden. Diesen Prozess wollen wir

- im engen Austausch mit den jeweiligen Beiräten vorantreiben,
- mindestens 10 Mitarbeiter in den Bau- und Planungsabteilungen einstellen, die sich mit den Instrumenten Aufstockung und Bauen in zweiter Reihe beschäftigen.

Stationsname: BREBAU endlich nutzen
Schnittstelle(n): Wirtschaft

Bremen hat die BREBAU 2019 zu einhundert Prozent gekauft. Auch vier Jahre nach dieser stadtentwicklungspolitischen Grundsatzentscheidung existiert jedoch immer noch keine Strategie, wie Bremen die Wohnungsbaugesellschaft nutzen will. Deshalb werden wir als CDU Bremen:

- den Fokus der BREBAU auf den Bereich Wohnungsbau legen. Mit der BREBAU wollen wir ein bedarfsgerechtes und möglichst erschwingliches Angebot schaffen,
- mit der BREBAU aktiver in das Baugeschehen in Bremen eingreifen und somit insgesamt zu einem größeren Angebot in Bremen beitragen.

Stationsname: GEWOBA weiterentwickeln
Schnittstelle(n): Wirtschaft, Finanzen

Die GEWOBA ist Bremens größter Vermieter und ein finanzstarkes Unternehmen. In den letzten Jahren konnte die GEWOBA immer mehr eigene Bauprojekte verwirklichen. Diese positive Entwicklung wollen wir weiterführen und verstärken, indem wir

- auf Gewinnausschüttungen, die im Bremer Haushalt versickern, verzichten und bei der GEWOBA belassen, um mehr Neubauprojekte und Sanierungen zu ermöglichen,
- die GEWOBA zum maßgeblichen Partner unseres Ziels von 10.000 Wohnungen machen,
- mit der GEWOBA auch mehr Wohnungen erwerben und somit den kommunalen Bestand stetig erhöhen.

Stationsname: Tiny Houses - Neue Wohnformen ermöglichen

Kleine, zum Teil mobile Häuser: für Studierende, Auszubildende, Familien, Senioren: für alle, die so etwas wollen! Dieses Wohnkonzept hat sich rund um die Welt bereits etabliert. In Bremen werden wir Flächen ausfindig machen und hierfür anbieten. Auch Nachverdichtungen, die Nutzung von Flachdächern und unsere Wasserflächen werden wir dabei mitdenken. Beispielsweise im Europahafen ergeben sich durch die dortigen Entwicklungen neue Möglichkeiten für Wohnen auf dem Wasser!

Stationsname: Lebens- & Liebenswert: Kultur in Bremen & Bremerhaven
Schnittstelle(n): Wissenschaft

Kultur bestimmt Kreativität, Ausstrahlung, Identität und Lebensgefühl in unseren beiden Städten maßgeblich mit. Kultur ist Attraktivität, Aktivität, Ausgleich und schöpferische Unruhe gleichzeitig. Kultur steht für neue Ideen und für (geistigen) Fortschritt ebenso wie für Tradition und die Besinnung auf bewährte Werte. Kultur ist Erinnerung und Lernen für die Zukunft. Kultur kritisiert und führt gleichzeitig zusammen. Kultur ist für uns kein Luxus, den sich eine Gesellschaft leistet oder nur einigen Wenigen zur Verfügung stehen soll. Kultur ist deswegen weit mehr als das Aufbewahren von Kulturgütern, Werken oder Ideen, so wichtig dieses auch ist. Ebenfalls wird die Unterscheidung von „Hochkultur" oder „freier Szene" der Bedeutung aller Kulturschaffenden für die Anziehungskraft und Entwicklung Bremens und Bremerhavens und der Abhängigkeit des einen vom anderen nicht mehr gerecht. Merkmal von Kultur ist für uns Vielfalt, in den Themen, in den Sparten und in den Strukturen. Wir wollen die Förderung von Kultur in inhaltlichen Zusammenhängen ordnen und fördern, Profile schärfen und Schwerpunkte setzen. Einzelne Einrichtungen, Projekte und Kulturschaffende können dabei in unterschiedlichen und auch übergreifenden Kategorien unterwegs sein. Diese sind

- Kultur – Kreativität – Wirtschaft
- Kultur – Bildung – Erinnerung – Forschung - Demokratievermittlung
- Kultur – Tradition/Werte/Identität/Information - Integration
- Kultur – Unterhaltung/Freizeit – Standort – Attraktivität

Eine lebendige kulturelle Szene und herausfordernde Aktivitäten haben immer auch mit der Verfügbarkeit von Ressourcen zu tun. Dabei geht es einerseits nicht nur um die Höhe, sondern auch um die Zuverlässigkeit und längerfristige Planbarkeit. Es geht andererseits auch um Wertschätzung für privates Engagement durch Stiftungen und Zuwendungen, die wir weiter fördern wollen. Wir werden mit den Mitteln aus den Einnahmen der sog. Citytax

- einen Fonds schaffen, mit dem private neue Spenden in den Grundstock einer Stiftung mit kulturell-öffentlicher Zwecksetzung verdoppelt werden können,
- die alleinige Erhöhung der Projektmittel muss überführt werden in eine Förderstruktur, die „Dauerbrenner" langfristig fördert,
- die Nachwuchsarbeit und die kulturell-professionelle Arbeit unterstützen, indem wir bis zu vier Stipendien (sechs Monate je 2.000 €) je in Bremen und Bremerhaven unterstützen,
- Vorbereitung & Professionalisierung bei der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit im Kultur- & Kreativbereich z.B. durch gezielte Fortbildung in Akquisition von Sponsoring unterstützen.

Ebenfalls setzen wir uns dafür ein, Bremen und Bremerhaven auch kulturell durch eine Landesförderung zu synchronisieren. Neben einer verzahnten Strategie einer Landeskulturpolitik ermöglicht eine solche Institution den Zugriff auf weitere Förderstrukturen auf EU- oder Bundesebene, ebenso wie der Zugriff auf explizite Landesfördermittel von Stiftungen.

Stationsname: Kultur ist dort, wo Menschen aufeinandertreffen
Schnittstelle(n): Bildung, Wissenschaft

Kultur findet häufig dort Widerhall, wo Menschen einander begegnen. Aus diesem Grund möchten wir den Austausch zwischen Kulturorten, Schulen, Altenheimen und mehr Orten fördern. Wir wollen, dass Kultur in unseren Schulen sichtbarer wird und Kultureinrichtungen häufiger als bisher von Schülerinnen und Schülern besucht werden. Dazu wollen wir Kulturschaffende einladen, den Unterricht an Schulen zu unterstützen und Kultureinrichtungen zu bestärken und zu befähigen, neben der Arbeit in der Kultur zu externen Lernorten zu werden. Besonders beispielgebend ist für uns nicht nur das - inzwischen internationale - Renommee der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen, sondern auch deren schulisches Engagement zu Gunsten von Schülerinnen und Schülern einer ganzen städtischen Region. Nachhaltigkeit fördern, indem wir Künstlerinnen und Künstlern sowie Kultureinrichtungen Fördermittel für nachhaltige Arbeitsbedingungen und Produktionen zur Verfügung stellen. Wir unterstützen alle Beteiligten der Kulturbranche bei der ökologischen Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit und für einen klimafreundlichen Betrieb.

Wir verstehen Orte wie die Stadtbibliotheken, Volkshochschulen, Museen und viele mehr als Dritte Orte, an denen Austausch, Leben und Lernen stattfinden kann: als Begegnungsorte. Dort braucht es eine technische Infrastruktur auf Höhe der Zeit und Arbeitsplätze, die zum Miteinander-Arbeiten anregen. Gleichzeitig möchten wir den Open Library Ansatz stärker verfolgen, nachdem unter Vorlage des Bibliotheksausweises diese öffentlichen Orte an sieben Tagen die Woche genutzt werden.

Stationsname: Kultur braucht eine gute Infrastruktur
Schnittstelle(n): Wirtschaft

Die Bremer Orchester und ihre Darbietungen, z.B. im Rahmen der Philharmonie, der Deutscher Kammerphilharmonie oder im Rahmen von Events wie z.B. dem Musikfest Bremen, haben überregionale Strahlkraft. Diese zieht wie ein Magnet Menschen buten un binnen an. Wir werden die großartigen Konzerte und den Bestand von etablierten Veranstaltungsformaten auch in Zukunft schützen.

Die CDU Bremen unterstützt die Initiative „Pay the artist“ des BBK, dem Berufsverband „Bildender Künstler*innen und Künstler Bremen“, und setzt sich für die faire Vergütung von Künstlerinnen und Künstlern ein, denn professionelle Arbeit muss auch professionell bezahlt werden. Wir wollen eine verpflichtende Vergütung von Künstlern, die angemessen für die Präsentation ihres künstlerischen Eigentums in öffentlichen Ausstellungshäusern in Bremen bezahlt werden. Wir wollen einen Fonds in Höhe von 100.000 Euro aufsetzen, der entweder von der Kulturbehörde oder dem BBK verwaltet wird. Der Fonds ermöglicht öffentlich geführten Ausstellungshäuser, aber auch ehrenamtlich geführten Off-Spaces und Produzentengalerien in Bremen, eine faire Vergütung an die Künstler zu zahlen. Die fehlenden Ausbildungsstrukturen in Bremen machen es unerlässlich, strukturell mehr in Nachwuchsförderung zu investieren, um dauerhafte Impulse für z.B. die

Freien Künste und ehrenamtlich geführte Kulturinstitutionen zu setzen. Wir werden Kultureinrichtungen beim Generationswechsel begleiten und unterstützen.

Bremens kulturelle Vielfalt ist nicht nur abhängig von der Kreativität der Kulturschaffenden. Bremen hat eine besondere Tradition in der Unterstützung der Kultur durch Mäzenatentum, Sponsoring und ehrenamtliches Engagement für die Kultur, für die Bewahrung von kulturellen Werten und die Pflege von Traditionen. Bremen wäre ohne dieses Engagement in mehrfacher Hinsicht „ärmer". Wir wertschätzen und fördern deshalb diese breite tätige und finanzielle Unterstützung, z.B. in Vereinen, durch private Sammlungen oder etwa durch die Zurverfügungstellung von Exponaten.

Darüber hinaus sind die Museen in Bremen und Bremerhaven mehr als die „kollektiven Gedächtnisse" der Gesellschaft. Sie sind als Anziehungspunkte für Besucher ebenso unverzichtbar wie als Lernorte, z.B. für Schülerinnen und Schüler. Wir wollen ihre Attraktivität erhalten und wo notwendig steigern. Dieses bedeutet, nicht nur zu bewahren, sondern auch zu verändern. Dazu müssen sie in die Lage versetzt werden, neben der Öffnung für das Publikum ihre kulturfachliche Arbeit zu leisten. Das heißt: zu bewahren, neue Erkenntnisse zu gewinnen, zu präsentieren, aber auch Bestände zu digitalisieren und z.B. die Provenienz zu erforschen. Zudem bedeutet dies, sich mit klassischen und für Bremen typischen Themen, etwa kaufmännischen, seefahrerischen und maritimen Traditionen Bremens und Bremerhavens auseinanderzusetzen und sie einem breiten Publikum zugänglich zu machen. Es meint aber auch, sich mit unbequemen Themen wie dem Kolonialismus und anderen Feldern kritisch auseinanderzusetzen. Dazu müssen auch neue Wege beschritten werden, die wir nachdrücklich unterstützen werden: Bremen muss eine digitale Kulturstrategie für Museen vorantreiben und so die Häuser sowohl für Forschungsdatenbanken als auch für Besucher jeweils digital zugänglich machen. Neben einer technischen Infrastruktur (LAN/WLAN) ist die Umsetzung eines ‚digitalen Besuchs' anzugehen. Wir wollen einen Runden Tisch mit den (ehrenamtlichen) Museen etablieren, um durch einen regelmäßigen Austausch die dort geleistete Arbeit frühzeitig unterstützen zu können, auch, um so den Verlust durch Schließung oder Abzug z.B. von Sammlungen für Bremen zu vermeiden.

Bremen und Bremerhaven haben als „Theaterstädte" eine lange, eigenständige und etablierte Tradition. Neben den „Großen" gibt es eine Vielzahl weiterer Spielstätten der darstellenden Kunst. Die großen Theater in Bremen und Bremerhaven haben mit ihrem jeweiligen Status als Stadttheater jedoch jeweils ein Alleinstellungsmerkmal, das eine große Verantwortung bedeutet. Experimentelles Theater muss auf den Bühnen dort ebenso Platz finden wie auch ein Programm, das die breite Stadtgesellschaft anspricht und Publikum bindet. Die Theaterlandschaft wollen wir weiter unterstützen, ihre Vielfalt und ihre besondere Profilierung erhalten. So gehört z.B. die Bremer Shakespeare Company mit ihrem Ensemble zu einer der renommiertesten Schauspielgruppen in Deutschland. Die ehrenamtlichen Theaterschaffenden im Bereich der Amateurtheater, aber auch die freie Theaterszene, wollen wir stärker fördern.

LINIE: SICHERHEIT

Bremen hat ein Sicherheitsproblem. Und das nicht erst in den letzten vier Jahren. Auf dem Weg vom Bremer Hauptbahnhof in die Innenstadt hat man zunehmend das Gefühl, man befinde sich in einem rechtsfreien Raum. Abgesehen von Unrat und Gestank, sind das Herumlungern von Menschen oder aggressive Bettelei keine Umstände, die den Weg zu Fuß oder mit dem Rad in Richtung Innenstadt positiv begleiten. Im Gegenteil: Immer häufiger äußern Bürgerinnen und Bürger ihre Ängste und persönlichen Vorbehalte bei der Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel, fühlen sich im allgemeinen Sicherheitsempfinden beeinträchtigt und entwickeln sogar Vermeidungsstrategien, um beispielsweise nicht zwingend am Hauptbahnhof umsteigen zu müssen.

Diese Ängste der Bürgerinnen und Bürger nehmen wir ernst. Mit einer bürgernahen, präsenten, gut ausgestatteten Polizei sorgen wir dafür, dass sich die Bürger in unseren beiden Städten wieder sicher fühlen. Die Eigenständigkeit der beiden Stadtgemeinden in Fragen der Polizei bzw. der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist für uns von herausragender Bedeutung, um den jeweils vorhandenen Bedrohungslagen zu begegnen. Sie steht für uns als CDU nicht zur Diskussion. Straftaten, ob im öffentlichen Raum oder in der digitalen Welt, wollen wir entschlossen entgegentreten. Wir stärken unsere Polizei und die Justiz und stärken damit den Rechtsstaat. Durch digitale Werkzeuge wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern auch abseits des 110-Prozesses ermöglichen, rund um die Uhr die Polizei zu erreichen.

Unsere Justiz wollen wir effizienter machen. Den Bearbeitungsstau bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften werden wir durch digitalisierte Verfahren und, wo immer notwendig, durch mehr Personal auflösen. Konsequente Strafverfolgung und zügige Verfahren sind für einen funktionierenden Rechtsstaat unabdingbar. Wir wollen prozessuale Möglichkeiten zur Beschleunigung von Strafverfahren konsequent nutzen, auch um die Abschreckung von Strafandrohungen zu verstärken.

Die Resilienz unserer zwei Städte gegenüber Krisen und Katastrophen ist für uns eines der Themen, die die nächste Legislaturperiode bestimmen und das wir mit hoher Priorität angehen werden. Unseren Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven obliegt dabei der Katastrophenschutz mit der Vorhaltung bestimmter Einrichtungen zur Gefahrenabwehr. Zudem übernimmt auch die Bundeswehr eine wichtige Stellung im Rahmen der Amtshilfe mit ihrem Landeskommando und ihrer Heimatschutzkompanie. Damit ist die Stärkung des Katastrophenschutzes und der allgemeinen Gefahrenabwehr in der „Zeitenwende“ eine praktische Solidarität gemeinsam mit dem Bund und den anderen Bundesländern.

Doch Zivil- und Katastrophenschutz sind nur zwei Bestandteile einer verbesserten Krisenvorsorge: Das „integrierte Hilfesystem“ wollen wir zu einem „integrierten Sicherheitssystem“ ausbauen, denn mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine sind die Fragen der Energieversorgungssicherheit, der Abhängigkeit von einzelnen Handelspartnern, der wirtschaftlichen Verflechtung, der Preissteigerungen und der allgemeinen Widerstands-

fähigkeit in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Diskussionen gerückt. Sicherheit bedeutet für uns daher auch Versorgungssicherheit und die Sicherstellung von reibungslosen Lieferketten und einer funktionierenden Weltwirtschaft. Durch vorausschauende Planung und Bevorratung wollen wir die Versorgung mit kritischen Gütern wie Medikamenten, medizinischer Schutzbekleidung und weiterem Material auch in Krisenzeiten sicherstellen.

Stationsname: Sichtbare Polizei vor Ort
Schnittstelle(n): Lebenswerte Städte

Eine sichtbare und aufmerksame Polizei verhindert Straftaten und ist Ansprechstelle für die Bürger sowie die Institutionen im Stadtteil. Kontaktpolizisten kennen ihre Quartiere, die dortigen Problemlagen und sind jederzeit bereit zu helfen. Sie vermitteln Sicherheit und sind mit Rat und Tat zur Stelle. Für die Bürger sind Kontaktpolizistinnen und Kontaktpolizisten oft der erste Ansprechpartner, wenn es um das Sicherheitsempfinden geht. Daher wollen wir endlich alle 110 Stellen der Kontaktpolizisten in den Stadtteilen besetzen. Es gilt dabei, sie ausschließlich für ihre Aufgabengebiete einzusetzen und nicht bei jedem personellen Engpass zum Aushelfen aus ihren Stadtteilen abzuziehen.

- Um Straftaten an belebten Orten effektiv aufklären zu können, werden wir die technische Überwachung an öffentlichen Plätzen ausbauen.
- Um der besonderen Schwerpunktlage am Bremer Hauptbahnhof zu begegnen, werden wir dort eine mobile 24/7 Polizeiwache etablieren.

Stationsname: Polizeiausbildung modernisieren
Schnittstelle(n): Führung & Verwaltung

Wir wollen eine zusätzliche Einstellungsoffensive bei der Polizei. Die Erhöhung der Zielzahl in der Stadtgemeinde Bremen auf mindestens 3.000 bis 2027 und in Bremerhaven auf mindestens 580 Polizistinnen und Polizisten soll festgeschrieben werden. Auf Basis dieser Zielzahlen werden die Standortkonzepte der Bremer und Bremerhavener Polizei geprüft, ob die Polizeistandorte den Ansprüchen an moderne Arbeitsplätze auch nach Erreichen der neuen Zielzahlen genügen. Unabhängig von der Frage der angestrebten Personalstärke, wird es aber vor allem darum gehen, die vorhandenen Stellen in der nächsten Legislatur auch tatsächlich zu besetzen. Das erreichen wir aber nicht nur aus eigenen Mitteln und innerhalb der bestehenden Strukturen. Wir brauchen dazu eine Polizeiakademie, die sowohl das bisherige Hochschulstudium unserer Polizeianwärter in den kommenden Jahren sicherstellt, als auch zusätzlich perspektivisch ein „Fachabitur Polizei“ anbietet, um auch Menschen ohne Abitur für die Polizei gewinnen zu können. Die Einstellungsvoraussetzungen für den Polizeivollzugsdienst wollen wir dahingehend anpassen. Zurzeit müssen Bewerberinnen und Bewerber außerdem eine Fahrerlaubnis der Klasse B bis zum Ende des ersten Semesters vorweisen. Dies könnte potenziell geeignete Kandidatinnen und Kandidaten ebenfalls von einer Bewerbung abschrecken und ausschließen. In Zeiten des Fachkräftemangels auch in der öffentlichen Verwaltung ist diese Selbstbeschränkung nicht mehr zeitgemäß. Wir wollen den Polizeianwärterinnen und Polizeianwärtern deshalb als kurzfristig umsetzbare Maßnahme die Möglichkeit eröffnen, die notwendige Fahrerlaubnis in der Polizeiausbildung kostenlos zu erwerben.

Um die Arbeit bei der Polizei grundlegend attraktiver zu gestalten, muss sowohl die Besoldung auf den Bundesdurchschnitt erhöht, als auch das Zulagenwesen angepasst werden. Hierfür wollen wir zum einen die allgemeine Polizeizulage an die Höhe der Feuerwehrzulage angleichen, zum anderen die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Zulage sowie die Einführung der Erschwerniszulage für die Polizistinnen und Polizisten, die im Bereich der Bearbeitung von Kinderpornografie und Kindesmissbrauch zuständig sind. Bedienstete der Polizei sollen stets entsprechend ihres Dienstpostens und der ausgeübten Funktion entlohnt werden und Beförderungen regelhaft erfolgen.

Stationsname: Umstrukturierung der Polizeiarbeit

Wir wollen die Struktur der polizeilichen Arbeit und die Präsenz in der Fläche nach Zweckmäßigkeit und den Bedürfnissen der Bürger gestalten. Die Durchführung von Verwaltungsaufgaben bei Vorgangsbearbeitungen soll dabei in Zukunft auch von Unterstützungskräften wahrgenommen werden können, sodass die Polizei ihrer tatsächlichen Aufgabe nachgehen kann. Hierzu wollen wir verstärkt Personal für den Nichtvollzug einstellen. Zugleich muss die erforderliche Infrastruktur ausgebaut werden und dessen Funktionalität und Aktualität sichergestellt sein. Zudem muss die Polizei noch weiter von Aufgaben, wie z.B. dem Objektschutz oder der Überwachung von Personen in Arresträumen, entlastet werden, die nicht notwendigerweise von Vollzugsbeamten durchgeführt werden müssen.

Stationsname: Polizeiarbeit der Zukunft – mit KI und Köpfchen.
Schnittstelle(n): Führung & Verwaltung

Eine moderne, leistungsstarke und zukunftsorientierte Polizei muss nicht nur personell gut aufgestellt sein, sondern vor allem auch technisch auf dem neuesten Stand sein, um den Tätern, insbesondere in der digitalen Welt, auf Augenhöhe begegnen zu können. Dabei ist uns wichtig alles miteinander zu verbinden und als Großes und Ganzes zu sehen. Arbeitsabläufe müssen für unsere Polizistinnen und Polizisten vereinfacht werden, um mehr Tempo und Flexibilität für andere Aufgaben zu entwickeln. Gleichzeitig muss aber auch die IT-Sicherheit gewährleistet sein und gerade bei mehr Tätigkeit im Home Office auch der Datenschutz gewährleistet werden. Man muss die richtigen Informationen zur richtigen Zeit generieren können und auch dem Gegenüber zeitgemäß begegnen. Wichtig dafür sind auch leistungsfähige Hard- und Softwarelösungen zur Auswertung und Bearbeitung von Fällen und digitale Kommunikation. Wir wollen für die Polizei im Land Bremen perspektivisch:

- eine „Cyberpolizeistaffel“, die ausschließlich um Straftaten in um das Internet bekämpft
- Dashcams in den Streifenwagen etablieren
- App-basierte Lösungen, um direkt „auf der Straße“ den Großteil der administrativen Arbeit erledigen zu können

- die „Digitale Akte“ schnellstmöglich einführen und den Datenaustausch sowohl zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft als auch zwischen Polizei und Bürgern digital und medienumbruchfrei realisieren
- die modernste Software auf dem Markt bieten, auch im Bereich der Künstlichen Intelligenz, um sie zu entlasten und vom technischen Fortschritt profitieren zu lassen
- an allen Polizeistandorten WLAN anbieten
- einen „INNOVATION HUB 110“ als Digitalisierungsplattform einführen, die für den digitalen Wandel steht, indem sie bei Entwicklung und Implementierung von Digitalisierungs- und IT-Projekten unterstützt
- digitale Anhörungen und Vernehmungen anbieten, um die Polizeiarbeit flexibler zu gestalten, auch für Zeuginnen und Zeugen und Beschuldigte

Stationsname: Polizeigesetz evaluieren

Als CDU Bremen haben wir Vertrauen in die Arbeit unserer Polizeibeamten. Wir wollen die Polizei bei ihrer Arbeit unterstützen und lehnen ein pauschales Misstrauen ihr gegenüber ab. Daher werden wir das geltende Polizeigesetz evaluieren und an die aktuellen Bedarfe anpassen. Dabei gilt es insbesondere die über die in der Datenschutzgrundverordnung hinausgehenden Regelungen, die die alltägliche Polizeiarbeit nur erschweren, zurückzunehmen, besondere Kontrollorte wieder einzuführen und Kontrollquittungen wieder abzuschaffen.

Stationsname: Gut ausgestattete Polizei
Schnittstelle(n): Digitalisierung

Bezogen auf die Ausstattung unserer Polizei wollen wir die Zahl der durchschnittlich verfügbaren Streifenwagen in Bremen und in Bremerhaven in der Grundlast den Bedarfen entsprechend anpassen. Zudem wollen wir die Polizeifahrradstaffel ausbauen, die insbesondere die verkehrliche Überwachung verstärkt. Für brenzlige Einsätze wollen wir Abstandswaffen wie den sog. Taser, Dash-Cams und modernste Schutzbekleidung.

Für uns gehören flächendeckend mobile Tablet-Computer, Kartenlesegeräte und Smartphones zum modernen Standard guter Polizeiarbeit. So können Berichte schnell und unkompliziert verfasst, Fotos von Tatorten angefertigt und übertragen sowie Personalien festgestellt werden. Zudem können Einsatzkräfte über einen eigenen Messenger-Dienst mit den Kollegen im ständigen Kontakt bleiben. Es ist an der Zeit, dass auch die Polizei in Bremen und in Bremerhaven diesbezüglich zeitgemäß ausgestattet wird.

Stationsname: Null-Toleranz Strategie gegen Clan Kriminalität
Schnittstelle(n): Sicherheit & Lebenswerte Städte

Bremen zählt mit Berlin, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen zu den Hochburgen der Clan-Kriminalität in Deutschland. Die kriminellen Strukturen der Clan-Kriminalität

haben sich hier über Jahre verfestigt. Waren die Betätigungsfelder früher meist Betäubungsmittelhandel, Zuhälterei oder Menschenhandel, stellt man sich heute breiter auf, auch um das illegal erbeutete Vermögen zu waschen. Die Clans sind mittlerweile auch in Bereichen wie Autovermietung, Umzugsfirmen, Sicherheitsgewerbe, Frisör, Shishabars, Callshops oder jüngst in Corona-Testzentren tätig. Wir dürfen nicht akzeptieren, dass Clan-Mitglieder Luxusautos fahren und gleichzeitig Sozialleistungen beziehen. Hierfür ist eine Strategie der 1.000 Nadelstiche mit maximalem Kontroll- und Verfolgungsdruck notwendig. Unser Ziel ist es

- den kriminellen Clan-Mitgliedern den Führerschein zu entziehen und ihre Autos einzuziehen,
- Scheinhalterschaften bei Kraftfahrzeugen zu verhindern,
- automatisierten Datenabgleich zwischen Kraftfahrtbundesamt und Sozialämtern durchzuführen,
- Aussteigerprogramme zu etablieren, insbesondere für Kinder und Frauen aus den Clan-Familien,
- verstärkte Ermittlungen im Bereich Geldwäsche, Steuerbetrug, Korruption und Drogenhandel durchzuführen,
- Vermögensabschöpfung zu intensivieren, wofür auch die Beweislastumkehr bei Vermögen unklarer Herkunft angewendet wird,
- Rückführungen von Clanmitgliedern durchzusetzen, die in Deutschland als Intensivtäter gelten, und Wiedereinreisesperren zu verhängen.

Stationsname: Mehr Kooperation für mehr Sicherheit

Die Sicherheit der Bürger und der Kampf gegen Kriminalität darf nicht an Landesgrenzen aufhören. Um organisierter Kriminalität und internationalem Extremismus und Terrorismus, sowie Cyber-Kriminalität wirksam zu begegnen, wollen wir eine koordinierte Zusammenarbeit für mehr Effektivität und bessere Prävention. Aus diesem Grund müssen Zuständigkeiten dort gebündelt werden, wo Kompetenzen und Mittel verfügbar sind und im Rahmen von Taskforces muss eine Bündelung der bundesweiten Kräfte erfolgen.

Stationsname: Eine Drogenpolitik, die Betroffenen wirklich hilft
Schnittstelle(n): Lebenswerte Städte, Soziales, Gesundheit

Wir stellen den Gesundheits- und Jugendschutz in den Mittelpunkt der Drogenpolitik und lassen Betroffene und ihre Angehörigen mit den Problemen nicht allein. Wir werden die Aufklärung verstärken und Beratungs-, Hilfs- und Therapieangebote weiter ausbauen. Durch konzentrierte und kontinuierlich durchgeführte Schwerpunktmaßnahmen werden wir die Aufdeckung und Zerschlagung der Dealerstrukturen verfolgen und mit konsequenter Ahndung aller Drogendelikte den florierenden Betäubungsmittelhandel insbesondere im Bahnhofsumfeld bekämpfen.

Stationsname: Haus des Jugendrechts
Schnittstelle(n): Soziales

Wir bringen Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugend(rechts)hilfe unter Einbeziehung von freien Trägern nicht mehr nur digital, sondern tatsächlich unter einem Dach zusammen,

um Jugendkriminalität effektiv zu bekämpfen und kriminelle Karrieren frühzeitig zu verhindern. So ermöglichen wir differenzierte Lösungsansätze, um den vielschichtigen und komplexen Ursachen für jugendliche Straffälligkeit zu begegnen. Um real ansprechbare Hilfen, kurze Kommunikationswege und einen regelmäßigen Austausch zu gewährleisten, werden wir ein echtes Haus des Jugendrechts in Bremen schaffen.

Stationsname: 24h Video-Online-Wache
Schnittstelle(n): Digitalisierung

Bremer Bürger sollen zu jeder Zeit und an jedem Ort Anzeigen aufgeben können. Ob Fahrrad- oder Handtaschendiebstahl, Einbruch oder Sachbeschädigung: Auf einer Video-Online-Wache wird die Anzeige unverzüglich aufgenommen und die Polizeibeamten können direkt weitere Schritte einleiten, ohne dass die Bürger nochmal das Haus verlassen oder mitten in der Nacht an das andere Ende von Bremen fahren müssen.

Stationsname: Straftat: Cybermobbing
Schnittstellen: Soziales, Bildung, Digitalisierung

Jeder 5. Schüler, jede 5. Schülerin ist aktuell von Cybermobbing betroffen. Unter Cybermobbing versteht man verschiedene Formen der Belästigung, Nötigung oder Diffamierung anderer Menschen unter Zuhilfenahme elektronischer Kommunikationsmittel. Dies hat psychische und körperliche Folgen für die Betroffenen. Wir setzen uns für eine bundesweite Gesetzesänderung ein, nach der Cybermobbing zum eigenen Straftatbestand ins Strafgesetzbuch aufgenommen wird. Darauffolgend steht Bremen in der Verantwortung, Ressourcen bei Polizei und Justiz zur Verfügung zu stellen, um eine Strafverfolgung zu sichern.

Stationsname: Allen Rettungskräften den Rücken stärken
Schnittstelle(n): Ehrenamt

Wir als CDU haben ein Grundvertrauen in unsere Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte und stärken den Einsatzkräften und engagierten Ehrenamtlichen den Rücken und werden sie konsequent vor Angriffen jeglicher Art schützen. Einsatzkräfte und insbesondere ehrenamtlich Tätige verdienen größten Respekt und unser Vertrauen. Wir wollen daher zeigen, wie sehr wir die Arbeit der Hilfskräfte schätzen und weitere Angebote für sie schaffen. Dazu werden wir verstärkt Deeskalations- oder Selbstverteidigungstrainings anbieten. Durch regelmäßige Blaulichttage, auch in Schulen, informieren wir über die Arbeit der Helfer und schaffen so mehr Verständnis. Zudem wollen wir auf die Gleichstellung von ehrenamtlichen Einsatzkräften der Hilfsorganisationen hinwirken, um ihre Arbeit angemessen wertzuschätzen. Hierfür wollen wir sie im Hilfeleistungsgesetz aufnehmen.

Stationsname: Bei der Feuerwehr brennt's
Schnittstelle(n): Ehrenamt

Eine einsatzbereite Feuerwehr braucht eine gute Ausbildung, moderne Feuerwachen und Gerät auf der Höhe der Zeit. Wir werden einen neuen Standort für die Feuerwehrschule

suchen, um eine optimale Ausbildung zu gewährleisten. Die Feuerwehrschule wird personell verstärkt und für alle Ausbildungsmodule werden die notwendigen Geräte und Räumlichkeiten bereitgestellt. Mit einem Sofortprogramm zur Abarbeitung des Investitionsstaus bei der Feuerwehr Bremen werden wir vor allem neue Fahrzeuge anschaffen, dringend notwendige Gebäudesanierungen durchführen und den Standard bei der in den letzten Jahren neu angeschafften persönlichen Schutzausrüstung hochhalten. Zu einer modernen Feuerwehr gehören auch Tablet-Computer, auf denen die Einsatzinformationen sofort bereitstehen, mindestens eins pro Fahrzeug Wir werden den anhaltenden Personalengpass durch einen erheblichen Personalaufwuchs mit einer angemessene Mitarbeiterzahl, die sich an den Bedarfen und zukünftigen Herausforderungen orientiert abbauen, um verlässlich überall in Bremen binnen höchstens 10 Minuten mit 8 Einsatzkräften mit einem Hilfeleistungslöschfahrzeug und einer Drehleiter vor Ort zu sein. Perspektivisch wollen wir die Schutzzielbestimmung der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren anstreben (8 Minuten mit 10 Einsatzkräften).

Wir starten eine Ausbildungsoffensive, wobei eine verstärkte Anwerbung von bereits ausgebildeten Feuerwehrkräften erfolgen soll, aber auch die finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden, um den Beruf attraktiver zu machen. Hierfür wollen wir das Einstiegsamt bei der Berufsfeuerwehr endlich auf A8 erhöhen. Wir wollen auch die Einstellungsvoraussetzungen für die Feuerwehr entsprechend anpassen und für Regelbeförderungen sorgen. Auch die Änderung der Laufbahnverordnung mit einer Reduzierung der Ausbildungszeit auf 18 Monate kommt für uns in Betracht. Für die Freiwillige Feuerwehr werden wir den Fortfall der jährlichen Begrenzung der Fahrtkostenpauschale für Übungen herbeiführen.

Stationsname: Zügige Strafverfahren als reale Konsequenz

Strafverfahren dauern zu lange, insbesondere bei Alltagskriminalität. Darunter leidet zum einen die abschreckende Wirkung der Verurteilung der Täter, zum anderen aber auch das Vertrauen der Menschen in den funktionierenden Rechtsstaat. Wir wollen, dass gefasste Straftäter bei eindeutiger Beweislage sofort vor einen Richter gestellt werden können, wozu es auch verstärkte personelle Ressourcen braucht. Wir setzen uns dafür ein, von der Möglichkeit des Strafbefehls (§§ 407 ff. StPO) und des beschleunigten Verfahrens (§§ 417 ff. StPO) stärker Gebrauch zu machen.

Zudem wollen wir generell verstärkte Ermittlungen im Bereich Geldwäsche, Steuerbetrug, Korruption und Drogenhandel durchführen und die Vermögensabschöpfung intensivieren. Straffällige und vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer werden wir konsequent in ihre Heimatländer zurückführen.

Stationsname: Justiz zukunftsfähig aufstellen
Schnittstelle(n): Führung und Verwaltung, Wirtschaft

Die Bremer Justiz arbeitet seit Jahren am Limit. Das zeigt sich z.B. in Strafverfahren, die jahrelang liegen geblieben sind, weil immer nur Haftsachen verhandelt werden konnten, entlassenen Untersuchungshäftlingen und einer Vielzahl von Überlastanzeigen. Das gilt

sowohl für Richter und Staatsanwälte, als auch für das Servicepersonal und die Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister. Nachwuchsgewinnung wird in all diesen Bereichen zur immer größeren Herausforderung. Um mehr Nachwuchs im Bereich der Richterinnen und Staatsanwälte zu gewinnen, werden wir 50% mehr Rechtsreferendare ausbilden. Zur Unterstützung der Justiz werden wir deswegen eine Gesetzesgrundlage schaffen, die die Einstellung von Richterassistenzen im Land Bremen ermöglicht.

Stationsname: Moderne Justiz

Schnittstelle(n): Digitalisierung, Wirtschaft

Wir wollen die Dienstleistungen der Justizbehörde wieder zu einer echten Serviceleistung des Staates für seine Bürger machen. Eine moderne Rechtspolitik muss für den Bürger verständlich und vor allem serviceorientiert sein. Hierfür wollen wir unter anderem die Voraussetzungen schaffen, dass die Beantragung von Erbscheinen, Titeln usw. auch online erfolgen kann. Außerdem sollen die digitalen Zugangsmöglichkeiten zur Justiz ausgebaut werden, um so den schnellen und kostengünstigen Zugang zu Rechtsprechung und Rechtsberatung sicherzustellen und auch in Zivilverfahren eine zügige und kommunikationstechnisch zeitgemäße Arbeitsweise im Rahmen von Onlineverhandlungen weiter ausbauen. Die Mitarbeiter des Justizvollzuges leisten eine wichtige und wertvolle Arbeit für die Gesellschaft, die wir angemessen würdigen möchten. Wir wollen in diesem Bereich die Ausbildungskapazitäten erhöhen und auch finanzielle Anreize schaffen, wie die Einführung der Freien Heilfürsorge.

Stationsname: Verfassungsschutz neu aufstellen

Schnittstelle(n): Führung und Verwaltung

Die Notwendigkeit eines Bremer Landesamtes für Verfassungsschutz steht für die CDU Bremen außer Frage. Nie waren die Herausforderungen aufgrund von Demokratiefeinden aus allen Richtungen größer. Wir stehen für den Kampf gegen jedwede Art von Extremismus, sei er politisch links-, rechts- oder islamistisch orientiert. Das Ziel, in einem freien Rechtsstaat zu leben, dessen Gesetze für alle gleich gelten, sollte alle demokratischen Parteien einen. Insbesondere die verfassungskonforme Zusammenarbeit mit den Verfassungsschutzbehörden der anderen Bundesländer sowie der Polizei ist notwendig, um Extremismus nachhaltig zu bekämpfen. Wir stärken den Verfassungsschutz durch eine moderne Ausgestaltung des Trennungsgebotes zwischen Polizei und Verfassungsschutz, die die Zusammenarbeit nicht mehr behindert. Informationen dürfen nicht mehr voreinander verborgen werden, sondern müssen in Datenbanken gemeinsam und vor allem unkomplizierter als bisher genutzt werden können. Wir wollen die rechtlichen Voraussetzungen derart ausweiten, dass der Verfassungsschutz sowohl digital als auch in der realen Welt die Möglichkeit hat, alle nachrichtendienstlichen Mittel zu nutzen, die auch in anderen Bundesländern möglich sind.

Mitgliedern der links- und rechtsextremen sowie der islamistischen Szene bieten wir durch Aussteigerprogramme einen Weg zurück in die Mitte der Gesellschaft.

Stationsname: Einsatzfähiger Katastrophenschutz

Das Land Bremen verfügt zwar über ein Landeskatastrophenschutzkonzept. Dieses sorgt aber allein nicht dafür, dass einzelne Einheiten vollumfänglich ausgestattet und technisch einsatzbereit sind. Daher werden wir die Einheiten des Katastrophenschutzes in der Kompetenz des Landes Bremen anhand der sich aus den Katastrophenschutzkonzepten ergebenden Bedarfe mit Material und Gerät tatsächlich ausrüsten und dafür sorgen, dass die Stützpunkte der Einheiten, wo erforderlich, modernisiert werden. Wir werden bei einer Zuständigkeit des Bundes, z.B. beim Technischen Hilfswerk, mit der Bundesregierung in Gespräche treten, um mögliche Bedarfe und technische Ausstattungen für Bremen und Bremerhaven zu realisieren. Zudem werden wir mit den Umlandlandkreisen und -gemeinden Kooperationsmöglichkeiten im Katastrophenfall ausloten, festschreiben und bei Beschaffungen von Verbrauchsmaterial nach Möglichkeit auf Einheitlichkeit achten, wie es zum Beispiel bei den Chemikalien-Schutz-Anzügen der Feuerwehr Bremen bereits der Fall ist. Zudem wollen wir den Ausbau der Warninfrastruktur, unter anderem mit Sirenen, weiter vorantreiben. Unser kurzfristiges Ziel ist, dass in Bremen bereits zum nächsten bundesweiten Warntag am 14. September 2023 mit einem akustischen Signal gewarnt werden kann.

Stationsname: Kritische Infrastruktur schützen

Anlagen der Kritischen Infrastruktur (z.B. zur Verteilung von Wasser, Elektrizität, Gas und Wärme) sind im Land Bremen vielfältig und zahlreich vorhanden. Gleiches gilt für alle Verkehrsanlagen, von den Häfen über Autobahnen bis zu den Schienenknotenpunkten. Deren Sicherung ist Grundlage für eine funktionierende Infrastruktur in Bremen und Bremerhaven. Deshalb werden wir automatisierte Überwachungstechnik insbesondere durch Video- und Bewegungsmelder einsetzen, wo dies zum Schutz der kritischen Infrastruktur möglich ist.

Wir werden in Zusammenarbeit mit der Polizei, dem Objektschutz, dem Ordnungsdienst und privaten Sicherheitsdiensten von Unternehmen der kritischen Infrastruktur einen abgestimmten Wachplan erarbeiten. Auch werden wir den wasserseitigen Schutz und die Bewachung von Anlagen mitdenken, wie dies für einen zentralen Hafen- und Logistikstandort notwendig ist. Zudem werden wir analysieren, wo bei Einrichtungen der Kritischen Infrastruktur gegenseitige Abhängigkeiten bestehen und diese - insofern es die öffentliche Hand betrifft - verringern. Auch werden wir in allen existierenden und zukünftigen Veröffentlichungen des Landes Bremen, der Stadtgemeinden sowie der Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften Hinweise zu Schwachstellen des Zivil- und Katastrophenschutzes sowie der kritischen Infrastruktur und insbesondere auf Informationen zu „single points of failure“ überprüfen und diese gegebenenfalls entfernen.

Stationsname: Cyberabwehrstrategie für das Land Bremen
Schnittstelle(n): Digitalisierung

Cyberkriminalität ist eine stark zunehmende Gefahr für Staat und Gesellschaft und beschäftigt auch unsere Ermittlungsbehörden in zunehmendem Maße. Bei der Cyberabwehr braucht Bremen daher dringend mehr Tempo. Wir werden unverzüglich eine Cyberabwehrstrategie für das Land Bremen vorlegen und noch im Jahr 2023 schrittweise mit der Umsetzung beginnen.

Stationsname: Enquetekommission: Krisen
Schnittstelle(n): Führung und Verwaltung

Die erste Voraussetzung, um aus den multiplen Krisen unserer Zeit zu lernen und daraus überhaupt die richtigen Schlüsse für die kommenden Jahre ziehen zu können, ist eine Analyse der aktuellen Lage, eine Ableitung von Aufgaben für Politik, Verwaltung und Gesellschaft sowie der politische Wille, sich überhaupt mit der veränderten Sicherheitslage auseinanderzusetzen. Dieses „Lernen aus Krisen" muss auf Dauer angelegt sein und sowohl auf politischer als auch auf fachlicher Ebene der zuständigen Behörden und Ämter stattfinden. Die erste Enquetekommission in der Geschichte des Landes Bremen zur Erarbeitung einer Klimaschutzstrategie war ein voller Erfolg. Dieses Instrument der parlamentarischen Demokratie wollen wir daher auch nutzen, um eine Strategie für Krisenbewältigung, Krisenresilienz und Krisenprävention im Lande Bremen zu erarbeiten, um für die Erkenntnisse aus den verschiedenen Krisen unserer Zeit eine Bestandsaufnahme durchzuführen und Maßnahmen abzuleiten.

Stationsname: Jährliche Übungen auf Stabs- und Einsatzebene
Schnittstelle(n): Ehrenamt

Wir kennen sie alle: die jährliche Brandschutzübung am Arbeitsplatz, in der Schule oder im Ehrenamt. Einsatzübungen unter möglichst realen Bedingungen sind die Grundvoraussetzung für eine gute Zusammenarbeit im Krisenfall. Unterschiedliche Akteure müssen sich auf organisatorischer, fachlicher und persönlicher Ebene vertrauen und gemeinsame Berührungspunkte haben. Dies gilt sowohl für die Ebene der Stabsarbeit als auch für die Ebene der Einsatzkräfte. Wir werden nach dem Vorbild der Stadt Bremerhaven in beiden Stadtgemeinden jährlich im Wechsel stattfindende Übungen auf Stabs- und Einsatzebene durchführen, die jeweils aufeinander aufbauen und ein aktuelles Szenario des Katastrophenschutzes darstellen. Dabei wollen wir auch verschiedene Hilfsorganisationen berücksichtigen und die Zusammenarbeit zwischen ihnen trainieren.

LINIE: KLIMA, UMWELT, ENERGIE UND NACHHALTIGKEIT

Klimaschutz und Wirtschaft gehen Hand in Hand. Mit einer klugen und ambitionierten Klimaschutzpolitik wollen wir positive Effekte für die Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven und ihre Innovationskraft erzielen, neue Arbeitsplätze schaffen, den sozialen Zusammenhalt stärken und eine bessere Lebens- und Aufenthaltsqualität in Bremen und Bremerhaven erreichen. Damit wollen wir auch den Herausforderungen der Energiekrise effektiv begegnen. Wir wollen, dass Klimaschutz für alle möglich und bezahlbar ist und niemand auf diesem Weg dabei auf der Strecke bleibt.

Ausgehend von dem Ansatz der „blauen Ökologie" setzen wir bei der Bekämpfung des Klimawandels vor allem auf Anreize, Innovationen, Technologieoffenheit und positive Zukunftsvisionen statt pauschaler Verbote, Verzicht und Bevormundung.

Wir sehen den Schutz der Umwelt und des Klimas, die Wahrung der Schöpfung als eine zentrale Aufgabe, die jeden Menschen in dieser globalisierten Welt unmittelbar betrifft. Klimawandel, Verschmutzung von Luft, Umwelt und Meeren, die zunehmende Verknappung von trinkbarem Wasser und daraus resultierende Ressourcenkonflikte sind keine Herausforderungen, die noch weit weg sind. Vielmehr müssen wir diese Probleme jetzt anpacken, um auch den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen - auch lokal in Bremen und Bremerhaven.

Als CDU Bremen bekennen wir uns zum Pariser Klimaschutzabkommen. Wir streben die Reduktion der bremischen CO2-Emissionen bis spätestens 2035 um 85 Prozent im Vergleich zu 1990 einschließlich der CO2-Emissionen aus der Stahlindustrie an. Bis spätestens 2040 soll das Land Bremen klimaneutral sein. Der erfolgreiche Abschlussbericht der von der CDU-Fraktion ins Leben gerufenen Klima-Enquetekommission und seine konsequente Umsetzung sind für uns ein wichtiger Bestandteil auf dem Weg zu einem klimaneutralen Land Bremen.

Stationsname: Energie- und Wärmewende: Jetzt!

Schnittstelle(n): Lebenswerte Städte, Wirtschaft, Arbeit und Soziales, Sicherheit

Bremen lag 2019 im Bundesländervergleich auf Platz 2 bei den CO2-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch pro Kopf. Beim Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung im Jahr 2020 lag das Land Bremen weit unter dem Bundesdurchschnitt. Wir werden den Anteil erneuerbarer Energieträger in den Bereichen Strom, Wärme und Kälte in den kommenden Jahren deutlich erhöhen und verfügbare Potenziale schnellstmöglich erschließen, um die Klimaziele im Energiesektor zu erreichen und die Energiewende in den anderen Bereichen voranzutreiben. Wir wollen außerdem weitere Potenziale in den Bereichen Energieeffizienz und Energiesparen erschließen.

Im Bereich Windenergieerzeugung streben wir die Erhöhung der installierten Leistung um 50 Prozent bis zum Jahr 2030 auf etwa 300 Megawatt (MW) an. Im Bereich Solar-

energie werden zum jetzigen Zeitpunkt nicht einmal fünf Prozent des verfügbaren technischen Potenzials im Land Bremen genutzt. Dies wollen wir ändern und haben uns zum Ziel gesetzt, die jetzige Leistung der Solarenergie bis zum Jahr 2030 auf rund 500 MW zu verzehnfachen und langfristig auf 1000 MW zu verzwanzigfachen. Bis 2027 wollen wir das Ziel von etwa 300 MW erreichen. Wir wollen, dass auf jedes geeignete Dach eine Photovoltaik-Anlage kommt! Auch bei der Wärmeversorgung im Land Bremen wollen wir die Dekarbonisierung bis spätestens 2040 erreichen.

Die öffentliche Hand hat dabei eine Vorbildfunktion, der Bremen bislang in keiner Weise nachgekommen ist. So wurden zwischen 2016 und 2020 nur vier PV-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden in Bremen installiert. In der Regel haben diese Gebäude weitläufige Dachflächen wie z.B. bei Schulen, zudem kommen noch die stadteigenen Gesellschaften hinzu. Schnellstmöglich muss ein entsprechendes Konzept erstellt werden, das eine Dachbegrünung und/oder eine Ausstattung mit Photovoltaik-Anlagen zur Stromerzeugung für den Eigenverbrauch mit entsprechenden Speicherkapazitäten von Bestandsgebäuden der öffentlichen Hand vorsieht. Diesem Konzept ist eine Prioritätenliste für potenzielle Objekte beizufügen. Bei allen zukünftigen Bebauungsplänen, bei denen die GEWOBA, die BREBAU und die STÄWOG direkt oder indirekt involviert sind, werden wir dafür sorgen, dass Dachbegrünungen und/oder Photovoltaik-Anlagen realisiert werden.

Bei der Verfolgung dieser Ziele werden wir darauf achten, dass die Energiewende in Bremen und Bremerhaven bezahlbar und sozialverträglich bleibt, die Versorgungssicherheit garantiert und die Beschäftigungspotenziale in nachhaltigen Wirtschaftszweigen im Land Bremen aktiv gefördert werden. Daher wollen wir private Haushalte mit Förderkonzepten nach dem Vorbild der Stadt Freiburg unterstützen: Eine Förderung für Solaranlagen, die das Dach voll belegen, wird die vollständige Ausnutzung der bestehenden Potenziale ermöglichen. Eine Bezuschussung von PV-Balkonmodulen wird insbesondere privaten Mietern sowie den Kleingärtnern helfen, ihren Geldbeutel zu schonen und zur Energiewende persönlich beizutragen. Wir werden uns außerdem für die Einrichtung eines entsprechenden Förderprogramms für Solarstromspeicher auf Landesebene einsetzen. Bei der Förderung wollen wir ein besonderes Augenmerk auf die soziale Komponente der Energiewende richten und nachweislich einkommensschwache Haushalte mit einer erhöhten Bezuschussung unterstützen. Außerdem werden wir die Förderung für die Dachvollbelegung mit einer umfassenden Beratung der Haushalte zu baurechtlichen Aspekten verbinden und uns für die Vereinfachung und eine höhere Verbraucherfreundlichkeit der Genehmigungsprozesse für PV-Balkonmodule und PV-Anlagen beim zuständigen Netzbetreiber einsetzen. Der Zugang zu Balkonsolaranlagen muss zudem erheblich erleichtert werden.

Wir stehen hinter der dezentralen Energiewende und wollen, dass auch Mieterinnen und Mieter daran teilhaben können. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass öffentliche Wohnungsbaugesellschaften in Bremen und Bremerhaven ihre Dächer schnellstmöglich mit Mieterstromanlagen ausstatten. Dafür werden wir uns für die Verbesserung gesetzlicher Regelungen auf Bundesebene stark machen. Außerdem werden wir Gespräche mit dem Energiekonsens, der Verbraucherzentrale Bremen sowie weiteren Beratungsanbie-

tern im Bereich der erneuerbaren Energien mit dem Ziel aufnehmen, gezielte Beratungsangebote für Vermieter sowie Mieter zu schaffen, die Interesse an der Installation einer Mieterstromanlage haben.

Hierzu muss die Politik auch eine Antwort auf die Vereinbarkeit von Solaranlagen und Denkmalschutz liefern. Dies sollte ermöglicht werden, sofern keine Belange von besonderer Bedeutung entgegenstehen. Bei vielen Gebäuden, wie z.B. bei Alt-Bremer-Häusern wäre diese Vereinbarkeit ohne sichtbare Beeinträchtigung möglich, dies wollen wir ermöglichen und dabei Modelle in den anderen Bundesländern berücksichtigen.

Die Potenziale der Windenergie On- und Offshore wollen wir nutzen. Auch Flächen, z.B. entlang der A27, für den Windausbau sind noch vorhanden. Das Repowering von bestehenden Windanlagen muss ebenfalls stärker vorangetrieben werden. Die Stromnetzinfrastruktur muss dabei immer mitgedacht werden. Wir wollen in diesem Zusammenhang eine genossenschaftliche Teilhabe an Projekten fördern. Beim Ausbau der Windenergie an Land sehen wir außerdem in den Gewerbegebieten Potenziale.

In neuen Quartieren, die entstehen, sollen auch eine dezentrale Energiegewinnung und Wärmeversorgung eine zunehmende Rolle einnehmen, sofern dies möglich und sinnvoll erscheint. Gemeint sind damit z.B. Großwärmepumpen für mehrere Gebäude oder auch größere PV-Anlagen über mehrere Gebäude oder Parkplätze hinweg. Aber auch die kommunale Wärmeplanung muss vorangebracht werden, um Potenziale zu ermitteln, um so vor allem Sektoren zu koppeln und ungenutzte Energie in einen Kreislauf zu bringen. Zudem soll diese Wärmeplanung die kostengünstigsten und effektivsten erneuerbaren Wärmeversorgungsoptionen – dezentral oder über ein Wärmenetz – für einzelne Straßen, Quartiere und Stadtteile aufzeigen und damit als Grundlage für eine verbindliche politische Entscheidung dienen.

Wir brauchen ambitionierte, aber machbare energetische Standards, damit wir die Klimaschutzziele für das Land Bremen tatsächlich erreichen können. Dabei müssen wir, insbesondere für öffentliche Gebäude und bei kommunalen Wohnungsbaugesellschaften wie der GEWOBA, der BREBAU und der STÄWOG über gesetzliche Mindestanforderungen hinausgehen. Hierzu wollen wir einen Sanierungsfahrplan erstellen. Dafür sollen diese ihre Neubauten nach Möglichkeit vorrangig als Plusenergiegebäude errichten: Für die Gebäudehülle beheizter Neubauten ist mindestens ein KfW-Effizienzhaus Standard 40 anzuwenden. Bauen muss insgesamt nachhaltig werden. Deshalb wollen wir den sogenannten „Bremer Standard“ so weiterentwickeln, dass Klimaschutz und bezahlbarer, sozialgerechter Wohnbau besser miteinander vereinbar sind. Auch im privaten Bereich brauchen wir bei Gebäuden im Bestand eine nachhaltige Sanierung. Hierzu müssen wir Anreize setzen, damit die einzelnen Immobilienbesitzer ihre Immobilien nach und nach entsprechend sanieren, ohne überfordert zu werden. Dazu reicht es nicht, dass nur in Bremen ein Klimabauzentrum entsteht, wir wollen ein solches auch in Bremerhaven errichten. Hierfür sollen kompetente Akteure wie z.B. der Energiekonsens und Weitere eingebunden sowie finanziell für die Bewältigung dieser Aufgaben entsprechend ausgestattet werden.

In diesem Zusammenhang muss die Bürokratie abgebaut werden, die viele Projekte oder Ambitionen hemmt. Zudem sollte auf technisch nicht erforderliche Vorschriften verzichtet werden. Dabei wollen wir auch dafür sorgen, dass das Wohnungseigentümergesetz den Ausbau erneuerbarer Energien nicht aus sachfremden Gründen verhindern kann.

Als CDU werden wir:

- erneuerbare Energien deutlich ausbauen, um die vorhandenen Potenziale schnellstmöglich zu erschließen, vor allem an öffentlichen Gebäuden,
- allen eine Möglichkeit geben, sich an der Energiewende zu beteiligen und daran zu partizipieren,
- die kommunale Wärmeplanung voranbringen und damit eine Wärmewende im Land Bremen ermöglichen.

Stationsname: Grüner Wasserstoff

Schnittstelle(n): Wirtschaft, Mobilität

Der Ausstieg aus Kernenergie und Kohleverstromung birgt die Herausforderung, weiterhin Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Bei der eingeleiteten Energiewende spielt grüner bzw. klimaneutraler Wasserstoff eine zentrale Rolle, um Industrie, Verkehr und Wärme zu dekarbonisieren und die langfristige Speicherung von erneuerbarer Energie zu ermöglichen. Mit dem Aufbau der Wasserstoffwirtschaft besteht für das Land Bremen auch die Chance, langfristig die Pariser Klimaschutzziele zu erreichen.

Das Land Bremen und die Region Norddeutschland eignen sich hervorragend als Standorte für den Ausbau einer Wasserstoffwirtschaft. Für die Erzeugung von grünem Wasserstoff haben das Land Bremen und die Region bereits hohe Stromerzeugungskapazitäten aus erneuerbaren Energien und ein erhebliches Ausbaupotenzial im Bereich der On- und Offshore-Windenergie. In Bremen und Bremerhaven soll auf lange Sicht ein zentraler Wirtschaftszweig in diesem Bereich entstehen. Damit wird das Land Bremen einen erheblichen Standortvorteil erreichen.

Wir wollen den Ausbau der Wasserstoffproduktion in Bremen und Bremerhaven und der dazugehörigen Netz- und Speicherinfrastruktur vorantreiben. Dazu gehören schnellere Genehmigungsprozesse für den Bau von Elektrolyseanlagen zur Produktion von grünem Wasserstoff. Wir wollen das Bremer Stahlwerk fit für die Produktion von grünem Stahl machen. Hierzu müssen Planung und Genehmigung entsprechender Leitungen nach Mittelsbüren für die Ermöglichung der Dekarbonisierung des Stahlwerks vorangetrieben werden. Wir wollen einen Bremer Anschluss an die norddeutsche Kavernen-Infrastruktur zur Speicherung der Wasserstoffversorgung der Bremer Industrie. Auch den Import von grünem bzw. klimaneutralem Wasserstoff sowie seinen Folgeprodukten wollen wir ermöglichen.

Parallel zum Markthochlauf von Wasserstoff, auch in Teilen des Verkehrssektors, streben wir den Aufbau eines funktionierenden Wasserstofftankstellennetzes für unterschiedliche Anwendungen im Land Bremen an. Grüner Wasserstoff muss aber auch von den Kommunen Bremen und Bremerhaven gelebt werden, weshalb ein Umstieg der Teile der

öffentlichen Flotte in Bremen und Bremerhaven auf Wasserstoffantriebe erfolgen soll. Weiter wollen wir internationale Kooperationen ausbauen, u.a. durch den Beitritt zu weiteren internationalen Wasserstoff-Initiativen. Wir wollen die Erforschung der Anwendungsfälle fördern. Nur so können wir es schaffen, Bremen und Bremerhaven zu einem lukrativen Wasserstoff-Standort zu etablieren.

Als CDU werden wir:

- für unser Bundesland den Ausbau einer Wasserstoffwirtschaft und die dafür notwendigen schnellen Genehmigungsprozesse voranbringen,
- ein funktionierendes Wasserstofftankstellen-Netzwerk aufbauen,
- die Erforschung von Anwendungsfällen der Wasserstofftechnologie fördern.

Stationsname: Ökologie und Ökonomie zusammendenken

Schnittstelle(n): Wirtschaft, Digitalisierung

Klima- und Umweltschutz sowie Wirtschaft müssen zusammengedacht werden. Innovationen in diesem Bereich können einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz leisten, die internationale Wettbewerbsfähigkeit von ansässigen Unternehmen stärken und viele neue Arbeitsplätze entstehen lassen. Es muss wirtschaftliche Anreize für diejenigen geben, die auf klimafreundliche Technologien oder Dienstleistungen setzen. Entsprechende Förderstrukturen müssen ins Leben gerufen bzw. gestärkt werden, sofern es diese noch nicht auf EU- oder Bundesebene gibt. Auch die sogenannte CCS/CCU-Technologie (Carbon Capture and Storage/Utilization), sowie die dadurch entstehenden Chancen für die bremischen Häfen, müssen mitgedacht werden. Wir sind uns bewusst, dass wir vollständige Klimaneutralität nur durch diese Maßnahmen (im Ergebnis negative Emissionen) erreichen werden. Entsprechende Initiativen sollen auch in den Bundesrat eingebracht werden.

Auch die Digitalisierung muss in diesem Prozess in Richtung Green-IT gehen, daher so ausgelegt sein, dass die Prozesse dazu dienen, schnell und klimafreundlich zu werden. Genehmigungen sollten deutlich schneller ausgestellt werden und die Nutzer schnelle Aufklärung erfahren. Die Dienstleistung der Behörden sollte unter diesen Aspekten erfolgen.

Stationsname: Fachkräfte for Future

Schnittstelle(n): Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft

Die aktuellen Krisen stellen den Arbeitsmarkt vor besondere Herausforderungen. Es werden immer mehr Fachkräfte benötigt, um im Bereich der laufenden Gebäudesanierungen, des Baus neuer effizienter Gebäude, des Ausbaus der erneuerbaren Energien und der Einrichtung wichtiger Infrastruktur das umzusetzen, was notwendig ist, um die Klimaschutzziele zu erreichen.

Aktuell gibt es viel zu wenige Handwerkerinnen und Handwerker sowie Spezialisten auf diesem Gebiet. Realistischerweise werden bundesweit zum Gelingen der Energiewende bis 2030 mindestens 440.000 weitere Fachkräfte benötigt. Für Bremen ergibt sich aus

erhöhten Klimaschutzanstrengungen bis 2040 konkret ein Engpass von bis zu 50 Prozent des Fachkräftebedarfs in manchen Schlüsselberufen. Nicht einmal in der Energieberatung gibt es genug Fachpersonal, um den derzeitig großen und zukünftig wachsenden Bedarf zu decken. Aufgrund der aktuell vorherrschenden prekären Bildungslage in Bremen, ist ohne aktives Einschreiten auch keine Besserung in Sicht. Es spielt auch eine wichtige Rolle, vorhandene Fachkräfte fortzubilden oder umzuschulen, damit diese Aufgabe gelöst werden kann. Vor allem im Bereich der Energiewende mangelt es an Fachkräften. Dies gilt es jetzt mit Qualifizierungsmaßnahmen in den Bereichen der beruflichen Ausbildung, der Weiterbildung und der Nachqualifizierung zu Berufsabschlüssen und Kompetenzen mit Klimaschutzrelevanz sowie einer langfristig angelegten und wirksamen Werbekampagne für klimaschutzrelevante Berufe entschieden zu verhindern. Wir werden die Fachkräftestrategie 2019 unter Beteiligung aller relevanten Akteure (Kammern, Verbände, Agentur für Arbeit etc.) nachschärfen.

Wir wollen Aus-, Fort- und Weiterbildungen in klimaschutzrelevanten Berufen ausbauen und das bei den verschiedenen Akteuren vorhandene Know-how bündeln. Um auch Menschen mit Migrationshintergrund den Einstieg in die berufliche Ausbildung mit Klimaschutzrelevanz zu erleichtern, werden wir uns dafür einsetzen, dass diese passgenaue Beratungsangebote erhalten und die Verfahren zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse in Zusammenarbeit mit den Kammern weiter vereinfacht werden.

Außerdem werden wir das Ausbildungszentrum für zukunftsfähige Berufe zur Gestaltung einer klimagerechten Transformation der Wirtschaft in Bremen-Nord ansiedeln, um dort gezielt Fachkräfte aus- und fortzubilden. Es soll eine zentrale Anlaufstelle werden und die Kompetenzen an einem Ort bündeln.

Als CDU werden wir:

- allgemein Weiterbildungen in klimaschutzrelevanten Berufen ausbauen, um künftig genügend Fachkräfte in den wesentlichen Bereichen ausgebildet zu haben,
- einen Klima-Campus in Bremen-Nord gründen, an dessen Standort das Ausbildungszentrum für zukunftsfähige Berufe angesiedelt sowie die Weiterbildung für Handwerker in Kooperation mit dem Klimabauzentrum gewährleistet wird.

Stationsname: Klima- und Nachhaltigkeitsbildung

Schnittstelle(n): Bildung

Die Themen Klima, Umwelt und Nachhaltigkeit wollen wir als festen Bestandteil der Bildungslandschaft etablieren. Vom Kindergarten, über die Schule und Ausbildung und darüber hinaus. Wir wollen eine Sensibilisierung von Kita-Leitungen und Fachkräften sowie Schullehrkräften für den Klima- und Umweltschutz durch regelmäßige Fortbildungen erreichen.

Stationsname: Stadtgrün und Klimaanpassung

Schnittstelle(n): Lebenswerte Städte

Durch den fortschreitenden Klimawandel müssen laufend Klimaanpassungsmaßnahmen umgesetzt werden. Hierbei spielen neben den Maßnahmen an Gebäuden auch intakte und sichere Deiche eine wesentliche Rolle, deren Pflege und Erhalt unerlässlich sind. Sie sind nicht nur für unser Landschaftsbild prägend und bieten Erholungs- und Freizeitwert, sondern schützen auch die Bewohnerinnen und Bewohner unserer zwei Städte vor schwerwiegenden Folgen heftiger Fluten. Gleichzeitig sind diese Lebensräume für Pflanzen und Tiere und somit ein wichtiger Bestandteil unserer Umwelt. Daher wollen wir den Deichschutz weiter ausbauen und wo nötig, die Deiche erhöhen, um auch vor zukünftigen Extremhochwasserereignissen geschützt zu sein. Dazu gehört für uns auch der Schutz der Deiche vor invasiven Arten, wie etwa Nutria. Dies wollen wir gemeinsam mit Deichverbänden, Landwirten und Jägern angehen.

Auch unsere Parkanlagen müssen weiter gepflegt und aufgeforstet werden. Geeignete Flächen im städtischen Bereich sollen entsiegelt werden und dem Charakter der grünen Lunge des Nordens gerecht werden. Diese Maßnahmen sollen die Lebensqualität für die Menschen in unserem Land erheblich steigern.

Bei Baumersatzpflanzungen soll es in Zukunft nicht mehr nur darum gehen, jeden gefällten Baum durch einen neuen zu ersetzen, sondern auch einen Ausgleich für die Menge an CO2 zu erzielen, die durch einen alten Baum gebunden wurde. Hierzu sollen Aufgaben des Umweltbetrieb Bremen (UBB) auf die Stadtreinigung Bremen (DBS) verlagert werden, z.B. Straßengrün, Grünschnitte, Straßenreinigung. Dies würde viele organisatorische Vorteile mit sich bringen und eine Effizienzsteigerung bedeuten.

Wir wollen zusammen mit dem UBB das Konzept der Baumpatenschaften in Bremen noch attraktiver gestalten. Erfahrungen anderer deutschen Kommunen dienen als Vorbild, etwa durch geringere Voraussetzungen für Baumpatenschaften und -spenden. Zudem wollen wir kostenlose Beratungsangebote in Kooperation mit dem Umweltbetrieb Bremen und gegebenenfalls weiteren Akteuren – zum Beispiel Umweltschutzorganisationen – für den Erhalt und eine bessere Pflege des Baumbestandes auf privaten Grundstücken einrichten.

Außerdem sollen zukünftig die Dachbegrünung sowie die Fassadenbegrünung bei Gebäuden stets mitgedacht und dort, wo es möglich ist, auch umgesetzt werden. Ziel sollte es auch sein, dadurch eine passive Kühlung für Gebäude zu erzeugen und damit auch ein gutes Klima für die Städte zu schaffen, sowie die Biodiversität zu fördern.

Bei Bau- und Sanierungsvorhaben müssen neben den Gebäuden selbst auch die dazu gehörigen Grundstücke einen Beitrag für das Klima der Stadt leisten. Schottergärten (Gärten des Grauens) müssen grün und zu „Gärten des Klimas" werden und sollten so zur Biodiversität beitragen. Lebensgrundlagen für Insekten müssen geschaffen und

Flächen nicht unnötig versiegelt werden. Auch Kleingartengebiete sollten mitgedacht werden.
Als Beispiel könnten Bäume und allgemeine Bepflanzungen durch ein Förderprogramm bezuschusst werden. Auch muss die Stadt hier mit gutem Beispiel vorangehen und exemplarisch aufzeigen, was in Gärten alles möglich ist.

Als CDU werden wir:

- den Deichschutz weiter ausbauen, um vor Extremhochwasserereignissen geschützt zu sein,
- die Pflege und Aufforstung unserer Grünanlagen voranbringen,
- ein gutes Stadtklima durch mehr Dach- und Fassadenbegrünungen bei Bauprojekten fördern,
- den Ausbau von Schottergärten bremsen,
- die Bundesgartenschau in Bremen ausrichten.

Stationsname: Umweltschutz und natürliche Vielfalt / Landwirtschaft / Tierschutz
Schnittstelle(n): Lebenswerte Städte

Die Landwirtschaft in Bremen mit den vielen familiär geprägten Betrieben ist aus wirtschaftlicher Sicht und als Arbeitgeber von besonderer Bedeutung für das Land Bremen. Außerdem prägt sie die Kulturlandschaft als Naherholungsgebiet und ist zugleich wichtiger Versorger mit regionalen Lebensmitteln. Durch die Bewirtschaftung der Flächen übernehmen die Landwirte ein besonderes Maß an Verantwortung für die Umwelt und die Bewahrung der Schöpfung.

Leider geht die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe seit Jahren im Land Bremen zurück. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft zu stärken, setzt sich die CDU für eine vernünftige, nachhaltige und tragfähige Förderkulisse auf allen politischen Ebenen ein. Hierbei setzen wir auf Vielfalt und vermeiden das Ausspielen der konventionellen gegen die biologische Landwirtschaft. Wir werden die Landwirte bei dem anstehenden Transformationsprozess unterstützen und gemeinsam und nicht über die Köpfe hinweg Strukturveränderungen begleiten. Die CDU Bremen setzt dabei auf eine faktenbasierte Landwirtschaftspolitik frei von Ideologie. Wir werden zusammen mit den Landwirten prüfen, welche geltenden Regelungen im Landschaftsprogramm und im Flächennutzungsplan schaden und sie ggf. zurücknehmen. Außerdem wollen wir gemeinsam mit den Landwirten Flächen für regenerative Energien gewinnen.

Wir wollen die Bedeutung der Landwirtschaft im Bewusstsein der Bevölkerung stärken und das Vertrauen der Konsumenten in die landwirtschaftlichen Produkte zurückgewinnen. Dazu wollen wir die Zusammenarbeit mit den Schulen intensivieren und interessierte regionale landwirtschaftliche Betriebe als außerschulische Lernorte nutzen. Darüber hinaus wollen wir die Möglichkeiten der landwirtschaftlichen Betriebe für den Verkauf von selbst erzeugten Produkten erleichtern und werden uns dazu für eine entsprechende Änderung des Gaststättengesetzes auf Bundesebene einsetzen. Wir werden die wichtige Rolle der Höfe mit Pferdehaltung für die Freizeitgestaltung und den Sport herausstellen.

Wir müssen unsere Umwelt vor invasiven Arten schützen, hierzu zählen nicht nur Pflanzen, sondern auch Tiere, die einheimische Arten bedrohen. Diesen müssen wir gemeinsam mit Landwirtschaft, Deichverbänden und Jägerschaften auch überregional entgegentreten.

Ebenfalls wollen wir Tauben und Ratten in den Fokus nehmen und einen gerechten Umgang mit diesen Tieren finden, wie z.B. die Errichtung von Tauben-Hotels, in denen die Taubeneier gegen Gipseier ausgetauscht werden, damit die Population kontrolliert werden kann. Wir wollen mit einer erhöhten Stadtsauberkeit ein wirksames Mittel gegen Rattenbefall schaffen.

Als CDU werden wir:

- die Landwirtschaft im Land Bremen unterstützen und gleichzeitig zu einem erlebbaren Ort machen sowie
- Tierschutz und Stadtsauberkeit zusammendenken.

Stationsname: Gesunde und nachhaltige Ernährung

Schnittstelle(n): Gesundheit, Wirtschaft

Wir müssen zusammen mit den anderen norddeutschen Bundesländern die Ernährungsindustrie stärker als bislang unterstützen. Sie steht vor zahlreichen Herausforderungen wie Internationalisierung, Fachkräftesicherung und Qualifizierung sowie Nachhaltigkeit einschließlich des Problems der Lebensmittelverluste und Innovationen. Dabei sichert die Lebensmittelindustrie gerade in Bremerhaven wichtige Arbeitsplätze und trägt zum Funktionieren der Bremer und Bremerhavener Wirtschaft bei. Gleichzeitig beheimatet die Region hochwertige wissenschaftliche Expertise und positive Beispiele für eine nachhaltige Wirtschaftsweise. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Lebensmittelbranche zu bewahren und zu stärken, setzen wir auf Kooperation statt Konfrontation. Zusammen mit den Regierungen der fünf norddeutschen Länder, den Branchenvertretungen sowie -verbänden, Netzwerken und anderen relevanten Akteuren werden wir den Dialog über eine „Norddeutsche Strategie für die nachhaltige Ernährungswirtschaft“ anstoßen. Die Strategie soll Ziele, Leitideen und Maßnahmen zu einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Entwicklung, Klima - und Umweltschutz, Fachkräftesicherung und Weiterbildung sowie Technologietransfer enthalten. Diese soll mit einer zu entwickelnden Bremer Ernährungsstrategie - die unter anderem Fragen einer klimafreundlichen Gemeinschaftsverpflegung, der Ernährungsbildung, der Vermeidung von Lebensmittelverschwendung und der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand adressiert – eng verzahnt werden.

Lebensmittel gehören nicht in die Tonne. Wir werden uns dafür einsetzen, Lebensmittelverschwendung vor allem in den öffentlichen Kantinen und Großküchen zu vermeiden: Jährlich landen bundesweit 11 Mio. Tonnen essbare Lebensmittel im Müll. In Bremen sind dies 23.000 Tonnen oder 42 Kilogramm pro Person. Hierzu werden wir Konzepte entwickeln, wie wir z.B. eine Zusammenarbeit mit den Tafeln oder anderen Akteuren verstärken können, damit Ware, die nicht verkauft oder konsumiert werden kann, weitergegeben

wird. Wir dürfen nicht zulassen, dass große Mengen noch haltbarer Produkte im Abfall landen und Menschen sich dieses Essen auf unwürdige Art aus der Tonne holen müssen.

Der Ernährungssektor ist einer der wenigen Bereiche, der auch in Zukunft nicht vollständig emissionsfrei werden kann. Aber auch die Landwirtschaft, inklusive der Tierhaltung, muss ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Um einerseits Emissionen so gering wie möglich zu halten und andererseits die Gesundheit der Menschen zu fördern, sind bewusste und aufgeklärte Ernährungsgewohnheiten erstrebenswert. Eine vom Staat vorgeschriebene, vollständig pflanzenbasierte Ernährung lehnt die CDU jedoch ab.

Als CDU werden wir:

- der Lebensmittelverschwendung entgegenwirken, vor allem bei der öffentlichen Hand,
- die Lebensmittelindustrie stärken,
- die gesunde Ernährung fördern.

Stationsname: Kreislaufwirtschaft und Ressourcenschonung

Kurz- und mittelfristig setzen wir zur Verringerung der CO2-Emissionen gezielt auf Maßnahmen, die die Abfallmengen in Bremen und Bremerhaven reduzieren. Dazu gehören z.B. Informations- und Beratungsangebote zur Steigerung des Bewusstseins über die Abfallproblematik und Lebensmittelverschwendung, eine Förderung von Reparaturcafés, Unverpacktläden sowie von Märkten für gebrauchte Waren.

Wir wollen die Verlängerung der Nutzungsdauer von diversen Konsumgütern, wie etwa Technik und Textilien, unterstützen. Dazu werden wir die Einrichtung von Ressourcen-Zentren in Bremen und Bremerhaven in Kooperation mit lokalen Repaircafés, Handwerksbetrieben sowie Einzelhandelsbetrieben nach dem Vorbild von Wien und Oldenburg weiter vorantreiben. In diesen Zentren sollen Reparaturangebote und Instandsetzung zu Hause und vor Ort, Weiterbildungskurse und Workshops sowie Geräteankauf, -verkauf und -vermietung angeboten werden. Das ist nicht nur nachhaltig, sondern es spart auch Geld. Das Klima wird entlastet, indem Konsumgüter lange genutzt werden und damit Ressourcen und Energie für die Produktion von neuen Gütern erspart bleiben. Zudem wollen wir professionelle DIY (Do it yourself) Fahrradstationen (Luftpumpe, Bock und fest installiertes Werkzeug) an den Radpremiumrouten und an zentralen Orten in den Stadtteilen aufstellen, damit kleine Pannen direkt unterwegs behoben werden können.

Ausgehend von den Leitideen der „blauen Ökologie“ wollen wir langfristig einen Paradigmenwechsel im Umgang mit Müll erreichen. Wir wollen Innovationen und Technologien fördern, die nachhaltige Rohstoffkreisläufe ermöglichen. Ein Beispiel dafür sind Innovationen nach dem Ansatz der Ökoeffektivität („Cradle-to-cradle“), die z. B. in der Baubranche oder in Industrie und Handel zunehmend eingesetzt werden. Demnach gibt es keinen Müll an sich, sondern nur wiederverwertbare Rohstoffe.

Mit seinen zahlreichen wissenschaftlichen Einrichtungen und Unternehmen in den Bereichen Materialwissenschaften und 3D-Druck/additive Fertigung, z. B. dem Fraunhofer IFAM, dem ECOMAT und dem Faserinstitut Bremen, kann das Land Bremen einen erheblichen Beitrag zur Entwicklung von neuen Materialien, Technologien und Produktionsprozessen für den Aufbau einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft leisten.

Wir werden Gespräche mit den Bremer Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft im Bereich Cradle-to-Cradle mit dem Ziel aufnehmen, konkrete Maßnahmen für Bremen und Bremerhaven, wie etwa Veranstaltungen, Vernetzungsaktivitäten und Demonstrationsprojekte, z.B. den Bau von öffentlichen Gebäuden nach C2C-Kriterien zu erarbeiten, um eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft in Bremen nach dem Prinzip der Ökoeffektivität aufzubauen. Die Prinzipien des zirkulären Wirtschaftens und der Ökoeffektivität wollen wir in den öffentlichen Beschaffungsrichtlinien nach dem Vorbild der Stadt Ludwigsburg stärker verankern und werden uns dafür parlamentarisch einsetzen. Außerdem werden wir die vorhandenen Landesprogramme für die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten im Umweltbereich aufstocken und die Förderrichtlinie überarbeiten, um Projekte im Bereich der nachhaltigen Kreislaufwirtschaft stärker zu unterstützen. Als CDU werden wir:

- die Nutzungsdauer von Konsumgütern durch die Einrichtung von Ressourcen-Zentren verlängern,
- DIY-Fahrradstationen an zentralen Orten aufstellen,
- Innovationen und Technologien fördern, die nachhaltige Rohstoffkreisläufe ermöglichen.

LINIE: WISSENSCHAFT

Die Wissenschaft, vertreten durch die öffentlichen und privaten Universitäten und Hochschulen sowie außeruniversitäre Forschungseinrichtungen im Land Bremen, mit ihrem Beitrag zur wissenschaftlichen Ausbildung durch die Lehre und ihrem Beitrag zur Innovation durch Forschung und Transfer ist ein wesentlicher Motor unserer Gesellschaft. Unsere Hochschulen, außeruniversitären Forschungsinstitute und forschenden Unternehmen bilden eine wesentliche Säule unseres geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Wohlstands in Bremen und Bremerhaven und dieses mit zunehmender deutschlandweiter und internationaler Ausstrahlung. Bremen und Bremerhaven haben sich über die letzten dreißig Jahre herausragende Strukturen in den acht Forschungs- und Transferschwerpunkten Meeres- und Klimawissenschaften (inkl. Umweltwissenschaften), Materialwissenschaften, Informations- und Kommunikationswissenschaften sowie Kognition und Robotik, Sozialwissenschaften, Gesundheitswissenschaften, Logistik, Luft- und Raumfahrt sowie Energiewissenschaften aufgebaut. Die öffentliche Hand in Bremen hat den Wissenschaftsstandort in der Vergangenheit leider nicht immer ausreichend unterstützt. Der Wissenschaftsplan 2025 ist derzeit nicht ansatzweise ausfinanziert. Bei der Grundmittelausstattung der Hochschulen lag Bremen zuletzt auf Platz 14 im bundesweiten Vergleich. Mit der Zivilklausel besteht für unsere Hochschulen ein bürokratisches Hindernis, das die überregionale Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt. Als Folge werden der Wissenschaftsstandort Bremen und seine Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität massiv bedroht. Unser Ziel als CDU Bremen ist die wissenschaftliche Unabhängigkeit und Autonomie der Hochschulen, die Umsetzung und die Ausfinanzierung des Wissenschaftsplans 2025, die Anhebung der Grundfinanzierung der Hochschulen auf den Bundesdurchschnitt auch mit Unterstützung des Bundes, die wissenschaftliche Nachwuchssicherung durch eine Verbesserung der Bedingungen, ein Abbau des Sanierungsstaus bei der wissenschaftlichen Infrastruktur und eine Rückkehr in die „Exzellenz".

Stationsname: Verlässliche Wissenschaftsfinanzierung
Schnittstelle(n): Finanzen

Starke Hochschulen und Wissenschaft brauchen Geld und Investitionen. Seit Jahren belegt Bremen im Bundesvergleich die letzten Plätze bei der Ausstattung der Hochschulen mit Grundmitteln. Es ist unser Ziel, eine auskömmliche Finanzierung der Grundhaushalte der Universität und der Hochschulen zu sichern und den Wissenschaftsplan 2025 auszufinanzieren. Wir wollen bei der Grundfinanzierung der Hochschulen mindestens den Bundesdurchschnitt erreichen. Um verlässliche Rahmenbedingungen für die Hochschulen kurz- und mittelfristig zu schaffen, werden wir für eine entsprechende Prioritätensetzung im Haushalt sowie in der Investitionsplanung sorgen. Außerdem wollen wir Unternehmen oder anderen privaten Institutionen die Möglichkeit geben, sich an der Finanzierung der Hochschulen zu beteiligen. Wir wollen

- bei der Grundfinanzierung der Hochschulen mindestens den Bundesdurchschnitt erreichen,
- die Einwerbung überregionaler Förderungen oder weiterer Drittmittel ausweiten.

Stationsname: Abschaffung der Zivilklausel

Schnittstelle(n): Wirtschaft, Sicherheit

Wissenschaft muss frei sein und die Zivilklausel ist dafür ein Hemmschuh: Die Einschränkung der Forschung an Dual-Use-Technologien (militärisch und zivil) behindert die freie Forschung im Bereich von z.B. Künstlicher Intelligenz, Satelliten- und Antriebstechnik, Klimatechnologien, Robotik, neuen Kommunikationssystemen sowie vielen weiteren Themen. Dabei benötigen wir genau hier das Wissen, um mit Technologie die Erderwärmung abzumildern, dem Fachkräftemangel zu begegnen und mithilfe von Künstlicher Intelligenz Standardprozesse zu automatisieren. Mit der Abschaffung der Zivilklausel entfesseln wir die Forschung, geben Entscheidungshoheit zurück an die Hochschulen und ermöglichen neue Chancen in Bremen und Bremerhaven. Kooperationen, Forschungsschwerpunkte und doppelte Einsatzmöglichkeiten können spezifisch im Einzelfall entschieden und vorangetrieben werden. Ebenfalls ermöglichen wir durch die Abschaffung der Zivilklausel eine stärkere Partnerschaft von Wirtschaft und Wissenschaft am Standort Bremen. Die starken Wirtschaftsfelder im Bereich der Luft- und Raumfahrt, Satellitentechnologie, sowie Softwareentwicklung im Bereich der Künstlichen Intelligenz können so direkt von der Forschung der Universitäten, Hochschulen sowie Forschungsinstitute profitieren.

Stationsname: Exzellenter Wissenschaftsstandort

Wir möchten in der Wissenschaft zurück an die Spitze. Die Universität Bremen muss bei der kommenden Bewerbung um die Exzellenzcluster wieder erfolgreich sein. Unser Anspruch ist, dass die Spitzenforschung und die Infrastruktur dafür bestehen; wir werden die notwendige Unterstützung dafür leisten. An den Hochschulen und in zahlreichen außeruniversitären Forschungsinstituten in Bremen und Bremerhaven wird bereits erfolgreich und mit internationalem Erfolg geforscht. Dabei erkennen wir explizit den Wert der Constructor University als einzigartige Campus-Universität in Bremen-Nord an, die Menschen aus der ganzen Welt nach Bremen lockt. Das stärkt den Wissenschaftsstandort Bremen nachhaltig, verbessert die internationale Wettbewerbsfähigkeit und macht Spitzenforschung sichtbar. Zudem möchten wir jungen Forschern eine öffentliche Plattform bieten.

Ebenfalls möchten wir den bürokratischen Aufwand z.B. bei Forschungsanträgen und Dokumentationen reduzieren, sowie notwendige Vorschriften transparenter und anwendungsfreundlicher gestalten. Dafür werden wir uns auch auf Bundesebene einsetzen. Denn Forscher sollen sich auf die Forschung und nicht auf die Aktenablage fokussieren. Ebenfalls ist es an der Zeit, die Verhältnisse von im Wissenschaftsbereich Beschäftigten, insbesondere im Mittelbau, zu verbessern und mehr Transparenz sowie Verlässlichkeit durch mehr Dauerbeschäftigung zu erreichen.

Wir wollen

- zurück an die Exzellenzspitze Deutschlands,

- den bürokratischen Aufwand z.B. bei Forschungsanträgen und Dokumentationen reduzieren, sowie notwendige Vorschriften transparenter und anwendungsfreundlicher gestalten.

Stationsname: Wissenschaft, die Wissen schafft
Schnittstelle(n): Bildung, Wirtschaft

Wir wollen Bremen als Land der Wissenschaft ganzheitlich, national und international präsentieren. Die Bremer Wissenschaftslandschaft ist vielfältig: Öffentliche und private Universitäten und Hochschulen bieten mit unterschiedlichen Schwerpunkten ein umfassendes, sehr gutes Lehr- und Forschungsangebot. Als Land der Wissenschaft ist Bremen häufig überregional und international jedoch wenig sichtbar. Aus diesem Grund setzten wir uns für eine einheitliche Gesamtstrategie des Bremer Wissenschaftsmarketings, verzahnt mit dem Stadtmarketing von Bremen und Bremerhaven, ein. Damit wird es uns gelingen, die Gesamtstudierendenzahl im Land Bremen auf 43.000 zu steigern. Davon sollen und werden sich 5000 Studierende für Bremerhaven entscheiden. Ein positiver Zukunftseffekt: Wir ziehen Neubremer und Neubremerhavener in beiden Städten an und erhalten - bedingt durch die Attraktivität unseres Landes - einige Zeit später gut ausgebildete Fachkräfte für die Bremer Unternehmen.

Es ist unser erklärtes Ziel, dass sich junge Menschen aus Familien ohne akademischen Hintergrund für ein Hochschulstudium entscheiden können, wenn sie das wollen. Hochschulbildung darf keine Frage des Elternhauses sein. Deshalb wollen wir eine verbesserte Studienberatung und ein Talentscouting in den Schulen für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler.

Wir wollen:

- eine einheitliche Gesamtstrategie des Bremer Wissenschaftsmarketings, verzahnt mit dem Stadtmarketing von Bremen und Bremerhaven,
- die Gesamtstudierendenzahl im Land Bremen auf 40.000 und in Bremerhaven auf 5.000 Studierende steigern,
- eine verbesserte Studienberatung und ein Talentscouting in den Schulen für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler.

Stationsname: Attraktive Studiengänge For Future
Schnittstelle(n): Gesundheit, Wirtschaft, Klima

Wo abzusehen ist, dass Fachkräfte in Zukunft rar werden oder wo neue Fachdisziplinen durch Fortschritt entstehen, ist die Einrichtung oder Entwicklung neuer, zukunftsträchtiger, innovativer Studiengänge, passend zum Fachkräftemangel, ein Hebel. Zudem ist dieser Weg förderlich für die Erreichung der Klimaziele.

Der Grundsatz „nicht jede Hochschule muss jeden Studiengang anbieten“ sowie eine Initiative zur verstärkten länderübergreifenden Kooperation sollen zu einem noch effektiveren Ressourceneinsatz beitragen. Deshalb werden wir uns für die Weiterentwicklung

des Studienangebots im Land Bremen im Sinne der Vermeidung von Doppelstrukturen in den Bereichen der Profilschwerpunkte sowie in manchen Studienbereichen, wie etwa in der Betriebswirtschaftslehre, bei gleichzeitiger Beibehaltung der heutigen Breite des Fächerangebots einsetzen.

Zudem ist es unser Anliegen, die Erweiterung des Studienangebots wie folgt voranzutreiben:

- Bremen ist das einzige Bundesland, das keine universitäre Ausbildung von Medizinern ermöglicht und ausschließlich von den Anstrengungen und Ausgaben aller anderen Bundesländer abhängig ist und profitiert - trotz des sich abzeichnenden Ärztemangels in der Zukunft. Deshalb investieren wir offensiv in die Schaffung von Strukturen zur Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten. Mittelfristiges Ziel ist die Schaffung einer modernen Medizin-Fakultät.
- Die Reaktivierung des Lehramtsstudienganges „Sportpädagogik" an der Universität Bremen inklusive der Modernisierung der universitären Sportstätten werden wir mit aller Kraft und den benötigten finanziellen Mitteln engagiert flankieren.
- In Deutschland fehlen schon heute rund 137.000 IT-Expertinnen und IT-Experten. Deshalb wollen wir das Angebot an exzellenter, praxisnaher Ausbildung von Softwareentwicklern in Bremen ausweiten und dabei die Constructor University einbinden.
- Um die Qualität des Informatikunterrichts in den Schulen zu steigern, setzen wir uns für einen Lehramtsstudiengang Informatik in Bremen ein. Dort sollen Lehrkräfte darauf vorbereitet werden, Kindern und Jugendlichen den Ersteinstieg in die Welt der Informatik verständlich zu machen.

Stationsname: Exzellente Studienbedingungen

Gute Hochschulen brauchen gute Rahmenbedingungen in den Einrichtungen, aber auch in den Städten. Diese machen im Kampf um die klügsten Köpfe einen echten Unterschied.

An erster Stelle steht, dass die notwendigen Sanierungen der Hochschulen mit einer weiteren Verbesserung der „Campus-Atmosphäre" durchgeführt werden und mit der regionalen Versorgung und Infrastruktur verbunden werden. Denn niemand möchte in von den Decken tropfenden Seminarräumen mit Neon-Flackerlicht lernen. Auch den knappen Raum- und Hörsaalkapazitäten wollen wir mit einer verlässlichen Investitionsplanung und der Bereitstellung erforderlicher finanzieller Mittel aktiv begegnen. In diesem Zusammenhang werden wir den Bau des dringend benötigten Hörsaal- und Veranstaltungszentrums an der Universität vorantreiben.

Wer sich für ein Studium in Bremen, Bremen-Nord oder Bremerhaven entscheidet, benötigt häufig Wohnraum. Dieser wird, zumindest in der Stadt Bremen, immer knapper; umso wichtiger ist es, studentischen Wohnraum zu schaffen. Diesen möchten wir als Land fördern und neben dem Studierendenwerk weitere Träger animieren, in diesem Bereich tätig zu werden. Um Wohnraum finanzieren zu können, ist BAföG für Studierende

eine Option. Jedoch zieht sich die Bearbeitung der Anträge häufig in die Länge. Aus diesem Grund werden wir die Bearbeitung der BAföG Anträge beschleunigen.

Auch wenn ein Studium vom persönlichen Austausch untereinander und der Diskussion miteinander lebt, konnten wir in der Pandemie lernen, dass digitale Lehre und hybride Formate gewinnbringend eingesetzt werden können und im Jahr 2023 auch müssen. Digitale Konferenzformate erweitern den Horizont von Vortragsrednern und können Lehreinheiten bereichern. Mithilfe von virtuellen Hochschulen und Lehrveranstaltungen oder auch eines „digitalen Campus" kann das „E-Learning" z.B. im Rahmen der hochschulischen Weiterbildung eine neue Grundlage bilden. Außerdem können Hochschul- und Prüfungsverwaltung effektiver gemacht werden und die Möglichkeiten zu internationalen, auch mehrsprachigen Studienangeboten eröffnet werden. Gemischte Formen der Lehre (Blended Learning) können sicherstellen, dass die Chancen und Möglichkeiten unterschiedlicher Lernebenen miteinander kombiniert werden und sich gegenseitig ergänzen. Darüber hinaus versprechen wir uns davon einen noch effektiveren Wissenschaftsaustausch und eine schnellere Verfügbarkeit von Medien. Wir wollen die Digitalisierung in der Hochschullandschaft zu einem Leuchtturmprojekt für Bremen und Bremerhaven werden lassen. Wir werden deshalb die finanziellen Mittel für die Digitalisierung der Hochschulen erhöhen und dafür sorgen, dass Seminarräume und Vorlesungssäle mit der entsprechenden Technik ausgestattet sind.

Den Austausch von Lehrenden und Studierenden wollen wir auch international weiter ausbauen. Wir werden das Erasmus+Programm und die Erasmus-Dozentenmobilität stärker fördern, damit unsere Hochschulen vom wissenschaftlichen Austausch auf europäischer Ebene noch besser profitieren. Durch attraktive internationale Studiengänge wollen wir mehr Studierende aus dem inner- und außereuropäischen Ausland für Bremen gewinnen.

Studien haben gezeigt, dass jeder zehnte Studierende mit psychischen Problemen zu kämpfen hat. Diese wurden durch die pandemiebedingten Einschränkungen der Lebensumstände und Lehre verstärkt. Aus diesem Grund werden wir das psychosoziale Beratungsangebot an den Hochschulen für Studierende ausbauen.

Auch als studierende Person benötigt man Geld: Wir setzen uns dafür ein, dass Praxissemester im bremischen öffentlichen Dienst oder in nachgeordneten bremischen Einrichtungen und Anstalten mit mindestens 400 Euro monatlich vergütet werden, und dass in Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Landes Bremen und der Stadtgemeinde Bremen eine Aufwandsentschädigung von mindestens 400 Euro monatlich gezahlt wird.

Wir wollen

- dass die notwendigen Sanierungen der Hochschulen mit einer weiteren Verbesserung der „Campus-Atmosphäre" durchgeführt werden und mit der regionalen Versorgung und Infrastruktur verbunden werden,
- studentischen Wohnraum fördern und private Träger unterstützen, in dem Bereich tätig zu werden,

- die Bearbeitung von BAföG-Anträgen beschleunigen,
- die Digitalisierung in der Hochschullandschaft zu einem Leuchtturmprojekt für Bremen und Bremerhaven werden lassen,
- durch attraktive internationale Studiengänge mehr Studierende aus dem inner- und außereuropäischen Ausland für Bremen gewinnen,
- das psychosoziale Beratungsangebot an den Hochschulen für Studierende ausbauen,
- einen Mindestverdienst von 400 Euro monatlich bei Praxissemestern, Praktika o.ä. in der Bremer Verwaltung oder nachfolgenden Anstalten öffentlichen Rechts durchsetzen.

Stationsname: Wissenschaft für alle!
Schnittstelle(n): Lebenswerte Städte, Wirtschaft

Wissenschaft findet nicht nur an den Hochschulen statt. Institutionen wie das Universum Science Center, das Klimahaus oder Museen ziehen viele Besucher in ihren Bann. Diese Institutionen möchten wir stärken. Es ist wichtig, dass Kinder, Familien und alle Menschen Anlaufpunkte haben, um Wissenschaft erleb- und anfassbar zu machen. Die Forschung der Bremer Institute geht von der Tiefsee in den Weltraum. Wir setzen uns dafür ein, den Anlaufpunkt für technik- und wissenschaftsbegeisterte Menschen aus Bremen und umzu durch ein Kosmoskop zu bereichern. Ein Kosmoskop ist die Erweiterung eines Planetariums, in welchem man nicht nur den Sternen, sondern auch der Tiefsee näherkommen kann. Damit möchten wir mehr Verständnis für unsere Umwelt ermöglichen und einen weiteren touristischen Magneten in der Bremer Innenstadt schaffen. Bereits bestehende Orte des Lernens, wie das Floartrium in Bremen Horn, gilt es zu stärken und somit außerschulische und außeruniversitäre Lernorte zu schaffen.

Stationsname: Klimafreundliche und nachhaltige Hochschulen
Schnittstelle(n): Klima, Bildung

Die bremische Wissenschafts- und Forschungslandschaft, wie etwa das Alfred-Wegener-Institut, das ECOMAT oder die Hochschule Bremerhaven, trägt mit ihrer Forschung und Lehre sowie innovativen Technologien zum Klimaschutz und dem Gelingen der Energiewende erheblich bei. In den Forschungs- und Transferschwerpunkten in Meeres- und Klimawissenschaften, Materialwissenschaften, Logistik, Luft- und Raumfahrt sowie Energiewissenschaften werden zahlreiche Forschungsvorhaben auf höchstem Niveau durchgeführt. Exemplarisch sind Forschungen zum Einfluss des Klimawandels auf die Polarregion oder zur Materialforschung im Windenergiebereich zu nennen. Im Bundesvergleich belegte das Land 2019 sogar den zweiten Platz bei der Forschungsförderung für erneuerbare Energien im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. In vielen Studiengängen, wie etwa „Windenergietechnik" oder „Nachhaltige Energie- und Umwelttechnologien" an der Hochschule Bremerhaven, werden zukünftige Entscheiderinnen und Entscheider für die anspruchsvolle Aufgabe des Klimaschutzes ausgebildet. Damit die die Universität und die Hochschulen auch weiterhin als Vorreiter der gesellschaftlichen Entwicklungen fungieren können, werden wir sie darin unterstützen, die Nachhaltigkeit und

den Klimaschutz in ihrem Betrieb ganzheitlich, also in Lehre, Forschung, Administration und Infrastrukturen im Sinne des „Whole Institution Approach“ weiter zu stärken.

Damit die zukünftigen Lehrkräfte und pädagogischen Fachkräfte die Themen Klima- und Umweltschutz sowie Nachhaltigkeit besser in den Unterricht und Schulalltag integrieren können, wollen wir im Rahmen der Zielvereinbarungen mit der bremischen Universität Klimaschutz und Nachhaltigkeit als Lehrinhalt für Erzieherinnen und Erzieher, Lehramtsstudierende aller Schulstufen sowie Quereinsteiger stärker etablieren.

Stationsname: Wissenschaftstransfer: Wirtschaft <> Forschung

Schnittstelle(n): Wirtschaft

Es ist schade, Forschungsergebnisse ungenutzt in den Schubladen oder Archiven des Landes zu lagern. Aus diesem Grund möchten wir den Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft fördern und damit Kräfte für ein stärkeres und innovativeres Bremen und Bremerhaven entfesseln. Stärker als bisher müssen wir Wissenschaft und Wirtschaft miteinander verzahnen. Nutzen wir die kurzen Bremer Wege, um Fragestellungen und Herausforderungen aus der Wirtschaft mit Lösungsansätzen aus der Forschung zu verbinden! Wir wollen die regionale Ansiedlung von kooperierenden Unternehmen weiter intensivieren. Die Zusammenarbeit der Hochschulen in Bremen, unabhängig von der Trägerschaft, wollen wir untereinander, aber auch in Richtung Wirtschaft, Handel und Handwerk weiter intensivieren. Wir versprechen uns davon nicht nur eine höhere Durchlässigkeit zwischen Beruf, Ausbildung und Studium, sondern auch eine verbesserte Zusammenarbeit bei Promotionen. „Auch den Transfer zwischen Wissenschaft und Gesellschaft wollen wir durch die Unterstützung von Citizen-Science-Projekten weiter intensivieren, in denen sich Bürgerinnen und Bürger an den wissenschaftlichen Prozessen stärker beteiligen können. So können mehr Menschen für die Wissenschaft begeistert werden und an den Lösungen aktueller Probleme mitwirken.

Des Weiteren wollen wir an die positiven Erfahrungen der engen Zusammenarbeit zwischen Politik und Wissenschaft in der-Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ anknüpfen und wissenschaftsbasiertes Regieren stärken, indem wir die wissenschaftliche Expertise schon frühzeitig in die Prozesse der Politikentwicklung einbinden. Außerdem wollen wir die Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen den für den Wissenschaftsstandort relevanten Ressorts stärken, um positive Synergien zu erzielen.

Wir wollen

- die regionale Ansiedlung von kooperierenden Unternehmen intensivieren,
- die Zusammenarbeit der Hochschulen untereinander, aber auch in Richtung Wirtschaft, Handel und Handwerk intensivieren.

Stationsname: Experimente in freier Wildbahn

Schnittstelle(n): Wirtschaft

Wir möchten durch die zeit- und gebietsweise Aussetzung bestehender gesetzlicher Regelungen im Rahmen von Experimentierklauseln erreichen, dass neue Technologien und Geschäftsmodelle getestet werden können. Technologische Neuentwicklungen brauchen Flächen und Orte, wo im Rahmen von Experimenten „im freien Feld" getestet werden kann. Insbesondere wissenschaftliche Forschung von z.B. Transportdrohnen, autonom fahrenden Fahrzeugen oder neuen Methoden des Bauens gestaltet sich im öffentlichen Raum häufig schwierig. Neue Geschäftsmodelle und -konzepte scheitern schon vor dem ersten Umsetzungsschritt durch teilweise jahrzehntealte Regelungen. Reallabore als Testräume spielen eine wichtige Rolle, um Forschungsergebnisse unter realen Bedingungen zu erzielen oder diese in der anwendungsnahen Umgebung zu erproben. Diese wollen wir als Land fördern und dafür auch niedrigschwellige Unterstützungsangebote schaffen. Wir werden uns auf Bundesebene für eine zeit- und gebietsweise Aussetzung bestehender gesetzlicher Regelungen im Rahmen von Experimentierklauseln einsetzen, damit neue Technologien und Geschäftsmodelle getestet werden können. Um den Sprung von neuen Technologien und Prozessen aus der Theorie in die Praxis zu befördern, wollen wir bestehende Kapazitäten an Testfeldern und Reallaboren für klimafreundliche Technologien und Innovationen im Land Bremen weiter ausbauen und dafür verstärkt Fördermittel des Bundes und der EU, wie etwa dem Bundesprogramm „Reallabore der Energiewende" einwerben.

Wir wollen

- die zeit- und gebietsweise Aussetzung bestehender gesetzlicher Regelungen im Rahmen von Experimentierklauseln erreichen, damit neue Technologien und Geschäftsmodelle getestet werden können.

LINIE: LEBENSWELTEN

Familien, Lebensgemeinschaften, Religionsgemeinschaften und andere Formen der Gemeinschaft, bei der Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, sind für uns als CDU der unterstützenswerte Kern einer Gesellschaft. Sie bringen das Miteinander einer Gesellschaft voran und entlasten diese zugleich. Unsere Politik gründet auf dem christlichen Menschenbild, das den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt stellt. Es beschreibt den verbindenden Rahmen einer von Werten geprägten Politik und ist Kompass unseres Handelns für die Zukunft der Menschen in Bremerhaven und Bremen.

Die individuelle Lebensweise eines jeden Einzelnen steht für uns deshalb auch nicht in Konkurrenz zueinander. Jeder soll das Leben führen können, für das er sich selbst entscheidet, solange es nicht im Widerspruch zu einem friedvollen Miteinander in der Gesellschaft steht. Dazu gehört Gleichberechtigung unabhängig von einer Behinderung oder von der geschlechtlichen Zugehörigkeit ebenso wie gerechte Chancen und gleiche Pflichten. Wir sind glücklicherweise alle verschieden und nicht jeder benötigt dieselbe Unterstützung der Gesellschaft wie andere. Besonderes Engagement für die Gesellschaft muss ebenso Berücksichtigung finden, wie ungleiche Ausgangsbedingungen im Leben, die Chancen verwehren. Einen Freifahrtschein, um auf Kosten anderer zu leben, wollen und werden wir nicht ausstellen. Berufstätige, die eine Familie gegründet haben und mit Kindern unsere Zukunft als Gesellschaft sichern, sollen ebenso besonders unterstützt werden, wie unsere Senioren, die ihr Leben bereits unserer Gesellschaft gewidmet haben oder jene, die dies tagtäglich auch außerhalb ihres Berufes tun. Ebenso brauchen alle Menschen, die aufgrund einer Behinderung oder Erkrankung nicht in der Lage sind, ausreichend für sich selbst zu sorgen, unsere volle Solidarität.

Als CDU widerstrebt es uns, dass Frauen schlechter bezahlt werden als männliche Kollegen und wir setzen uns dafür ein, dass Mädchen sich auch für Berufe interessieren, für die sie entgegen allen Rollenklischees genauso gut geeignet sind. Wir wollen jedoch nicht, dass das Geschlecht das dominierende Merkmal für Förderung wird - gefördert werden soll, wer Leistung bringt, sich engagiert oder besonderer Unterstützung bedarf.

Stationsname: Strategie gegen Einsamkeit und soziale Armut entwickeln
Schnittstelle(n): Arbeit und Soziales, Gesundheit

Immer mehr Menschen leiden unter Einsamkeit und sozialer Armut, auch in Bremen und Bremerhaven. Wir stehen generationsübergreifend für mehr Gemeinsamkeit statt Einsamkeit. Die Gründe hierfür sind vielfältig wie das Leben selbst, Politik und soziale Träger erkennen dies jedoch noch zu selten, und wenn, lediglich bei Senioren an. Dabei werden viele bereits bestehende Gelegenheiten, einsame Menschen zurück in die Gesellschaft zu führen, nicht genutzt. Daher werden wir:

- das Problemfeld „Einsamkeit" gemeinsam mit den sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen für das Bundesland Bremen analysieren,
- niedrigschwellige Projekte gemeinsam mit den sozialen Trägern und Bremer Unternehmen auflegen,

- Maßnahmen gegen Einsamkeit mit Maßnahmen zur Armutsbekämpfung verbinden und so zum Beispiel die bestehenden Angebote für günstige Mittagstische ausbauen,
- gemeinsam mit der Telefonseelsorge und den Seniorenvertretungen in Bremen und Bremerhaven Projekte wie der „Seniorenlotse" ausbauen und bekannter machen,
- „Kümmerstrukturen" in den Quartieren ausbauen und Begegnungszentren gut evaluiert mit mehr Leben füllen,
- verbindende „Tandem-Programme" zwischen Jung und Alt anregen, von denen beide Seiten in unterschiedlichen Lebensbereichen profitieren.

Stationsname: Ehrenamtliche und familiäre Pflege stärken
Schnittstelle(n): Arbeit und Soziales, Gesundheit, Ehrenamt

Unsere Gesellschaft wird immer älter. Etwa 35.000 Menschen sind im Land Bremen pflegebedürftig, Tendenz steigend. Ein Mehr an Pflegedienstleistungen steht dem Personalmangel in den Pflegeberufen und der demografischen Entwicklung entgegen, was keinerlei Entspannung der Situation erwarten lässt. Abwarten ist hier keine Strategie! Vollzeitpflege, stationäre Pflege und auch ambulante Pflege werden immer teurer, die Pflegekassen sind unter den Bedingungen des demografischen Wandels unterfinanziert. Angehörige entscheiden sich, Pflegebedürftige in stationäre Pflege zu geben, weil die Organisation von Kurzzeitpflege durch ein zu geringes Angebot an Plätzen nicht mehr zu leisten ist. Diese Gemengelage droht die Gesellschaft und insbesondere Familien zu zerreißen. Ehrenamtliche und familiäre Pflege führen in der Politik bis heute ein Nischendasein, obwohl sie die Gesellschaft erheblich entlasten.

Wir werden daher:
- die ehrenamtliche Pflege entbürokratisieren und Pflegende in Verwaltungsangelegenheiten unterstützen,
- zusätzliche Anreize schaffen, um die Pflege von Angehörigen zu erleichtern und besser mit dem alltäglichen Leben vereinbar zu machen,
- die ambulante Pflege gegenüber der stationären Pflege stärken und insbesondere neue wohnortnahe Kurzzeit- und Verhinderungspflegeplätze schaffen, um Angehörigen unbürokratische Flexibilität zu geben,
- das Pflegeplatzmanagement digitalisieren und aus den Bereichen Gesundheit und Soziales zusammenführen,
- die stationäre Pflege für 9.000 hochaltrige Menschen durch jährliche, überwiegend unangemeldete Regelprüfungen nach dem Standard des Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetztes vor der letzten Novellierung sichern,
- würdevolle Sterbebegleitung wieder in den Blick nehmen und sicherstellen.

Stationsname: One-Stop-Shop „Leistungen und Beratungen für Familien“
Schnittstelle(n): Arbeit und Soziales, Digitalisierung

Überflüssige Bürokratie und Wartezeiten sind oftmals ein Hemmschuh, um mehr Zeit mit der Familie zu verbringen. Für eine vollumfängliche, digitale Beratung zu und Beantragung von Kindergeld, einer Geburtsurkunde oder Elterngeld werden wir:

- Familienleistungen künftig vereinfacht und aus einer Hand zur Verfügung stellen,
- Beratungsangebote für Familien ausbauen und verbessern,
- alle Beratungsangebote digitalisieren.

Stationsname: Frauen vor Gewalt schützen
Schnittstelle(n): Arbeit und Soziales, Sicherheit

Frauen und Mädchen sind in besonderem Maße von (häuslicher) Gewalt betroffen. Gewalt hat dabei viele Gesichter und lässt sich nicht immer im Sinne des Strafrechts objektivieren. Wir werden:

- uns weiterhin für die vollumfängliche Umsetzung der Istanbul-Konvention in Bremen und Bremerhaven einsetzen und unterstützen alle Maßnahmen, um Gewalt präventiv und aktiv zu begegnen,
- für ein bedarfsgerechtes, niedrigschwelliges und barrierefreies Beratungsangebot und für auskömmliche Frauenhausplätze sorgen,
- auf Bundesebene darauf hinwirken, dass ein bundesweit einheitliches Finanzierungskonzept entsteht, um alle Frauenhäuser auf gleicher Basis und hinreichend zu finanzieren,
- u.a. die Ausleuchtung dunkler Wege und Straßen, den Ausbau von Frauenparkplätzen in Parkhäusern, sowie den Ausbau von Frauensitzplätzen im ÖPNV in den Fokus nehmen, um das Sicherheitsgefühl von Frauen im öffentlichen Raum zu stärken.

Stationsname: Chancengerechtigkeit im Alltag und im Beruf
Schnittstelle(n): Arbeit und Soziales, Wirtschaft

Vor allem Frauen, aber auch Männer, sollen im Land Bremen die Chance und die Wahl erhalten, sich beruflich und privat so entwickeln zu können, wie sie es möchten. Kindererziehung, die Pflege Angehöriger oder die Berufswahl dürfen nicht zum Nachteil von Frauen werden. Wir wollen ein Bremen, in dem auch Frauen und Mädchen die besten beruflichen und privaten Chancen haben! Oftmals sind Geschlechter- und Rollenklischees für die Berufswahl ausschlaggebend. Diese Klischees werden vermehrt in der frühen Kindheit gebildet. Wir wollen, dass Berufsbilder frühestmöglich von Klischees befreit werden und gleichzeitig Berufe attraktiv gemacht werden, die strukturell einen hohen Bedarf haben. In Bremen werden für Frauen die bundesweit niedrigsten Erwerbstätigen- und Beschäftigungsquoten und die höchsten Arbeitslosenquoten gemessen, doppelt so viele Bremerinnen wie im Bundesschnitt leben in der Mindestsicherung. Häufiger als in allen anderen Bundesländern können Frauen keinen Schulabschluss beziehungsweise beruflichen Bildungsabschluss nachweisen und verbleiben vermehrt in der Rolle

der Hausfrau und Mutter. Hier sind wir in Bremen in den letzten Jahren keinen Schritt vorangekommen. Daher werden wir:

- spezielle MINT-Programme weiter stärken,
- Rahmenbedingungen schaffen, um frauentypische Berufe hinsichtlich des Verdiensts und der Attraktivität aufzuwerten,
- Frauen und Mütter, vor allem Alleinerziehende ohne Abschluss, intensiviert auf dem Weg zum Berufsabschluss begleiten und den Zugang zum Berufsleben erleichtern,
- Gründungen von Frauen im Speziellen fördern (vgl. Wirtschaft),
- im öffentlichen Dienst mit gutem Beispiel vorangehen und Frauen gleichberechtigt behandeln, zur Übernahme von Führungspositionen ermuntern und mit gezielter Personalentwicklung darauf vorbereiten,
- Parität bei allen Führungspositionen in der Landesverwaltung, in landeseigenen und in Unternehmen mit mehrheitlicher Landesbeteiligung umsetzen, wo immer es geeignete Kandidatinnen gibt. Frauenförderung und Bestenauslese gehen dabei für uns Hand in Hand,
- familienfreundliche Arbeitsmodelle wie „Führen in Teilzeit", „Geteilte Führung" oder „Flexibles Arbeiten" weiter fördern, aber dort, wo es zu schlechterer Leistung führt oder aufgrund von Arbeitsprozessen kaum bis schwierig möglich ist, auch wieder einschränken,
- eine bessere Berücksichtigung von Unterbrechungszeiten im öffentlichen Dienst umsetzen und unter anderem die Möglichkeit schaffen, Regelbeurteilungen bei Unterbrechungszeiten infolge von Elternzeit oder einer Beurlaubung zur Betreuung fiktiv fortzuschreiben.

Stationsname: Lebenswerte Welten für Alleinerziehende

Schnittstelle(n): Arbeit und Soziales, Berufsbildung

Wir werden Alleinerziehende nicht länger allein lassen. In den zurückliegenden vier Jahren wurde für die rund 19.000 Alleinerziehenden im Land Bremen nichts erreicht; kein Fortschritt in Richtung Unabhängigkeit von staatlicher Existenzsicherung. Im Gegenteil: Nach wie vor werden für sie hier die niedrigste Erwerbsneigung und die niedrigste Erwerbsbeteiligung im Vergleich aller Bundesländer gemessen. Jede fünfte arbeitslose alleinerziehende Mutter ist in Bremen ohne Schulabschluss, weit mehr als die Hälfte ohne Beruf. Jeder zweite Ein-Elternhaushalt kann ohne staatliche Grundsicherung die Existenz der Familienmitglieder nicht aus eigener Kraft sichern. Diese Familienarmut ist immer auch Kinderarmut. Etwa 16.300 Kinder leben in diesen Bedarfsgemeinschaften. Was für ein politisches Armutszeugnis! Wir werden:

- uns mit aller Kraft für eine Bildungsoffensive für Alleinerziehende einsetzen, insbesondere für berufliche Aus- und Weiterbildung auch in Teilzeit,
- verlässliche und flexible Kinderbetreuungsangebote schaffen, um den Müttern den Rücken für Ausbildung und Beruf freizuhalten,
- Alleinerziehende bei der Vergabe von Kita-Plätzen zu bevorzugen,
- Haushaltshilfen wo nötig fördern, um qualifizierende Abschlüsse zu ermöglichen,
- Alleinerziehende für sozialen Wohnraum berechtigen, um Stigmatisierung und Benachteiligung bei der Wohnungssuche zu umgehen,

- Alleinerziehende in Sachen Kindesunterhalt ämterseitig stärker unterstützen, um gegen die bundesweit niedrigsten Rückholquoten beim Unterhaltsvorschuss vorzugehen. Die Durchsetzung privater Ansprüche hilft, staatliche Abhängigkeiten zu reduzieren bzw. zu verhindern.

Stationsname: Ein gutes Zuhause für Senioren

Schnittstelle(n): Arbeit und Soziales, Gesundheit, Lebenswerte Städte

Wir wollen Seniorinnen und Senioren ein selbstbestimmtes, weitestgehend unabhängiges, würdevolles und aktives Leben im Alter ermöglichen. Den Jahren mehr Leben! Diesem Anspruch wollen wir mit unserer Politik für die etwa 187.500 Menschen im Alter von über 60 Lebensjahren in unserem Bundesland gerecht werden. Wir setzen im Rahmen einer wertschätzenden Seniorenpolitik Schwerpunkte: eine auskömmliche Rente, die durch gute Löhne erworben wird und die den bestehenden Lebensstandard möglichst absichert, moderne und barrierefreie Wohn- und Pflegemöglichkeiten, Entlastung pflegender Angehöriger, mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung für Demenzerkrankte, aktives Altern, lebenslanges Lernen, Teilhabe an der Gesellschaft, Sicherung der Mobilität im Alter, gezielter Schutz vor Straftaten zum Nachteil älterer Menschen, mehr Mitsprache und Einflussnahme in eigenen Angelegenheiten. Wir wollen Senioren ganz nach ihren Möglichkeiten in das quirlige Leben der Stadtgemeinden einbeziehen, weil wir sie brauchen und weil sie uns brauchen. Wir stehen für ein Miteinander der Generationen.

Die galoppierende Armut im Land Bremen macht auch vor dem Alter nicht Halt, vor allem nicht vor Frauen, denen wegen Kindererziehung und Teilzeitarbeit wichtige Rentenpunkte fehlen. Etwa 10.000 über 65-Jährige beziehen im Land Bremen Grundsicherungsleistungen im Alter nach SGB XII. Neben dem Auskommen mit dem Einkommen limitiert vor allem der Faktor Gesundheit im Alter. Unser Augenmerk richtet sich hierbei vor allem auf eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung im hausärztlichen Bereich, wie auch auf die geriatrische Versorgung in den Kliniken. Insbesondere im Alter sind Gesundheit und Pflege untrennbar miteinander verbunden. Wir erneuern unsere Forderung nach einer gemeinsamen politischen Zuständigkeit in einem Ressort „Gesundheit und Pflege".

Im Land Bremen registrieren wir den bundesweit höchsten Anteil von Versicherten mit einer Demenzdiagnose. Wir wollen Sozialräume demenzsensibel gestalten, lokale Allianzen in Demenznetzwerken fördern und die Einrichtung eines Demenzdorfes nach gut gelebten Beispielen in anderen Kommunen prüfen.

Ob im Heim oder daheim - bedeutsam sind Bewegung, körperliche und geistige Mobilität im Alter. Wir begrüßen jede Bereitschaft zum lebenslangen Lernen und wollen Bildungsbedarfe noch stärker bedienen sowie kostenfreie Zugänge auch für Rentnerinnen und Rentner mit spärlicher Alterssicherung ermöglichen. Zur geistigen und körperlichen Fitness sichern und erweitern wir altersgerechte Kulturangebote, Partizipation und Freude an gelebter Literatur, Musik, Kunst, Gesang, Gymnastik, Tanz, Sport, Handarbeit, Töpfern, Malen, Rätseln, Spielen u.a.m. in öffentlichen und privaten Strukturen.

Die Vision einer Stadt der kurzen Wege ist vor allem dann mit zahlreichen Barrieren versehen, wenn wichtige Stationen (Hausarztpraxis, Apotheke, Post, Bankfiliale, Friseursalon, Bäcker, Discounter, Begegnungshäuser, Haltestellen, Spazierwege) nur schwerlich erreichbar sind. Hinzu kommen immer mehr Sicherheitsbedenken und Ängste vor Kriminalität. Wir werden Alternativen hierzu aufzeigen, Wege verkürzen und erleichtern, um die soziale und wirtschaftliche Teilhabe bis ins hohe Alter zu sichern.

Den vergreisten „Altenplan" des Bremer Senats aus dem Jahr 2007 werden wir ad acta legen, völlig neu schreiben und mit Leben füllen. Hierzu brauchen wir die Mitwirkung der Senioren als Experten ihrer eigenen Situation und ihrer Wünsche und Vorstellungen. Gemeinsam wollen wir einen zeitgemäßen „Masterplan Seniorenpolitik" erarbeiten und mit abrechenbaren Maßnahmen hinterlegen. Zudem regen wir ein Landesgesetz zur Regelung der Mitwirkung von Senioren an und befürworten ein Bremer Seniorenparlament.

Stationsname: Glaube & Religion
Schnittstelle(n): Sicherheit, Ehrenamt

Die christlichen Kirchen, die jüdischen Gemeinden, die islamischen Glaubensgemeinschaften und weitere anerkannte Religionsgemeinschaften übernehmen herausragende gesellschaftliche Verantwortung. Sie spenden vielen Menschen religiösen, spirituellen und emotionalen Halt – gerade in unsicheren Zeiten. Als soziale Heimat für viele Menschen sind sie mit karitativem Engagement und sehr viel ehrenamtlichem Einsatz eine wichtige Stütze für das Miteinander in unseren beiden Städten. Insbesondere in den Bereichen der Kinderbetreuung, Bildung, Kranken- und Altenpflege, Musik-, Jugend- und Seniorenarbeit leisten die Kirchen und Religionsgemeinschaften einen unverzichtbaren Beitrag, den wir weiter erhalten und fördern wollen.

Wir brauchen dieses Wirken aus der Mitte der Gesellschaft mehr denn je, denn der Staat ist auf starke Partner zur Verteidigung von Gerechtigkeit, Offenheit und gesellschaftlichem Zusammenhalt angewiesen. Wir werden den Dialog und die Zusammenarbeit mit allen Religionsgemeinschaften, die sich diesen gemeinsamen Zielen verpflichtet fühlen, pflegen und ausbauen. Die kritische, mahnende Stimme der Kirchen und Religionsgemeinschaften in die Politik hinein ist ein wichtiger Bestandteil unserer Kultur.

Als Staat und als Gesellschaft müssen wir sicherstellen, dass niemand, gleich welcher Glaubensrichtung, durch Hass und Intoleranz angefeindet oder bedroht wird. Dass die jüdische Gemeinde dauerhaft durch die Polizei bewacht werden muss, ist unerträglich. Jede Form des Vandalismus gegenüber Glaubenshäusern oder Friedhöfen ist unerträglich. Dass Menschen aufgrund ihres Glaubens angegriffen werden, ist unerträglich.

Der wachsende Antisemitismus ist verabscheuungswürdig und muss mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden – sowohl in der realen Welt als auch im Netz. Hier sehen wir insbesondere die Schulen in einer herausragenden Verantwortung. Wir stellen uns jeder Form von Antisemitismus, religiöser Diskriminierung und Beeinträchtigung mit aller Entschiedenheit entgegen. Mit allen Mitteln des Rechtsstaates wollen wir

verhindern, dass Religion und Glaube Gegenstand oder Ausgangspunkt von Hass oder Gewalt wird.

Wir streben die Schaffung eines konfessionell gebundenen Religionsunterrichts an. Die Vermittlung von Wissen um die eigene Religion und um die Religion der anderen ist für uns eine fundamentale Grundlage für Toleranz und Miteinander in einer lebendigen und bunten Stadtgesellschaft. Wir wollen dabei die verbindenden Ziele und Elemente der Religionen hervorheben, aber auch in Selbstbestimmung religiöse Orientierung und Kritikfähigkeit ermöglichen. Zur Umsetzung und Ausgestaltung dieses Unterrichts werden wir in Gespräche mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften eintreten.

Stationsname: Lebenswerte Welten für diverse und queere Menschen
Schnittstelle(n): Arbeit und Soziales, Sicherheit

Bremen ist bunt und vielfältig, das macht unser Land lebenswert. Die Gleichberechtigung von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans-, Intergeschlechtlichen und Queeren Personen (kurz LSBTIQ) rückt immer weiter in die Mitte der Gesellschaft.

Wir respektieren, tolerieren und schützen die Vielfalt unserer Gesellschaft! Dabei wollen wir uns verstärkt für den Schutz und gegen die Diskriminierung von LSBTIQ einsetzen. Die Umsetzung des „Landesaktionsplans gegen Homo-, Trans- und Interphobie für das Land Bremen“, begleitet und beraten durch den Queerpolitischen Beirat, wollen wir fortführen. Gewalt gegen queere Menschen werden wir nicht dulden und konsequent dagegen vorgehen. Wir wissen um die besonderen Bedarfe von Queeren BIPoC (Black, Indigenous, People of Color). Um diesen zu begegnen, müssen die vorhandenen Queer-Beratungs- und Hilfsangebote weiterentwickelt und für die besonderen Schutzbedarfe sensibilisiert werden.

LINIE: ARBEIT UND SOZIALES

Als CDU wollen wir allen erwerbsfähigen Menschen eine Beschäftigung bieten und sie damit in die Lage versetzen, ihr Leben selbst zu gestalten und unabhängig von staatlichen Mitteln und Unterstützungsprogrammen zu werden. Das Ziel unserer Arbeitsmarktpolitik heißt Vollbeschäftigung: Arbeit für alle – sicher und gut bezahlt. Gleichzeitig gilt, dass sich Leistung lohnen muss. Wer arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet. Die CDU steht dafür, dass auch in Zukunft das Lohnabstandsgebot und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes gesichert ist. Die Abkehr von der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II („Hartz IV") hin zum Bürgergeld darf nicht zum Übergang in ein System des bedingungslosen Grundeinkommens genutzt werden. Unser Menschenbild: aktiv und selbstbestimmt statt alimentiert und abhängig. Wir setzen mit aktiver Arbeitsförderung auf Potenziale und nicht auf Schwächen.

Benachteiligten Menschen zu helfen, ist für uns oberstes Gebot der Menschlichkeit einer Gesellschaft. Solidarität ist ein Gebot der Nächstenliebe und entspricht der sozialen Natur des Menschen. Dabei wollen wir nicht nur Symptome, sondern Ursachen bekämpfen, die jedoch häufig nicht im Sozialressort selbst verantwortet werden. Insbesondere die sozial angestrichene Arbeitsmarktpolitik im Bundesland Bremen führt seit Jahren im Bundesländervergleich zu schlechter werdenden Resultaten: höchste Arbeitslosenquote, höchste Langzeitarbeitslosenquote, zweithöchste Jugendarbeitslosenquote, höchster Anteil an „frühen Schulabgängern", höchste Grundsicherungsquote, höchster Anteil an Privatinsolvenzen, höchste Armutsquote, höchste Kinderarmutsquote. Bremen entfernt sich hierbei immer mehr von allen anderen Bundesländern.

Indes ringt sich die Landesregierung mit Blick auf diese erschreckenden, sich über Jahre verfestigenden Befunde nicht zu einem Strategiewechsel durch. Vielmehr wird das zentrale landespolitische Instrument, das Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm (BAP), schlicht fortgeschrieben. Evaluation? Fehlanzeige! Die Zahl unkoordinierter, sich vielfach überschneidender und größtenteils nicht ausgewerteter Maßnahmen läuft weiter aus dem Ruder. So liegen kaum belastbare Zahlen vor, etwa für die Vermittlungsquoten von Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Maßnahmen in anschließende Beschäftigung. Häufig fehlt es schon an einer klaren Zieldefinition. Zeitgleich aber nimmt die strukturelle Arbeitslosigkeit in Bremen und Bremerhaven seit Jahren trotz zahlreicher und finanziell stärker ausgestatteter BAP-Maßnahmen ungehemmt zu. Überdies wächst der Niedriglohnsektor und an jene, die von Veränderungen der Gesellschaft und Wirtschaft als Verlierer betroffen sind, wird überhaupt nicht gedacht.

Oberstes Ziel allen Senatshandelns im Sozialbereich muss es daher sein, Menschen, egal ob sozial benachteiligt, gesundheitlich oder körperlich eingeschränkt oder mit Lernschwierigkeiten, zu integrieren, nach ihren individuellen Möglichkeiten in Lohn und Brot zu bringen und sie nötigenfalls dafür zu qualifizieren. Bloße Beschäftigungstherapie wird es mit uns als CDU nicht geben! Die Arbeitsmarktpolitik des Landes muss konsequenter als bisher auf die Eingliederung in Arbeit ausgerichtet werden. Dabei bleiben für uns das Fördern und Fordern die beiden Seiten der gleichen Medaille. Fördermaßnahmen sind

viel stärker auf Bildungspotenziale und die Bedarfe der hiesigen Wirtschaft auszurichten. Alle Maßnahmen und Projekte im BAP sind zu evaluieren und hinsichtlich ihrer nachhaltigen Eingliederungseffekte kritisch in ihrer Weiterführung zu hinterfragen.

Stationsname: Armut geht uns alle an!

Schnittstelle(n): Bildung

Arm, ärmer, Bremen. Wir leben im Bundesland dauerhaft höchster Armut: mehr als 28 Prozent unserer Bevölkerung meistern den Alltag in ärmlichen Verhältnissen. Nahezu jedes zweite Kind ist von Kinderarmut betroffen. Der Abstand zu den Lebensverhältnissen in allen anderen Bundesländern wächst von Jahr zu Jahr. Von Legislatur zu Legislatur verstreichen Zeit und Gelegenheiten, die eben nicht zur Trendumkehr führen. Wir werden uns mit skandalösen Rekordwerten und den damit verbundenen sozialen Verwerfungen niemals abfinden, weil wir wissen, dass hinter jeder Zahl in der Sozialstatistik immer persönliche Schicksale und Notlagen stehen. Wir verzeichnen im Land Bremen die im Bundesvergleich höchste Überschuldung privater Haushalte, die höchste Arbeitslosenquote, den höchsten Anteil an Langzeitarbeitslosen, die größte Abhängigkeit von Sozialleistungen nach SGB II und SGB XII, den höchsten Anteil von Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung und die höchsten Hürden für Alleinerziehende. Alles in allem: Sozialnotlageland Bremen.

Vor allem Bildungs- und Arbeitsnotlagen verfestigen die Armut im Land. Prävention von Altersarmut muss in frühester Biografie ansetzen - hierfür müssen die Übergänge in der Erwerbsbiografie funktionieren. Die Ausgaben im Sozialetat des Landes sprengen jedes Maß und lagen in den Vorjahren weit über dem Plan. Fünf Armutskonferenzen und drei Armuts- und Reichtumsberichte wirken nicht und konnten den Trend nicht umkehren, weil sie die entscheidenden zu ergreifenden Maßnahmen nicht beinhalten. Alte Rezepte auf noch mehr Papier geschrieben ersetzen eben keine ressortübergreifende Strategie, die mit den Schwerpunkten Bildung, Arbeit und Wirtschaft auszustatten ist. Wir wollen und werden diese überfälligen Maßnahmen endlich auf den Weg bringen. Hierzu braucht es eine neue und fundamental andere Handschrift in der Landespolitik. Erklärtes Ziel ist mindestens das Erreichen der durchschnittlichen Armutsquote Deutschlands von 16 Prozent. Wir werden:

- das Berichtswesen über die Entwicklung von Armut und Reichtum im Land Bremen verbessern und ein laufendes „Sozial-Monitoring" einführen,
- Projekte des Landesprogramms „Wohnen in Nachbarschaft (WiN)" in eine strategische und systematische Konzeption einbinden,
- alle Maßnahmen und Projekte auf den Prüfstand stellen, um gute von schlechten Maßnahmen zu trennen und Menschen in Armut aktiv einzubinden,
- finanzielle Mittel in Interventionen mit nachweisbaren Effekten auf Armutsursachen und Armutsfolgen umsteuern,
- eine Berufsbildungsoffensive starten und insbesondere die Rolle der Jugendberufsagentur neu definieren,
- die Arbeitsförderung in Richtung berufliche Ausbildung mit Berufsabschluss, berufliche Weiterbildung und Umschulung umsteuern,

- ein „Qualifikations-Monitoring" einrichten, um vorhandene Qualifikationen mit fachlichen Anforderungen der Wirtschaft abzugleichen, Qualifikationsdefizite zu ermitteln und Schulungsangebote abzustimmen,
- das Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm des Landes Bremen (BAP) reformieren und alle Maßnahmen hinsichtlich Nachhaltigkeit und Eingliederung in den Arbeitsmarkt evaluieren,
- alle Fördermaßnahmen einer strikten Erfolgskontrolle unterziehen und diese von vornherein anlegen,
- das individuelle Fallmanagement ausbauen und das Prinzip „Fördern und Fordern" als Leitgedanken aktiver Arbeitsförderpolitik erhalten und weiterentwickeln,
- die Armutsbekämpfung ressortübergreifend unter Leitung der Senatskanzlei bündeln und alle gesellschaftlichen Kräfte einbeziehen.

Stationsname: Soziales dort leisten, wo es notwendig ist
Schnittstelle(n): Wirtschaft, Bildung

Wir wollen das Sozialressort neu denken und nicht nur nach bundesgesetzlichen Vorgaben strukturieren. Daher muss das Amt für Soziale Dienste enger an andere Ressorts gebunden werden und als echter Dienstleister nicht nur für die Menschen, sondern auch für die Umsetzung politischer Vorgaben fungieren. Fachliche Führung aus einer Hand bei frühzeitiger Integration in die Gedankenwelt anderer Ressorts. So sollen

- Jugendhilfe und Jugendamt enger als bisher mit dem Bildungsressort kooperieren,
- die Fachdienste Flüchtlinge, Integration & Familie sowie Teilhabe von vornherein in Planungen von Bildungsressort und Wirtschaftsressort integriert werden,
- die politische Beschlussfassung für ressortübergreifende Themen in gemeinsamen Ausschusssitzungen begleitet werden. Das Hin- und Herschieben von Verantwortung und Zuständigkeiten muss ein Ende haben.

Stationsname Sozialstaat durch Controlling stärken
Schnittstelle(n): Finanzen

Soziales ist der größte Einzelhaushalt, nicht nur in Bremen. Der effiziente Mitteleinsatz gehört auch hier zum Gebot der Stunde, mögliche Einsparungen sind nicht unsozial, sondern kommen der gesamten Gesellschaft zugute. Wir werden

- ein effektives Controlling für Maßnahmen im Sozialbereich etablieren,
- ineffiziente Maßnahmen aussetzen und effiziente Maßnahmen finanziell stärken,
- vor Beginn von Maßnahmen ihre Ziele definieren und ehrlich evaluieren,
- freie Träger von Verwaltungsarbeit entlasten und da, wo sie aufgrund politischer Vorgaben notwendig bleibt, diese inflationssicher finanzieren,
- Anreize schaffen, ineffiziente Maßnahmen auch durch Träger selbst zu identifizieren und zu beenden, um freiwerdende Mittel in besser funktionierende Projekte zu investieren,
- ausschließlich parteipolitisch und ideologisch begründete Projekte mit sechs- und siebenstelligen Kosten pro Jahr unterbinden.

Stationsname: Chancen geben - Selbstbestimmung ermöglichen
Schnittstelle(n): Bildung, Wirtschaft

Wir wollen Menschen Chancen geben und ihnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Dafür werden wir

- uns zum Ziel setzen, die Wünsche und Bedürfnisse der Betroffenen mit ihren individuellen Fähigkeiten und den Bedarfen von Gesellschaft und Wirtschaft in Einklang zu bringen,
- uns neben Case-Managern, die die Koordination sämtlicher Hilfen des Staates übernehmen, auch auf technische Assistenzsysteme stützen,
- Bildungs- und Weiterqualifizierungsmaßnahmen so anlegen, dass sie nach Möglichkeit auf konkrete Jobangebote, mindestens aber auf Berufe mit strukturellem Defizit in Bremen und Bremerhaven vorbereiten,
- Bedarf und Nachfrage ggf. technisch unterstützt in Einklang bringen,
- Anreize für Unternehmen schaffen, sich an der Integration anspruchsvollerer Fälle in den Arbeitsmarkt proaktiv zu beteiligen,
- bei der Inklusion auf die konkrete Kooperation zwischen Verwaltung, Unternehmen/Schulen und Betroffenen setzen, um unnötige Hürden abzubauen und gezielt auf eine erfolgreiche Inklusion in allen Lebensbereichen hinzuwirken,
- Jugendarbeit und Jugendhilfe dem Ziel verpflichten, Jugendliche in die Gesellschaft zu integrieren und Partizipation zu ermöglichen. Wir wollen daher die offene Jugendarbeit, insbesondere Freizis & Jugendzentren stärken, um niederschwelligen Zugang zu Hilfe zu ermöglichen und Jugendlichen zu helfen, für sich ein soziales Umfeld aufzubauen,
- dafür sorgen, dass sich Bremen nachhaltig engagiert. „Abgeschlossene Fälle" wird es mit uns nicht geben. Der Staat wird auch nach erfolgreicher Integration in den Arbeitsmarkt für die Betroffenen erreichbar bleiben und Beratung und Weiterbildung anbieten.

Stationsname: Kinderschutz
Schnittstelle(n): Gesundheit, Sicherheit, Bildung

Wir wollen, dass jedes Kind die Möglichkeit für ein Aufwachsen in Wohlergehen hat. Da, wo Eltern hierbei Unterstützung auf Zeit oder auch dauerhaft benötigen, braucht es gut vernetzte dezentrale Präventionsangebote und eine gut verzahnte Struktur in den Ressorts, damit der Staat seinem Wächteramt vollumfänglich nachkommen kann. Wir sichern die Steuerungsstelle „Frühe Kindheit" für weitere zwei Jahre ab, erwarten in dieser Zeit aber einen vollständigen Bericht mit klaren Strukturvorgaben, für eine verbindliche und klar strukturierte Zusammenarbeit der Ressorts. Die Implementierung im Regelbetrieb sowie eine Evaluation der bestehenden Strukturen in den Ämtern und den Präventionsstrukturen, aus denen sich ergibt, was fehlt, wo Doppelstrukturen vorliegen und wie Eltern und Kinder besser in Bremen unterstützt werden können. Zudem wollen wir das Jugendamt nachhaltiger aufstellen, damit die hohe Fluktuation bei Casemanagern und der Kompetenzverlust an Wissen (Braindrain) abnimmt.

Kindeswohlgefährdungen werden von Schule, Kita und freien Trägern teilweise anders definiert als vom Jugendamt. Dafür wollen wir als CDU:

- eine durchgängige Erreichbarkeit der Sozialzentren bei Casemanagern und Amtsvormündern etablieren durch geeignete Maßnahmen,
- weitere Amtsvormünder ausschreiben, wenn die gesetzliche Fallobergrenze von 50 Fällen fast erreicht ist und nicht erst wenn, diese massiv überschritten ist,
- die 3. und 4. Tranche der beschlossenen Casemanager ausschreiben und gleichzeitig ein vernünftiges Einarbeitungssystem etablieren,
- die derzeitig befristet eingestellten studentischen Hilfskräfte für Verwaltungstätigkeiten zur Absicherung des derzeitigen Dienstbetriebes nicht nur befristet bis 30.6.2023, sondern bis Ende des Jahres einstellen und deren Wirksamkeit evaluieren,
- ein Konzept erarbeiten, wie die Arbeitsbelastung im Jugendamt dauerhaft so gestaltet werden kann, dass alle Aufgaben des Jugendamtes wieder erfüllt werden können,
- ein gemeinsames Verständnis bei allen beteiligten Akteuren darüber herbeiführen, was als Kindeswohlgefährdung angesehen werden muss und dass alle betreffende Kinder und ihre Familien zeitnah unterstützt werden,
- einen bedarfsgerechten Ausbau des Inobhutnahmesystems für durch Corona bedingte zusätzliche Fälle der notwendigen Kindeswohlsicherung. Dafür ist es aufgrund des Fachkräftemangels zwingend notwendig, unbegleitete minderjährige Ausländer entsprechend der gesetzlichen Vorgaben wieder nach Königsteiner Schlüssel zu verteilen- auch um ihr Kindeswohl zu sichern und nicht nur Vermeidung von Obdachlosigkeit zu betreiben.

Stationsname: Wohnungsgesellschaften werden Stadtentwickler

Schnittstelle(n): Lebenswerte Städte

Den Bremer Bürgern sollen bis Ende des Jahres 2023 8.000 Sozialwohnungen zur Verfügung stehen; Ende 2021 waren es gerade einmal 6.400. Somit kommt der Zubau nicht voran.

Wir werden

- staatseigene Wohnungsgesellschaften zu echten Stadtentwicklern machen, indem wir Gewinne ermöglichen, diese aber zweckgebunden reinvestieren lassen. Quartiersentwicklung sehen wir als Aufgabe, Sozialquoten für den Bestand und Neubauten als Auflage,
- dafür die rechtlichen Grundlagen schaffen, auch um solche Gesellschaften, die sich an unsere Vorgaben halten, bei Ausschreibungen und Planungen bevorzugen zu können,
- Sozialwohnungsbauprojekte aufgrund der aktuellen Marktlage (steigende Zinsen, Energie- und Baukosten) enger als bisher begleiten.

Stationsname: Integration nachhaltig gestalten

Schnittstelle(n): Bildung, Finanzen

Wir bekennen uns zu unserer humanitären und christlichen Verpflichtung, Menschen in Not zu helfen, Geflüchteten Schutz zu gewähren und für sie in Bremen und Bremerhaven eine neue Bleibe, wenn ein Aufenthaltsrecht besteht, zu schaffen. Integration endet für uns nicht beim Dach über dem Kopf. Gelingen kann sie nur, wenn alle weitreichenden Voraussetzungen für ein gutes Ankommen und ein sinnerfülltes Leben strukturell gegeben sind. Darum werden wir

- Geflüchtete über den Königsteiner Schlüssel hinaus nur dann freiwillig aufnehmen, wenn ihre Unterbringung gesichert ist, Kita- und Schulplätze für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stehen und Integrationsangebote vorhanden sind. Die Aufnahme von Flüchtlingen, ohne sie versorgen zu können, ist nicht nur unmenschlich, sie belastet den Bremer Haushalt mit hunderten Millionen Euro jährlich, ohne eine langfristige Lösung zu fördern,
- integrationsunwillige und straffällige geflüchtete Menschen konsequent abschieben,
- für gut integrierte und bemühte geflüchtete und zugewanderte Menschen die rechtlichen Voraussetzungen zur Umsetzung des „Chancen-Aufenthalts" schaffen, um im Einzelfall die Abschiebung auszusetzen bzw. eine Bleiberechtsperspektive zu schaffen. Damit wollen wir auch das Engagement von Geflüchteten und Zugewanderten für unsere Gesellschaft honorieren,
- uns im Bundesrat für eine Erhöhung der Voraufenthaltszeiten gemäß dem Chancen-Aufenthaltsgesetz als Voraussetzung für ein dauerhaftes Bleiberecht zurück auf über drei Jahre einsetzen. In Anbetracht der Tatsache, dass ein Asylverfahren im Durchschnitt 2,5 Jahre dauert, ist die Verkürzung der Aufenthaltszeit auch aus unserer Sicht das falsche Signal,
- die Unterbringung von Geflüchteten langfristig und mit - im Bedarfsfall zügig aufwachsenden - Kapazitäten planen. Erstaufnahmeeinrichtungen, Übergangswohnheime und ein Grundstock an Wohnungen gehören ebenso in die öffentliche Hand wie flexible Unterkünfte. Jährliche Millionenmieten und Übergangslösungen müssen ebenso der Vergangenheit angehören, wie vergammelnde Wohn-Container, für die sich niemand mehr zuständig fühlt,
- die Nutzung von Turnhallen oder von Studierenden- und Auszubildendenwohnheimen nur als allerletzte Option unter Einbindung der regulären Nutzer und der örtlich zuständigen Beiräte in Betracht ziehen,
- uns zudem für eine einfachere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse einsetzen und Wege entwickeln, wie bestehende Differenzen zügig abgebaut werden können. Hierfür setzen wir auch auf die Kooperation mit Unternehmen und Kammern, um pragmatische Individuallösungen zu ermöglichen,
- Sprachförderprogramme für ausländische Fachkräfte, insbesondere aus anderen EU-Staaten, ausbauen,
- die Potentiale hier lebender Menschen mit Migrationshintergrund besonders durch Kontakte zu Migrantenselbstorganisationen nutzen,
- eine Initiative in den Bundesrat einbringen, gemeinsam mit anderen Bundesländern gezielt ausländische Fachkräfte im Herkunftsland anzuwerben,

- Migrantenselbstorganisationen (MSO) sowie Migrantenjugendselbstorganisationen (MJSO) in ihren Strukturen stärken, ideell und finanziell genauso wie andere Selbstorganisationen zu unterstützen und ihnen Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, in denen sie ihre Arbeit verrichten können,
- die vorhandenen Quartierszentren in ihrer Integrations- und Inklusionsarbeit stetig unterstützen, ihre Strukturen und Angebote nachhaltig ausbauen, um niedrigschwellige Angebote zu schaffen.

Stationsname: Bearbeitungszeiten bei Staatsbürgerschaften verringern

Die hohe Anzahl an Anträge zum Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft begrüßen wir sehr. Dies macht deutlich, dass immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund in Bremen sich mit Deutschland identifizieren.

Wir müssen aber realisieren, dass die Bearbeitungszeit der Anträge in den Behörden bis zu zwei Jahren dauert. Das Migrationsamt ist seit langem stark überlastet aufgrund einer Flut von Anträgen und keinerlei personellen Aufwuchs in den vergangenen sieben Jahren. Daher werden wir:

- Die personellen Ressourcen in der zuständigen Behörde aufstocken und die räumlichen Bedarfe bereitstellen,
- die vorhandenen Beratungsangebote ausbauen und dabei auch auf Digitalisierung setzen bspw. durch Signature-Pads, Bezahlmöglichkeiten am Arbeitsplatz und-die konsequente Anwendung des Onlinezugangsgesetzes um mittelfristig alle Verwaltungsleistungen online verfügbar zu machen,
- vernetzt mit anderen zuständigen Institutionen zusammenarbeiten

Stationsname: Rassismus und Diskriminierung den Kampf ansagen

Ein rassismus- und diskriminierungsfreies Land Bremen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der wir uns stellen und die wir fordern und fördern werden.
Daher werden wir:

- Den beschlossen Landesaktionsplan gegen Rassismus ressortübergreifend und unter Einbeziehung von Akteuren der Zivilgesellschaft und der betroffenen Perspektive zeitnah erarbeiten,
- Diskriminierende Strukturen identifizieren und abbauen,
- Unabhängige, niedrigschwellige und anonymisierte Beschwerde- und Beratungsstellen (online) ausbauen,
- Eine zentrale und unabhängige Beschwerdestelle für die Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes einsetzen,
- Schulungsangebote für Mitarbeitende des öffentlichen Dienstes anbieten.
- Schulische und außerschulische Bildungsangebote zum Thema Anti-Rassismus stärker fördern.

Stationsname: Wer rastet, der rostet - mit 66 Jahren, da fängt das Leben an
Schnittstelle(n): Bildung

Lebenslanges Lernen ist für uns nicht nur eine Redewendung. Mit einem Startgutschein in Höhe von 200 € für die VHS und andere Institutionen wollen wir frischgebackene

Rentnerinnen und Rentner dafür begeistern, ihre neu gewonnene Freizeit direkt nach dem Arbeitsleben im Sinne ihrer geistigen und körperlichen Gesundheit zu nutzen und sich über Möglichkeiten zu informieren.

LINIE: GESUNDHEIT

Als CDU Bremen stehen wir für eine qualitativ hochwertige und patientenorientierte Gesundheitsversorgung in Bremen. Im Kern geht es immer um eine auskömmliche Finanzierung der Gesundheitssektoren, um bedarfsgerechte Versorgungskapazitäten und immer mehr um die schwierige Rekrutierung von medizinischem Fachpersonal. Dabei stehen die Patientinnen und Patienten sowie die Beschäftigten im Gesundheitswesen im Mittelpunkt unserer Gesundheitspolitik.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie fragil das Gesundheitssystem ist. Corona ist nicht die Ursache, sondern hat die seit Jahren bestehenden Probleme schonungslos offengelegt. Die Nachwirkungen der Pandemie werden uns noch lange beschäftigen. Long-Covid sowie eine steigende Zahl von psychischen Erkrankungen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, stellen unser Gesundheitssystem vor neue Herausforderungen. Unabdingbar sind Innovationsschübe im ambulanten wie im stationären Bereich. Immer mehr ist der Fachkräftemangel in Kliniken und Arztpraxen spürbar und bringt Ärzteschaft und Pflegepersonal gleichermaßen ans Limit. Die Gas- und Energiekrise belastet den Gesundheitssektor zusätzlich. Wir müssen den Gesundheitssektor weiterentwickeln und krisenfest machen. Dabei wollen wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen.

Die 20. Legislaturperiode ist aus gesundheitspolitischer Sicht eine verloren gegangene. Im Land Bremen fehlt es an einer Gesamtstrategie für Gesundheit, Medizin und Pflege. Die Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten drastisch verändert: Frei werdende Praxen finden keine Nachfolger. Ärzte und Psychotherapeuten suchen lieber nach einem Angestelltenverhältnis mit geregelten Arbeitszeiten. Gleichzeitig ist Bremen das einzige Bundesland, in dem keine Mediziner ausgebildet werden. Die generalistische Pflegeausbildung setzt neue Standards, die ab 2023 auch in Bremen mit den ersten Absolventen spürbar werden.

All diese neuen Herausforderungen müssen wir bei künftigen Planungen berücksichtigen. Daher brauchen wir zuallererst eine Versorgungsbedarfsanalyse, die die Städte Bremen und Bremerhaven, aber auch das Umland miteinschließt. Ambulante und stationäre Leistungen denken wir zusammen, mit dem Ziel, die bestmögliche medizinische Versorgung für die Patienten zu garantieren.

Wir werden die Digitalisierung im Gesundheitssektor aktiv fördern und KI-Anwendungen unterstützen. Der persönliche Kontakt zwischen Arzt und Patient kann durch den Einsatz von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz unterstützt werden. Neben dem niedergelassenen Bereich wollen wir auch in den kommunalen Kliniken und in den Gesundheitsämtern die Digitalisierung voranbringen. KI-gestützte Anwendungen, wie Chatbots, können zum Beispiel bereits erste Fragen an das Gesundheitsamt klären, Termine vereinbaren und an Mitarbeiter übergeben, wenn Fragestellungen komplexer werden. Digitalisierung ist dabei kein Selbstzweck, sondern hilft, Ressourcen freizumachen, die dann direkt am Patienten besser eingesetzt werden können.

Stationsname: Versorgungsbedarf und Krankenhausplanung
Schnittstelle(n): Soziales / Bildung

Wir machen Schluss mit der getrennten Planung ambulanter und stationärer Leistungen in zwei nebeneinander organisierten Sektoren. Die bestmögliche medizinische Versorgung kann nur gemeinsam erreicht werden - dabei steht die Schnittstelle zwischen fachärztlicher, ambulanter Versorgung und der Grund- und Regelversorgung der stationären Krankenhäuser im Blickpunkt.

Als Bemessungsgrundlage haben „Planbetten" ausgedient. Jetzt geht es um die Ermittlung und Fortschreibung des tatsächlichen Versorgungsbedarfs der Bevölkerung. Die Trends Digitalisierung, Spezialisierung und Ambulantisierung von Krankenhausleistungen müssen sich in der Landeskrankenhausplanung wiederfinden. Zudem setzen wir auf die von der Bundesregierung angekündigte Reform der Fallkostenpauschalen.

Als CDU werden wir

- ambulante und stationäre Sektoren gemeinsam entwickeln,
- eine Versorgungsbedarfsanalyse durchführen, fortschreiben und zur Grundlage der Krankenhausplanung machen.

Stationsname: Digitale Gesundheitsplattform
Schnittstelle(n): Digitalisierung

Wir werden unsere kommunalen Kliniken zu „Smart Hospitals" weiterentwickeln. Digitalisierung ist nicht mehr eine Frage des Ob, sondern des Wie. Von der Aufnahme bis zur Entlassung gilt: In den Krankenhäusern der Zukunft werden nahezu alle Prozesse digitalisiert. Mehr Zeit für „direkte" Medizin und Pflege am Menschen, weniger Bürokratieaufwand sowie ein Mehr an Komfort und Qualität sind möglich!

Der beschlossene „Digital-Pakt" von Bund und Ländern wird im Rahmen des Krankenhauszukunftsgesetzes konsequent umgesetzt. Wir gehen neue Wege, um die Kliniken im Lande Bremen zur „Nummer 1 im Nordwesten" zu entwickeln. Wir fördern auf die Zukunft ausgerichtete und sektorenübergreifende Digitalisierungsstrategien im Rahmen der Krankenhausplanung über gesonderte Investitionsmittel.

Wir werden:

- die Krankenhäuser zu Smart Hospitals entwickeln,
- durch eine Digitalisierungsstrategie den Gesundheitsbereich von Bürokratie befreien und dadurch
- mehr direkte Medizin und Pflege am Patienten ermöglichen.

Stationsname: Krankenhausinvestitionen nachhaltig finanzieren
Schnittstelle(n): Finanzen

Für uns zählt die Sicherung der Investitionen: Alle Kliniken im Land Bremen erhalten regelmäßig und bedarfsgerecht die ihnen gesetzlich zustehenden Landes-Investitionsmittel. Dies ist ein unverzichtbarer Baustein für die Verlässlichkeit und Planbarkeit der Krankenhausleistungen. Umstrukturierungsmittel werden zur Förderung der sektorenübergreifenden Versorgung genutzt, so zum Beispiel in Medizinischen Versorgungszentren oder Gesundheitszentren in den Stadtteilen.

Die Höhe der Landes-Investitionsmittel basiert auf der mittelfristigen Krankenhausplanung, die einer medizinischen Gesamtstrategie folgt und sich am tatsächlichen Bedarf orientiert. Die Höhe der Landes-Investitionsmittel werden wir schrittweise, auf den von der Krankenhausgesellschaft definierten und anerkannten „Mindestbedarf" von 90 Millionen Euro pro Jahr anheben.

Damit die Landes-Investitionsmittel nachhaltig erhöht werden können, muss die „GeNo-Defizit-Ausgleichs-Politik" ein Ende haben. Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der Gesundheit Nord haben hierzu binnen sechs Monaten ein tragfähiges Sanierungskonzept vorzulegen. Zudem werden wir den Interessenkonflikt von Aufsichtsratsvorsitz der GeNo und politischer Verantwortung für die Landeskrankenhausplanung beenden, indem wir den Aufsichtsratsvorsitz nicht mehr mit dem zuständigen Gesundheitssenator oder der zuständigen Gesundheitssenatorin besetzen.

Als CDU Bremen setzen wir uns dafür ein, dass

- die Landes-Investitionsmittel allen Krankenhäusern im Land gleichberechtigt zur Verfügung stehen,
- eine sektorenübergreifende Versorgung gefördert wird,
- sich die Landes-Investitionsmittel am tatsächlichen Bedarf orientieren und
- die GeNo-Defizit-Ausgleichs-Politik ein Ende hat.

Stationsname: Klares JA zu einer Medizinischen Fakultät!
Schnittstelle(n): Wirtschaft, Wissenschaft

Wir werden in eine Medizinische Fakultät zur Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten investieren. Damit kommen wir unserer Verpflichtung nach, wie alle anderen 15 Bundesländer auch. Wir verbinden die hervorragende medizinische und wissenschaftliche Infrastruktur in den Städten Bremen und Bremerhaven mit der Medizinischen Fakultät in der Erwartung von Synergieeffekten.

Eine Medizinische Fakultät – mit Ausrichtung Künstliche Intelligenz – bedeutet eine enorme Stärkung des Gesundheits- und Wissenschaftsstandorts Bremen. Mit innovativen, hochschul- und trägerübergreifenden Kooperationen gelingt uns der notwendige Aufbruch. Dabei greifen wir auch zurück auf frühere Konzepte aus den Jahren 2018/2019, Qualifizierungsprogramme und frühere politische Vorlagen des Senats, denen es nicht an Erkenntnis, sondern an Umsetzung mangelt.

Bis zur Einrichtung der Medizinischen Fakultät werden wir über ein Stipendien-Programm Studienplätze für Mediziner an anderen Hochschulen etablieren, mit dem Ziel, dass nach erfolgreichem Studium diese in Bremen tätig werden.

Wir favorisieren weitergehende Kooperationen zwischen allen Playern im Land, die wir gerade im kleinsten Bundesland für gut umsetzbar halten. Wir denken dabei aber auch über Landesgrenzen hinweg und befürworten Kooperationen in der Gesundheitsregion Nordwest. Damit diese Kooperationen zielgerichtet arbeiten, werden wir den Integrierten Gesundheitscampus weiterentwickeln und als zentralen Akteur mit entsprechend definierten Funktionen etablieren.

Wir werden

- in eine Medizinische Fakultät investieren,
- bis zur Einrichtung einer Medizinischen Fakultät ein Stipendien-Programm etablieren und
- Kooperationen zur Ausbildung von Medizinerinnen und Medizinern im Land Bremen schaffen.

Stationsname: Bremen zum „Silicon Valley" von Medizin, Pflege und Gesundheitswirtschaft machen!

Schnittstelle(n): Wissenschaft, Wirtschaft, Lebenswerte Städte

Wir denken Bremen, Bremerhaven, Oldenburg und das gesamte Umland als Metropolregion Gesundheit Nordwest. Wir etablieren digitale Innovationen sowie medizinische Anwendungen unter Nutzung von Künstlicher Intelligenz schnell und unbürokratisch im Alltag von Medizin und Pflege. Mit Errichtung einer Medizinischen Fakultät sowie einem KI-Cluster erhöht sich die Attraktivität der Ansiedlung von Unternehmungen aus der Pharma- und Biotech-Industrie. Start-Ups in diesem Bereich werden wir fördern.

Wir bilden einen „Kooperationsverbund Künstliche Intelligenz", bestehend aus Universitäten, Hochschulen, Forschungsinstituten und Investoren. Wir entwickeln ein in Deutschland einzigartiges technologisches Innovationscluster. „Big Data" ermöglicht die Nutzung elektronischer Gesundheitsdaten zu umfangreichen Forschungszwecken, auch und gerade in den Anwendungsfeldern Künstlicher Intelligenz. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Gesundheitsdaten datenschutzkonform für Forschung und Entwicklung, digitale Anwendungen und zur Analyse genutzt werden können. Dadurch eröffnen wir neue Möglichkeiten, medizinische und pflegerische Entscheidungen oder Optionen vorherzusagen bzw. zu beeinflussen.

Wir entwickeln eine Reihe an Möglichkeiten von neuen Diagnostik-, Therapie-, Produktions- und Dienstleistungsangeboten im „Kooperationsverbund KI" einer Metropolregion. Alle Leistungsträger aus den Bereichen Medizin, Pflege und Gesundheitswirtschaft wirken hier mit und entwickeln sich dabei selbst weiter. Ein „Kooperationsverbund KI" mit einer gemeinsamen digitalen Plattform ermöglicht Innovationen auch im Verwaltungs-

bereich unter Wahrung des geltenden Datenschutzes: Interoperabilität, offene Schnittstellen mit sicheren Standards oder die Integration weiterer Leistungen in die elektronische Patientenakte sind nur einige unserer Vorstellungen.

Aufbau eines Inkubators für Start-Ups: Gemeinsam mit Kooperationspartnern der Wirtschaft werden wir einen Inkubator für Start-ups im Bereich Digitale Gesundheit aufbauen. Ein solcher Ort unterstützt Gründerinnen und Grüner, ihre innovativen Ideen für das Gesundheitswesen umzusetzen.

Wir treiben durch die finanzielle Förderung von KI-Projekten die Entwicklung eines anzustrebenden Innovationsclusters voran. Profitieren soll die gesamte Metropolregion Gesundheit Nordwest auch in Kooperation mit dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung. Wir wollen das umfangreiche medizinische Wissen mittels KI und Digitalisierung einfacher und schneller zugänglich machen. So werden Diagnostik und Therapien zielgerichteter, präziser und effektiver für individuelle Behandlungspfade.

Wir werden

- einen „Kooperationsverbund Künstliche Intelligenz" im Bereich Gesundheit bilden,
- Daten für Gesundheitsanwendungen in einer digitalen Plattform nutzbar machen,
- einen Inkubator für Gesundheits-Start-ups aufbauen,
- KI-Projekte für bessere Diagnostik und Therapien fördern.

Stationsname: Den attraktivsten Gesundheits-Campus in Norddeutschland schaffen!

Die Bewältigung des Fachkräftemangels in den Pflegeberufen, bei den Medizinischen und Zahnmedizinischen Fachangestellten sowie den zahlreichen nicht-ärztlichen Heilberufen gelingt nur in einer großen, trägerübergreifenden und überregionalen Kooperation. Der Gesundheits-Campus der Hochschule Bremen sowie der neu akkreditierte Studiengang „Physican Assistant" der Hochschule Bremerhaven sind für uns erste Schritte als Basis für eine Weiterentwicklung. Mit attraktiven Ausbildungsstandorten, zeitgemäßen Ausbildungsinhalten und vor allem mit guten Jobperspektiven hinsichtlich Vergütung, Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten sowie Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten gewinnen wir junge Leute für Gesundheitsberufe. Hier werden wir uns u.a. intensiv um die Realisierung der Pflegeakademie und des Gesundheitspflegezentrums in Bremerhaven am Klinikum Bremerhaven Reinkenheide einsetzen.

Mit einer „Konzertierten Aktion Pflege" gewinnen wir Pflegekräfte und holen sie zurück in den Beruf. Dazu nutzen wir auch aktuelle Studien, diverse Netzwerke und Verbünde.

Im Blick haben wir die neue generalistische Pflegeausbildung und den bevorstehenden Wettbewerb um junge Pflegefachkräfte, der zwischen der Kranken- und Altenpflege noch zunehmen wird. Zudem brauchen wir eine offene Debatte um Anwerbung von Fachpersonal aus dem Ausland und deren Integration in unsere Gesellschaft und Arbeitswelt.

Die Berufe der Medizinischen Fachangestellten (MFA) und Zahnmedizinischen Fachangestellten (ZFA) sind für den Betrieb der niedergelassenen Praxen systemrelevant. Hier sind die Ausbildungskapazitäten zu erhöhen sowie die Aufstiegsmöglichkeiten nachhaltig zu verbessern.

Der Studiengang zum „Physician Assistant" hat an der Hochschule Bremerhaven begonnen. Einen solchen Studiengang auch an der Hochschule Bremen einzurichten und hier mit ambulanter Ausrichtung, werden wir prüfen. Zudem werden wir die Rahmenbedingungen verbessern, damit Bremen ein attraktiver Standort für Ärzte und Pflegekräfte ist. Wir werden prüfen, ob an den Standorten der GeNo eine flexible Kinderbetreuung eingerichtet werden kann. Damit verbessern wir die Arbeits- und Lebenssituation der Beschäftigten und erleichtern die Planung von Kinderbetreuung und Schichtdienst.

Als CDU Bremen stehen wir für

- Investitionen in Infrastruktur und Personal, um den größten und attraktivsten Gesundheits-Campus in Norddeutschland zu schaffen,
- attraktive Pflegeausbildung in Bremen in Kooperation aller Akteure,
- einen fairen Wettbewerb um Fachkräfte im Gesundheitswesen und
- einen attraktiven Standort für Ärztinnen, Ärzte und Pflegekräfte.

Stationsname: Wohnortnahe und patientenorientierte medizinische Versorgung sichern

Zur Attraktivität von Städten, Bezirken und Stadtteilen gehört eine wohnortnahe hausärztliche und fachärztliche Versorgung mit zeitnaher Terminvereinbarung. Wir setzen uns für die Schaffung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) bzw. Gesundheitszentren in den Quartieren ein. Wir schaffen Raum für Praxen und Gesundheitsberufe dort, wo er gebraucht wird. Dazu wollen wir prüfen, ob die vorhandenen Liegenschaften der Stadt und des Landes für eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung genutzt werden können. Gemeinsam können Immobilien Bremen, GEWOBA und BREBAU in Kooperation mit den Akteuren der Gesundheitswirtschaft medizinische Versorgungszentren entwickeln. Insbesondere dort, wo die ärztliche Versorgung Lücken aufweist, werden wir Anreize schaffen, sich niederzulassen.

Als CDU Bremen stehen wir

- für eine wohnortnahe hausärztliche und fachärztliche Versorgung,
- für die Schaffung von Medizinischen Versorgungszentren bzw. Gesundheitszentren in Quartieren und
- die Entwicklung vorhandener Liegenschaften im Land Bremen,
- für ein Medizinisches Behandlungszentrum für Erwachsene mit geistigen und/oder schweren Mehrfachbehinderungen (MZEB).

Stationsname: Sexuelle Gesundheit

Schnittstelle(n): Arbeit und Soziales, Bildung

Unter sexueller Gesundheit verstehen wir nicht nur den Schutz und die Prävention von sexuell übertragbaren Krankheiten. Sexuelle Gesundheit umfasst weitergehend den

Schutz vor Gesundheitsproblemen im Zusammenhang mit dem Sexualleben, vor allem einem geschützten Sexualleben, einer selbstbestimmten Familienplanung und dem Wohlbefinden mit der eigenen Sexualität. Wir setzen uns deswegen u.a. für eine bessere Verzahnung von denjenigen Einrichtungen ein, die sich der sexuellen Gesundheit widmen. Dazu gehören, neben den niedergelassenen und klinischen Fachdisziplinen, der Öffentliche Gesundheitsdienst und Nichtregierungsorganisationen, wie beispielsweise Pro Familia oder die Aids-Hilfe Bremen e.V.

Wir setzen uns dafür ein, dass im Land Bremen ein bedarfsgerechter Aufbau von Angeboten stattfindet, die Möglichkeiten zu einem Schwangerschaftsabbruch bieten, insbesondere zu einem medikamentösen Schwangerschaftsabbruch. Die gesetzlich vorgeschriebene Beratung vor einem Schwangerschaftsabbruch muss jedoch bestehen bleiben!

Als CDU Bremen stehen wir für

- eine bessere Verzahnung von niedergelassenen und klinischen Fachdisziplinen, dem Öffentlichen Gesundheitsdienst und Nichtregierungsorganisationen,
- eine verpflichtende Beratung bei Schwangerschaftsabbrüchen,
- den Auf- und Ausbau von Angeboten zum Schwangerschaftsabbruch.

Stationsname: Prävention und gesundheitliche Bildung
Schnittstelle(n): Soziales / Bildung

Vorsorge ist besser als Nachsorge. Diesem Grundsatz folgen wir und werden gesundheitliche Bildung und Prävention im Land Bremen stärken.

Psychische Erkrankungen nehmen seit Jahren zu. Diese Entwicklung wurde nochmals durch die Corona-Pandemie, vor allem bei Kindern und jungen Erwachsenen, verstärkt. Wir müssen ein besonderes Augenmerk auf mentale Prävention und Angebote digitaler Hilfsangebote werfen. Psychische Erkrankungen müssen in unserer Gesellschaft enttabuisiert werden. Viel zu oft werden Menschen mit psychischen Erkrankungen stigmatisiert. Deshalb wollen wir bereits in der Schule mit Aufklärungsarbeit beginnen. Dazu werden wir breit aufgestellte, bedarfs- und zielgruppengerechte Versorgungs-, Unterstützungs- und Angebotsstrukturen für Kinder und ihre Eltern ausbauen. Wir werden darüber hinaus die Schnittstellen zwischen Gesundheitssystem und Jugendhilfe verbessern.

Aus den skandinavischen Ländern wissen wir, dass schon Kinder von Erste-Hilfe-Kursen und Reanimationskursen enorm profitieren. Deshalb werden wir bereits ab Klasse 1 besondere Erste-Hilfe- und Reanimationskurse im Unterricht etablieren.

Damit Prävention, gesundheitliche Aufklärung und Erste-Hilfe- und Reanimationskurse fester Bestandteil im Unterricht werden, machen wir uns für ein Unterrichtsfach „Lebenskunde" stark.

Als CDU Bremen werden wir

- gesundheitliche Aufklärung, Prävention und Erste-Hilfe- und Reanimationskurse

fest im Unterricht verankern,
- die Gesundheit durch Förderung von Präventionsangeboten stärken,
- die Angebote im Bereich der psychischen Gesundheit stärken.

Stationsname: Öffentlichen Gesundheitsdienst zum hochmodernen Dienstleister machen!

Den Öffentlichen Gesundheitsdienst mit seinen vielfältigen und sinnstiftenden Aufgaben werden wir stärken. Die Gesundheitsämter versorgen wir mit ausreichend qualifiziertem Personal und bieten attraktive Arbeitsbedingungen. Es braucht mehr Investitionen in die Infrastruktur. Die Gesundheitsämter in Bremen und Bremerhaven gehören in die Spitzengruppe der digitalisierten, smarten Gesundheitsämter Deutschlands.

Nicht alle Unzulänglichkeiten haben allein mit Geld zu tun. Wir sorgen auch für eine bessere Arbeitsorganisation und für funktionsfähige und wirksame Arbeitsabläufe im öffentlichen Gesundheitsdienst, auch in ressortübergreifenden Kooperationen.

Wichtig ist uns der Wissenstransfer universitärer Expertise in die Praxis: in Organisation, Verwaltung, Kommunikation und Außendarstellung der Gesundheitsämter. Wir wollen insbesondere die Ausbildungsinhalte des Studiengangs „Public Health" für funktionierende Strukturen im Gesundheitsmanagement, in der Gesundheitsökonomie, Gesundheitsprävention und Gesundheitsförderung nutzen.

Wir werden
- den Öffentlichen Gesundheitsdienst zu einem attraktiven Arbeitgeber und modernen Dienstleister machen,
- den Wissenstransfer aus der Universität in die Praxis fördern und
- den Studiengang „Public Health" stärken.

Stationsname: Drogenausstiegsräume statt Drogenkonsumraum
Schnittstelle(n): Gesundheit, Sicherheit, Arbeit und Soziales

Wir wollen suchtkranken Menschen eine echte Perspektive bieten. Auch diese Form von Krankheit gehört nicht auf die Straße, sie gehört in die Obhut diagnostischer und therapeutischer Medizin. Dabei steht der Entzug im Mittelpunkt aller Hilfsangebote. Raus aus der Abhängigkeit, rein in ein gesundes und selbstbestimmtes Leben. Ein Drogenkonsumraum kann hierzu bestenfalls eine Durchlaufstation sein: über sicheren Konsum auf Zeit, Substitution, Beratung und Überführung in den klinischen Entzug. Staatlich geförderten Konsum auf Dauer und damit Verbleib in Sucht und Beschaffungskriminalität lehnen wir ab. Wir werden das gesamte Drogenhilfesystem im Land Bremen einer externen fachlichen Evaluation unterziehen, Provisorien nicht länger teuer finanzieren. Das Geld ist besser angelegt in zusätzlichen Substitutions- und Entzugsplätzen, klinisch stationär gebunden und ausgestattet mit medizinischem Fachpersonal. Die gesundheitspolitischen Ziele sind hierbei eng an die Person gebunden und abzustimmen mit Erfordernissen sozialtherapeutischer Unterstützung. Das Drogenhilfesystem gehört in staatliche behörd-

liche Hand, nicht in Trägerzuständigkeit. Wir wollen das System der Drogen- und Alkoholsuchthilfe über feste Stellen für qualifizierte Fachkräfte in den Gesundheitsämtern andocken.

Wir werden:

- die Substitutionsangebote für Drogenkranke in einem gebotenen Mindestabstand vom Bahnhofsumfeld und dem Drogenkonsumraum neu organisieren,
- einen festen und integrierten Drogenkonsumraum im Innenstadtbereich schnellstmöglich in der zweiten Jahreshälfte 2023 eröffnen,
- die Eröffnung eines weiteren Drogenkonsumraums in Bremen-Nord prüfen,
- die Unterstützungsangebote für Drogenabhängige und Obdachlose rund um den Bremer Hauptbahnhof konsequent neu justieren und alle Hilfsangebote zentriert etablieren.

Stationsname: Stärkung der Verbraucherzentrale

Schnittstelle(n): Arbeit und Soziales

Die Verbraucherzentrale Bremen leistet mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an den Standorten Bremen und Bremerhaven einen unverzichtbaren Beitrag zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher. Das Beratungsspektrum ist breit gefächert und reicht vom Reiserecht, über Gesundheit und Pflege bis hin zu Ernährung und Energie. Sie informiert und berät dabei unabhängig und qualitativ hochwertig. Dies wurde durch die Coronakrise sowie die vorherrschende Energiekrise besonders deutlich. Die Beratungszahlen in den Verbraucherzentralen sind gerade in Krisenzeiten enorm gestiegen.

Als CDU Bremen werden wir:

- Planungssicherheit für die Verbraucherzentrale schaffen, indem wir eine Verpflichtungsermächtigung für einen Zeitraum von fünf Jahren anstreben,
- eine bedarfsgerechte Festbetragsförderung im Rahmen der institutionellen Förderung sicherstellen,
- Kosten für die tarifliche Steigerung von Personalkosten berücksichtigen.

Stationsname: Verbraucherberatung im Quartier

Die Verbraucherzentrale Bremen ist die wichtigste Anlaufstelle für die Bürger mit niedrigschwelligen Beratungsangeboten. Wir setzen uns für die Weiterentwicklung und den Ausbau der niedrigschwelligen Beratungsangebote ein. Insbesondere das Modellvorhaben zur unabhängigen Rechtsberatung im Quartier soll in die institutionelle Arbeit der Verbraucherzentrale fest integriert und ausgebaut werden. Mit einer Ausweitung der zielgruppenorientierten, mobilen und aufsuchenden Angebote werden mehr Menschen in den Quartieren erreicht und die Verbraucherzentrale wird langfristig gestärkt.

Wir werden als CDU Bremen

- niedrigschwellige Beratungsangebote weiterentwickeln und ausbauen,
- die Rechtsberatung im Quartier fest in die Arbeit der Verbraucherzentrale integrieren.

Stationsname: Verbrauchersicherheit im Lebensmittelbereich
Schnittstelle(n): Arbeit und Soziales, Klima

Wir setzen uns ein für gesunde Lebenswelten, im Sinne einer gesundheitsfördernden, umweltverträglichen, sozial gerechten Ernährungspolitik. Wir wollen die Ernährungsarmut in Bremen reduzieren und bekämpfen. Dafür soll die Gemeinschaftsverpflegung von der Krippe bis zum Seniorenheim gesund und ökologisch verantwortlich gestaltet sein und so zu einer sozial gerechten Versorgung werden, ganz im Sinne der Verhältnisprävention. Eine nachhaltige und zukunftsfähige Gemeinschaftsverpflegung braucht eine Vernetzungsstelle – möglichst für Kita, Schule und Senioren – in Bremen und Bremerhaven. Daher setzen wir uns dafür ein, dass diese Vernetzungsstellen zeitnah eingerichtet und möglichst bei einer Organisation angesiedelt werden.

Zum Schutz vor Lebensmittelbetrug wollen wir die zuständigen Stellen noch besser ausstatten. Für die erfolgreiche Umsetzung wollen wir die Lebensmittelaufsicht stärken. Eine transparente Kennzeichnung der Lebensmittelkontrolle, u.a. in Gaststätten, wird umgesetzt, die entsprechenden Personalbedarfe werden dafür zur Verfügung gestellt.
Wir wollen uns gegenüber dem Bund für verbraucherfreundliche und barrierefreie Kennzeichnungssysteme einsetzen. Dazu gehört eine transparente und verständliche Lebensmittelkennzeichnung über Produktion und Herstellungsort.

Stationsname: Klimakompetenz der Verbraucherzentrale fördern
Schnittstelle(n): Klima, Mobilität

Die Verbraucherinnen und Verbraucher sind durch den Klimawandel unmittelbar betroffen. Sei es durch hitzebedingte gesundheitliche Schäden, die Ausbreitung von Allergien, durch Preissteigerungen bei Lebensmitteln und bei Kraftstoffen oder durch zunehmende Extrem-Wetterereignisse und hierdurch beispielsweise bedingte Elementarschäden. Die Menschen müssen sich daher auf die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen durch den Klimawandel einstellen. Die Verbraucherzentrale wird hier als unterstützende Schnittstelle zwischen Politik und Bürgern eine wichtige Vermittlungs- und Umsetzungsfunktion übernehmen, etwa durch Begleitung von Initiativen der Landesregierung, Informationskampagnen oder die Durchführung spezifischer Projekte. Um die Klimakompetenz der Verbraucherzentrale zu stärken, werden wir in der Verbraucherzentrale dafür eine Stelle Klimaschutzmanagement schaffen. Wir wollen darüber hinaus, dass die Verbraucherzentrale auch zu Elektromobilität berät und hierfür finanziell gestärkt wird.

Um Energiearmut zu vermeiden, braucht es frühzeitige Beratung aller Beteiligten und eine Grundausstattung mit energieeffizienten Geräten in den Haushalten. Wir möchten die Zahl der Strom- und Gassperren verringern und bei sozialen Härten ganz vermeiden. Deshalb wollen wir den vorhandenen Härtefallfonds hinsichtlich der Anspruchsberechtigung reformieren und die dafür erforderlichen Beratungsstrukturen bei der Verbraucherzentrale (Energierechtsberatung, Budgetberatung) schaffen.

Eine spezielle Herausforderung stellt die Lebensmittelverschwendung dar. Die Erfolge des Projektes „Bremer Kitas reduzieren Lebensmittelverluste“ wollen wir mit der Verbraucherzentrale in Bremen verstetigen und auch auf die Bremerhavener Kindertageseinrichtungen ausweiten.

Stationsname: Verbraucherbildung stärken

Schnittstelle(n): Bildung, Digitalisierung, Lebenswelten

Wir betrachten die präventive Bildungsarbeit als einen wesentlichen Baustein wirksamen Verbraucherschutzes, durch den zahlreiche Verbraucherprobleme von vornherein vermieden werden können. Die Verbraucherbildung in den Schulen Bremens und Bremerhavens soll gestärkt und ausgebaut werden. Die Verbraucherzentrale muss dafür finanziell so ausgestattet werden, dass sie an Schulen Vorträge und Workshops anbieten kann. Unentbehrlich ist auch die Weiterentwicklung der Fort- und Weiterbildung für pädagogische Fachkräfte im Bereich Verbraucherbildung.

Ebenso muss ein breites Spektrum an digitalen Informationen und Beratungen, das stets verfügbar ist, sichergestellt sein. Studien belegen, dass sich die Sicherheitslage im Internet zwar verbessert hat, die Unsicherheit der Verbraucherinnen und Verbraucher im Umgang mit digitalen Medien aber steigt. Wir werden deswegen die Maßnahmen zur Erlangung von Medienkompetenz ausbauen und somit die Verbraucherbildung auch im digitalen Raum gewährleisten. Dies betrifft alle Altersgruppen gleichermaßen.

Wir werden

- die Verbraucherzentrale so ausstatten, dass sie Verbraucherbildung in Schulen anbieten kann,
- Fort- und Weiterbildungen von pädagogischen Fachkräften ermöglichen,
- digitale Informations- und Beratungsangebote zum Verbraucherschutz und Medienkompetenz auf- und ausbauen.

LINIE: EHRENAMT UND SPORT

Ehrenamtliches Engagement ist der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält. Ob in Sportvereinen, sozialen Einrichtungen oder bei der Freiwilligen Feuerwehr: Viele Bereiche unserer Gesellschaft wären ohne die Menschen, die sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich engagieren, undenkbar. Dieses Engagement wollen wir weiter fördern und besser würdigen. Wir wollen, dass sich weiterhin viele Menschen in Bremen und Bremerhaven ehrenamtlich engagieren. Dazu wollen wir die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt durch verbesserte Rahmenbedingungen und Elternzeitregelungen verbessern. Wo immer möglich, sollen hybride und digitale Sitzungen der Normalfall sein. Mit einem „Tag des Ehrenamts" wollen wir ein sichtbares Zeichen setzen, um die Bedeutung des Ehrenamts in der Öffentlichkeit zu würdigen und junge Menschen an das Ehrenamt heranführen. Im Ehrenamt erworbene Qualifikationen, die auch im Beruf nützlich sein können, wollen wir durch einheitliche Zeugnisse dokumentieren.

Stationsname: Engagementstrategie

Auf Bundesebene wird von verschiedenen Seiten ein verpflichtendes Dienstjahr diskutiert. Auch der Bundespräsident hat diese Idee an verschiedenen Stellen aufgegriffen und dafür geworben. Das verpflichtende Jahr soll nicht nur die Organisationen stärken, die davon profitieren, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Unabhängig von der Frage, ob das verpflichtende Dienstjahr kommt, werden wir

- in enger Zusammenarbeit mit der Freiwilligenagentur die Erarbeitung der Engagementstrategie für das Land Bremen abschließen und zügig mit der Umsetzung beginnen, um noch mehr Menschen für eine ehrenamtliche Tätigkeit zu begeistern,
- innerhalb der Engagementstrategie einen Fokus auf die Hilfsorganisationen des Landes und der Stadtgemeinden legen,
- in den Stadtgemeinden und den Hilfsorganisationen prüfen, ob noch mehr Plätze innerhalb des Bundesfreiwilligendienstes angeboten werden können,
- da, wo es möglich ist, das Ehrenamt stärker in gesellschaftliche Aufgaben integrieren und Rahmenbedingungen schaffen, die Vereine und Ehrenämtler nicht allein lassen in ihrem so wichtigen Dienst für die Gesellschaft,
- unkomplizierte, pragmatische Ideen, wie die Tafeln als Begegnungsort auch für Senioren, die sich ein Essen leisten können, das Fußballtraining als Ersatz für ausgefallenen Sportunterricht oder die Nutzung öffentlicher Einrichtungen nach den Öffnungszeiten durch Vereine in Bremen und Bremerhaven ermöglichen.

Stationsname: Engagement muss sich lohnen

Schnittstelle(n): Arbeit und Soziales

Der Wunsch von Bürgern, sich für unsere Gesellschaft einzusetzen, darf nicht durch fehlende Unterstützung aus Gesellschaft und Politik oder unnötige Bürokratie für die Vereine eingeschränkt werden. Wir werden

- Vereine, die wichtige Funktionen übernehmen, wie etwa die Tafeln, finanziell stärker unterstützen,
- die Ehrenamtskarte substanziell stärken. Rabatte und Vergünstigungen bei Eigenbetrieben und Gesellschaften, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist und die das tägliche Leben aller Ehrenamtler entlasten, gehören dabei ebenso dazu, wie die Unterstützung durch Unternehmen der freien Wirtschaft,
- die Zugangsvoraussetzungen zur Ehrenamtskarte digitalisieren und so verändern, dass ein niedrigschwelliger Zugang ebenso möglich ist, wie die Belohnung langjährigen Engagements.

Stationsname: Jedes Kind muss schwimmen können
Schnittstelle(n): Gesundheit, Bildung

Bewegung ist grundsätzlich wichtig für die Gesundheit des Menschen. Schwimmen können ist sogar überlebenswichtig. Die Zeit der Corona-Pandemie hat dazu geführt, dass Schwimmbäder geschlossen werden mussten und viele Kinder weder in der Schule noch privat Schwimmunterricht erhalten konnten. Es ist uns daher ein Herzensanliegen, dass jedes Kind mit Abschluss der Grundschule die Grundfähigkeiten im Schwimmen erlernt hat und zumindest das „Freischwimmerabzeichen" erlangt. Dazu werden wir:

- den Ausbau des Schulschwimmens mit zusätzlichen finanziellen Mittel hinterlegen,
- das Unibad nicht schließen und abreißen, sondern sanieren. Zudem soll dieses Bad aus dem Etat der Universität in das Eigentum der Bremer Bäder überführt werden.

Stationsname: Moderne Sportstätten
Schnittstelle(n): Lebenswerte Städte, Klima

Für die Sportvereine im Land Bremen wollen wir Förderprogramme ins Leben rufen, um Sportstätten zu sanieren. Hierfür muss eine Prioritätenliste erarbeitet werden, welche Sporthalle und welches Schwimmbad als nächstes zur Sanierung, Instandhaltung oder auch für den Neubau an der Reihe ist, um Perspektiven für die Vereine zu schaffen. Dabei muss auch Nachhaltigkeit und Energieeffizienz mitgedacht werden. Gleiches gilt auch für Sportvereine, die finanziell unterstützt werden müssen bei dem Ausbau ihrer Sportanlagen mit erneuerbarer Energie. Wir werden

- eine Prioritätenliste für die Sportstättensanierung erstellen und diese dann kontinuierlich abarbeiten,
- die Erhöhung der Energiekostenzuschüsse für Sportvereine kontinuierlich an künftige Preissteigerungen anpassen.

Stationsname: Pakt für den Leistungssport
Schnittstelle(n): Lebenswerte Städte

Der Leistungssport in Bremen muss weiterentwickelt werden und als genauso wichtig erachtet werden wie der Breitensport. Unsere Athletinnen und Athleten, die die Voraus-

setzungen für eine Karriere im Spitzensport mitbringen, müssen bestmöglich dabei unterstützt werden und hierfür eine sichere und wertegebundene Basis geboten bekommen. Daher setzen wir uns auch für die Umsetzung der Eliteschule des Sports ein. Dafür werden wir:

- moderne Trainingsstätten, um unter Wettkampfbedingungen zu trainieren, etablieren,
- den Bundesstützpunkt Rhythmische Sportgymnastik leistungsfähig aufstellen,
- moderne Voraussetzungen für sportliche Großveranstaltungen schaffen,
- alle Rahmenbedingungen schaffen, um die Umsetzung der Eliteschule des Sports an der Sportbetonten Oberschule an der Ronzelenstrasse zu einem erfolgreichen Abschluss bis 2027 zu bringen.

Stationsname: eSport ist Sport

Für uns ist eSport nicht nur Teil der Jugendkultur, sondern des Breitensports. In vielen Bereichen ist eSport mit klassischem Sport vergleichbar: eSportler müssen regelmäßig ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten trainieren, sie wollen ihre volle Leistung abrufen und in ihrem Sport Höchstleistungen bringen. Wir werden große Gaming- und e-Sports-Events fördern. Gleichzeitig setzen wir uns aber auch für die Förderung der Medienkompetenz, Suchtprävention und Gesundheitsförderung in dem Bereich ein.

Als CDU Bremen werden wir

- die Erfahrungen der traditionellen Sportförderung auf eSport übertragen,
- eSport und Gaming-Events in Bremen und Bremerhaven fördern,
- uns im Bund für die Gleichstellung von Sport und eSport in der Abgabenordnung stark machen.

Stationsname: Niedrigschwelliger Breitensport

Schnittstelle: Gesundheit, Lebenswerte Städte

Sportliche Betätigung ist in jedem Alter möglich. Sie dient der Gesundheit, stärkt das Immunsystem und die Abwehrkräfte und fördert auch die Begegnung von Menschen. Hierzu bedarf es niedrigschwelliger Angebote und Möglichkeiten. Dazu wollen wir neue und originelle und niedrigschwellige Formen der sportlichen Betätigung vordenken, ermöglichen und ausweiten. Dabei stellen wir uns beispielsweise

- den Bau attraktiver und moderner Fitnessparcours entlang der Weser,
- einen Bike Park und eine Sommerrodelbahn auf der Blockland Deponie oder auch
- ein schwimmendes Freibad in der Weser vor.

Stationsname: Beiräte stärken

Die Beiräte in unseren Stadtteilen in Bremen sind für uns die wichtigsten Träger politischer Beteiligung auf einer regionalen Ebene und für uns Partner in der gemeinsamen Verantwortung für die Berücksichtigung der Interessen der Bürger. Das ehrenamtliche Engagement in diesem Feld verdient entschieden mehr Wertschätzung und Unterstüt-

zung. Hierzu gehört auch, das geltende Beirätegesetz umzusetzen und eine partnerschaftliche Arbeitsbeziehung zwischen Beiräten und Verwaltung auf Augenhöhe zu organisieren. Wir wollen

- die Beiräte besser als bisher einbinden in diese Entscheidungen, insbesondere in die Aufstellung von Haushalten,
- dazu ermuntern, dass von der Vertretungsmöglichkeit von Beiratsinteressen in Deputationen und in der Stadtbürgerschaft häufiger Gebrauch gemacht wird,
- dass in jedem Beiratsbereich pro Jahr mindestens ein Mitglied des Senates den Beiräten und der Bevölkerung öffentlich Rede und Antwort steht,
- eine angemessene technische Ausstattung der ehrenamtlichen Beiratsmitglieder sowie der Ortsämter umsetzen. Bislang versenden Ortsämter unzählige E-Mails mit noch mehr Anhängen. Das ist nicht nur unübersichtlich, sondern auch intransparent. Wir werden daher ein elektronisches, App-basiertes Informationssystem für Beiräte umsetzen, damit Sitzungen, Sitzungsunterlagen und Protokolle für die Ehrenamtlichen übersichtlich und strukturiert an einem Ort digital auffindbar sind. Dazu gehört für uns auch eine technische Ausstattung durch die Stadt, welche den Beiräten natürlich kostenlos zur Verfügung zu stellen ist.
- eine angemessene technische Ausstattung in den Ortsämtern umsetzen. Berufliche Reisetätigkeit, familiäre Verpflichtungen oder individuelle Gründe führen dazu, dass ein Ehrenamt nicht immer vor Ort erfüllt werden kann. Aus diesem Grund werden wir ein digitales Update für die politische Arbeit im Ehrenamt durchführen. Dazu gehört z.B. eine digitale Teilhabe an Gremiensitzungen oder vollständig digitale Gremiensitzungen. Damit möchten wir das kommunalpolitische Ehrenamt besser vereinbar mit Familie, Arbeit und Privatleben machen. Gleichzeitig ist es wichtig, dass Beiratssitzungen nicht nur öffentlich sind, sondern auch digital öffentlich zugänglich gestreamt werden. Dies werden wir zentral zur Verfügung stellen.
- eine angemessene personelle Ausstattung der Ortsämter umsetzen. Koordinierende Aufgaben, Organisation und Durchführung von Sitzungen und Veranstaltungen, Ansprechpartner für Bürger, Beiräte, Geschäfte und Lokale vor Ort, die Verwaltung und vieles mehr: Die Aufgaben in den Ortsämtern sind vielschichtig und abwechslungsreich, herausfordernd und zeitintensiv. Viele Ortsämter, teilweise selbst auch ehrenamtlich geführt, stoßen dabei oft an ihre Kapazitätsgrenzen oder sind in Teilen schon darüber hinaus. Wenn wir Politik vor Ort machen und ermöglichen wollen, müssen wir die Ortsämter auch personell dafür in die Lage versetzen. Allein das Delegieren von Aufgaben an die Ortsämter ist keine Politik vor Ort.
- eine Vernetzung der Beiräte umsetzen. Die Beiräte machen Politik von Nachbarn für Nachbarn. Sie sind oft die ersten Ansprechpartner bei Anliegen und Problemen. Dabei gleichen sich die Herausforderungen häufig und oftmals wurde für ähnliche Probleme im Nachbarstadtteil bereits eine Lösung gefunden. Aktuell fängt man jedoch oft immer wieder bei null an. Daher brauchen wir eine bessere Vernetzung der Beiräte, damit man voneinander lernen und profitieren kann. Gleichzeitig haben Entscheidungen vor Ort in vielen Fällen auch überlokale Auswirkungen und wirken teilweise in die gesamte Stadt hinein.

- eine bessere Koordination umsetzen. Es braucht eine eigenständige Vernetzungs- und Beratungsstelle für Beiratsarbeit. Die bisherige Koordinierung über die Senatskanzlei hat sich als nicht fruchtbar erwiesen. So gehört für uns zu einer solchen Stelle nicht nur die verwaltungstechnische Begleitung, sondern auch das Anbieten von Schulungen, Beratungen und Bereitstellung von Informationen. Durch Teilen kann bestehendes Wissen vermehrt sowie alte und neue Beiräte befähigt und mit dem notwendigen Handwerkszeug für Beiratsarbeit versorgt werden. Gleichzeitig kann über gesetzliche Neuregelungen, Förderprogramme oder Best Practices berichtet und geschult werden.
- die Rechte und Pflichten von Beiräten klar regeln. Beiräte haben an vielen Stellen ein Mitspracherecht. Damit sie dieses auch wirklich wahrnehmen und nicht nur als politisches Feigenblatt herhalten, haben wir die notwendigen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen skizziert. Im nächsten Schritt geht es auch darum, klar festzulegen, wo welche politische Ebene entscheidet. Gerade bei Verkehrsangelegenheiten sind die Wünsche vor Ort oft andere als auf der Ebene der Stadt. Um hier Klarheiten für alle zu schaffen und Entscheidungen zu beschleunigen, werden wir ein Straßenkataster für die gesamte Stadt Bremen erstellen. In diesem Kataster wird dann in einem breiten und gemeinsamen Prozess von Senat, Stadtbürgerschaft und den jeweils betroffenen Beiräten festgelegt, wer für welche Straße verantwortlich ist. Dies ist für uns ein erster Schritt, um mehr Transparenz zu schaffen, Verantwortlichkeiten klar zu regeln und wichtige Schritte auch schneller als bisher umsetzen zu können.

Stationsname: Kinder- und Jugendbeiräte stärken

Jugendbeiräte sind die wichtigste Möglichkeit für Kinder und Jugendliche sich in ihrem Stadtteil gesellschaftlich und politisch zu engagieren. Da in vergangenen Jahren die Zahl der Jugendbeiräte stark gestiegen ist, setzt sich die CDU Bremen für die bessere finanzielle Ausstattung sowie einen aktiveren Austausch mit den zuständigen Ressorts ein.

Stationsname: Bürgerbeteiligung

Schnittstelle(n): Führung & Verwaltung

Uns als CDU Bremen ist die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Entscheidungen wichtig. Bleibt sie aus und findet keine klare Kommunikation statt, sind Proteste und Unmut vorprogrammiert. Durch eine gute und breit angelegte Bürgerbeteiligung erfahren politische Prozesse eine höhere Akzeptanz. Das Petitionsrecht ist in diesem Prozess ein wichtiges, niedrigschwelliges Beteiligungsrecht des Bürgers, um gerechtfertigte eigene Angelegenheiten und Interessen mit Hilfe des Parlaments in die öffentliche Beratung und zur Entscheidung zu bringen. Durch Petitionen kann der Bürger jenseits von Wahlen direkten Einfluss auf die Politik nehmen. Es ist ein wesentlicher Teil demokratischer Mitgestaltung und Teil der Verbundenheit der Bürger mit ihren Parlamenten. Wir wollen dieses bewährte und unverzichtbare Recht stärken und insbesondere die Online-Möglichkeiten der Petition bürgerfreundlicher gestalten.

- Wir werden ermöglichen, dass mit Petitionen auf Gesetzesänderungen hingewirkt werden kann.

LINIE: DIGITALISIERUNG

Die Corona-Pandemie war der Booster für die digitale Entwicklung Deutschlands und gleichzeitig haben wir gemerkt, dass wir in vielen Bereichen den Anschluss bereits verloren haben. Es wird Zeit, aufzuholen.

Wir werden in Bremen die Digitalisierung nutzen, um effizienter, einfacher, schneller und zukunftsfähiger zu Handeln. Die digitale Transformation von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft bietet enorme Chancen – wenn wir sie endlich aktiv angehen. Digitalisierung darf nicht als Ziel, sondern muss als Instrument verstanden werden, den Wohlstand auch in Bremen und Bremerhaven zu bewahren und zu steigern. Die Effizienzgewinne aus der Transformation müssen wieder investiert werden. Es kommt deshalb entscheidend darauf an, die Digitalisierung in einem engen Zusammenwirken von Schulen, Hochschulen, Wirtschaft, Verwaltung und Bürgern zu einem Schlüssel für neue Produkte, Dienstleistungen und Prozesse zu machen. Die Grenzen zwischen Grundlagenforschung, anwendungsorientierter Entwicklung und Produktion werden dabei zunehmend verschwimmen. Handlungsfelder wie „künstliche Intelligenz", „Internet der Dinge", „Sprach- und Gesichtserkennung" oder neue und vernetzte Formen der Mobilität sind nur wenige Beispiele, die auch in Bremen und Bremerhaven eine hohe Bedeutung erhalten werden und die wir in einem neuen „Cluster" wirtschaftlich-wissenschaftlicher Steuerung vernetzten, zusammenfassen und fördern wollen.

Die Digitalisierung ist neben der Globalisierung die Herausforderung unserer Zeit, die alle Bereiche der Gesellschaft, der Wirtschaft und insbesondere auch des staatlichen Handelns erfasst und verändert. Für uns kommt es nicht nur darauf an, die damit verbundenen Chancen für Bremen und Bremerhaven offensiv zu nutzen, sondern auch in der Bevölkerung Akzeptanz und Bereitschaft zur Beteiligung zu schaffen. Digitalisierung ist kein Ereignis, das mit dem Breitbandausbau oder der Bereitstellung von Tabletts erledigt ist, sondern ein andauernder Prozess, der, intelligent gestaltet, auf vielfältigen Feldern Nutzen mehrt, neue Produkte und qualifizierte Arbeitsplätze hervorbringen wird, Verfahren und Strukturen vereinfacht und am Ende auch Kosten spart.

Stationsname: Der digitale Start ins Unternehmertum
Schnittstelle: Wirtschaft

Für kaum einen Bereich birgt die Digitalisierung so viele Chancen, wie für eine moderne Wirtschaftspolitik: Im Bereich der Unternehmensdienstleistungen sind mittlerweile die An-, Um- oder Abmeldung eines Gewerbes, die steuerliche Anmeldung sowie die Beantragung einer Gewerbeauskunft in Bremen vollständig digital möglich. Insgesamt sind die Bedingungen für Gründungswillige jedoch noch immer unzulänglich. Bis auf die o.g. Dienstleistungen funktioniert die Gründung auch in Bremen noch immer analog, mit ausgedruckten Formularen und Behördenterminen, die teils persönlich wahrgenommen werden müssen. Oft fehlt in der Verwaltung das Verständnis für die wirtschaftlichen Bedingungen, in denen sich Start-ups befinden. Es gibt jedoch auch hier Lichtblicke: Im Rahmen eines vom Bund geförderten „Digitalisierungslabors" haben die Länder Bremen und

Nordrhein-Westfalen einen Prototyp für einen „Gründungsassistenten“ entwickelt, der auch anderen Ländern zur Nachnutzung angeboten wird. Seit Dezember 2020 können Gründungswillige aus dem Handwerk in der Stadt Bremen einen Betrieb vollständig online gründen. Dieses Angebot muss nun zügig auf alle Geschäftsgründungen ausgedehnt werden.

Unternehmen haben im Schnitt rund 200 Behördenkontakte im Jahr. Vor diesem Hintergrund haben sich Länder und Kommunen im Zuge des Onlinezugangsgesetzes verpflichtet, für Unternehmen ein Servicekonto zur sicheren Abwicklung von E-Government-Prozessen einzuführen. Die Länder Bremen und Bayern entwickeln dafür das bundeseinheitliche Unternehmenskonto, das derzeit auf Basis der ELSTER-ID eine rechtsgültige Identifizierung erlaubt und mit eingeschränkten Funktionen als Pilotprojekt läuft. Dessen Funktionsumfang muss nun zügig vervollständigt werden, um dem Ziel eines „One-Stop-Shops“ endlich näherzukommen. Mit XUnternehmen wurde im April 2021 ein verbindlicher Bund-Länder-Standard geschaffen, der den Weg für die vollständig digitale Kommunikation zwischen Wirtschaft und Verwaltung ebnet. Dieser muss nun zügig für sämtliche Digitalisierungsvorhaben im Bereich Wirtschaft nutzbar gemacht werden.

Auch die öffentliche Beschaffung – einschließlich der sogenannten Pro- und Postaward-Prozesse – muss vollständig digitalisiert werden.

Stationsname: Ein Digitalressort

Schnittstelle(n): Digitalisierung / Führung & Verwaltung

Verwaltungsdigitalisierung ist ein Querschnittsthema, muss jedoch zentral geplant, implementiert und gesteuert werden: Wir wollen eine zentrale, unabhängige Digitalisierungseinheit in der Bremer Verwaltung, die digitale Prozesse vordenkt und umsetzt. Es braucht Expertise, Wissen und Methodenkenntnis, um digitale Möglichkeiten gewinnbringend flächendeckend einzusetzen, da sich dadurch auch Arbeitsabläufe und -organisation ändern. Es geht um nichts weniger als um einen Kulturwandel in der öffentlichen Verwaltung. Es braucht einen Bewusstseinswandel und Offenheit für die Transformationen, die wir durch geeignete Instrumente incentivieren wollen. Wir wollen die Kleinheit Bremens und die Kürze der Wege nutzen und die vielfältig bereits vorhandenen Kompetenzen bündeln, um in diesem Bereich noch schneller und in Deutschland führend zu sein. Unsere Wettbewerbsfähigkeit als Wirtschaftsstandort hängt daran. Daher werden wir in der nächsten Legislaturperiode ein Ressort ‚Digitalisierung‘ einrichten. Zu dessen Aufgaben gehört auch die Stärkung der Zusammenarbeit der Behörden untereinander und über die Ländergrenzen hinaus.

Als CDU wollen wir,

- dass die Verwaltung lernt, digital zu denken und zu handeln,
- eine zentrale, unabhängige Digitalisierungseinheit in der Bremer Verwaltung, die digitale Prozesse vordenkt und umsetzt,
- bereits vorhandene Kompetenzen bündeln und ausbauen.

Stationsname: Digitaler Neustaat
Schnittstelle(n): Führung & Verwaltung

Das Ziel ist klar: Wir wollen eine voll digitalisierte Verwaltung, die 24/7 erreichbar ist und einen besseren Service bietet. Wir wollen einen effizienten Staat, der sich unkompliziert und einfach anfühlt. Darum werden wir einen echten digitalen Bürgerservice einführen. Wir werden das Formulare-Drucken, Nummernziehen und in Wartesälen-Lebenszeit-vergeuden beenden. Wir wollen alle Verwaltungsdienstleistungen digital anbieten: Vom Elterngeld bis zur Bestellung eines neuen Personalausweises. Vom Wohngeld bis zur Ummeldung. Alles muss ohne Drucker oder Briefwechsel funktionieren. Wir werden alle staatlichen Leistungen für die Bürger digitalisieren und bündeln, damit der Bürger zu jeder Zeit darauf zugreifen kann. Dabei werden wir von der Privatwirtschaft lernen und setzen auf das bundesweit verabredete Prinzip „Einer-für-alle", wonach Kommunen und Länder das Wissen über bereits digitalisierte Leistungen teilen und dadurch schneller für alle nutzbar machen werden.

- Als CDU wollen wir in Zukunft alle Verwaltungsdienstleistungen digital anbieten: Vom Elterngeld bis zur Bestellung eines neuen Personalausweises.

Insbesondere Wohngeldanträge sind im Moment ein Problem, das bei vielen Menschen existentielle Nöte auslöst. Die Bearbeitung eines Wohngeldantrags dauert in Bremen mehrere Monate. Das ist weder den Antragstellern noch den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Wohngeldstelle geschuldet. Die Wohngeldstelle muss personell besser ausgestattet werden. Damit Anträge schneller bearbeitet werden können, werden wir als CDU noch in diesem Jahr

- kurzfristig, um den Übergang zu einem vollständig effizienten, digitalen Prozess zu regeln, die zusätzlich geschaffenen Stellen für Sachbearbeiter auch tatsächlich besetzen, die Anträge bearbeiten und den Antragstellern beim Ausfüllen der komplexen Anträge beratend zur Seite stehen,
- uns für digitale Wohngeldanträge einsetzen und die Voraussetzungen dafür auch ohne Unterstützung des Bundes schaffen, damit spätestens ab 2024 die Bearbeitung eines Wohngeldantrages nicht länger als vier Wochen dauert.

Dazu gehören auch einfache, digitale Bauantrags- und Baugenehmigungsverfahren sowie die elektronische Bauakte. Diese sind leider nicht digitalisiert. Das hat insbesondere in der Corona-Pandemie zu Verzögerungen und Verteuerungen aufgrund von Einschränkungen in der Bearbeitbarkeit geführt. Das werden wir noch 2023 ändern. Wir wollen,

- dass die Kommunikation zwischen Baubehörde und Bauherren ausschließlich über eine digitale Plattform (ein virtuelles Bauamt) läuft,
- dass es dort zu jedem Bauprojekt einen digitalen Projektraum mit angepassten Zugriffsrechten gibt, der von allen Beteiligten (Antragssteller, Entwurfsverfasser, Träger öffentlicher Belange, Fachbehörden etc.) für den notwendigen Informations- und Datenaustausch genutzt werden kann,
- die Serviceleistung innerhalb der Baubehörde weiter ausbauen, indem Bauherren sich nicht mehr um genehmigungsrelevante Unterlagen (z.B. Altlasten oder Kampfmittel) kümmern müssen,

- dass Bauanträge in der Regel innerhalb von vier Wochen entschieden werden.

Wir wollen, dass die Verwaltung lernt, digital zu denken und zu handeln. Es braucht einen Bewusstseinswandel und Offenheit für die Transformationen, die Bestandteil der behördlichen Organisationsentwicklung ist. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zukunft sollen Digitalisierungspotenzial selbst erkennen und nach Verbesserung der Arbeitsabläufe streben. Um das Streben nach Verbesserung zu unterstützen, werden wir

- jährlich einen Preis vergeben, den die Person erhält, die durch Verbesserung eines Arbeitsprozesses in der Verwaltung für eine große Kostenersparnis gesorgt hat.

Stationsname: Digitalakte gegen hohe Aktenberge

Noch viel zu oft findet in der bremischen Verwaltung eine Aktenführung in Papierform bzw. in Hybridform (digital und analog) statt, obwohl schon gesetzlich geregelt ist, dass in allen Behörden der Freien Hansestadt Bremen alle Akten vollständig elektronisch geführt werden müss(t)en. Dokumente und Rechnungen werden noch immer analog aufbewahrt, im Umlaufmappen weitergeben bzw. durch Botendienste transportiert, an denen dann händische Kommentare vorgenommen, bzw. die händisch ab- und gegengezeichnet werden. Diese Praxis muss überall, bis auf unbedingt erforderliche Ausnahmefälle, beendet werden.

Das Land Bremen besitzt als kleinstes Bundesland günstige Voraussetzungen dafür, in Sachen E-Government eine Führungs- und Vorreiterrolle in Deutschland zu spielen und in diesem Feld Maßstäbe auch für andere Länder und Kommunen zu setzen. Die Aktenführung wollen wir in allen Behörden zudem so weit und so schnell wie möglich auf eine „digitale Akte“ umstellen und bestehende analoge Register digitalisieren. Dabei wollen wir das Rad nicht neu erfinden. Es gibt bspw. bei unserem europäischen Nachbarn Estland bereits funktionierende digitale Verwaltungsabläufe, die wir hier in Bremen leicht implementieren und nutzen wollen.

- Wir werden die zum 1. Januar 2022 eingeführte Aktenführung in allen Behörden so schnell es geht auf eine „digitale Akte“ konsequent umsetzen.

Dazu gehört auch ein digitales Rechnungsmanagement. Diverse Behörden und Eigenbetriebe können aktuell ihre Rechnungen zwar elektronisch entgegennehmen, doch dann werden sie ausgedruckt und von Büro zu Büro getragen. Excuse me, wir haben 2023: Diese Anlaufschwierigkeiten gilt es zügig abzustellen, um den langsamen, fehleranfälligen und ressourcenverschwendenden Übermittlungs- und Bearbeitungsprozess mittels Papier- und bildhaften PDF-Rechnungen flächendeckend durch einen digitalen Zahlungsverkehr zu ersetzen.

- Wir wollen ein digitales Rechnungsmanagement für einen reibungslosen Zahlungsverkehr.

Stationsname: Ausbau des Serviceportals Bremen zu einem „Digitalen Bürgeramt“

Aus dem Bürgeramt muss ein Digitales Bürgeramt werden. Die Digitalisierung aller wesentlichen Serviceleistungen muss dabei sowohl das Front-End (Antragstellung) mit einer intuitiven und ansprechenden Benutzeroberfläche als auch das Back-End (Antragsbearbeitung) umfassen, um Medienbrüche unter allen Umständen zu vermeiden.

Diese Projekte haben für uns dabei höchste Priorität:

- die Einführung eines „Service-Kontos", mit dem Bürger nach einer einmaligen Registrierung sämtliche angebundenen Online-Dienste der Verwaltung nutzen können,
- die Implementierung komplett digitaler Antragsverfahren für alle regelmäßig nachgefragten Verwaltungsdienstleistungen mit hohem Digitalisierungspotenzial (z.B. Passangelegenheiten, Wohnungsanmeldung, Führerscheinvergabe, Meldebescheinigungen, Ausstellung von Personenstandsurkunden und Führungszeugnissen etc.) - dort, wo notwendig, verbunden mit elektronischer Bezahlfunktion,
- das Ausrollen des Projekts ELFE („Einfach Leistungen für Eltern“) auf alle Elternkonstellationen und auf Bremerhaven sowie die Implementierung der dazugehörigen App,
- die Einführung eines einheitlichen Casemanagements, das es den Bürgern ermöglicht, bei einem Ansprechpartner alle Anliegen gleichzeitig in einem Termin zu erledigen,
- die Aufstellung eines Ausweis-Automaten mit Gesichtserkennung zur sicheren Abholung von Ausweisdokumenten außerhalb der Öffnungszeiten 24/7.

Die Online-Terminvergabe werden wir auch für alle regelmäßig nachgefragten Verwaltungsdienstleistungen außerhalb der BürgerServiceCenter etablieren. Zudem wollen wir ein Online-Buchungssystem mit elektronischer Bezahlfunktion auch für Angebote bremischer Eigen- und Beteiligungsbetriebe, wie für die Bremer Bäder GmbH, einführen. Für deren Schwimmkurse kann man sich auch im Jahr 2023 noch immer nur durch persönliches Erscheinen anmelden - ein Relikt aus einer vergangenen Zeit.

Stationsname: KI made in Bremen

Schnittstelle(n): Wirtschaft; Wissenschaft

KI ist die Schlüsseltechnologie für die Zukunft. Durch die zunehmende Verfügbarkeit von Daten und den Ausbau von Rechenleistung gewinnt der Einsatz und die Anwendung von KI auch für unsere kleinen und mittleren Unternehmen eine herausragende Bedeutung und dies in allen Branchen. Aus diesem Grund wollen wir KI und Digitalisierung nicht als isolierten Bereich betrachten, sondern in allen politischen Feldern denken. Für unsere beiden Städte Bremen und Bremerhaven wollen wir die sich ergebenden Chancen vor allem nutzen, um neues wirtschaftliches Wachstum und mehr Beschäftigung zu schaffen. Übertriebener Datenschutz darf uns dabei nicht blockieren. Er darf nirgends Innovationshemmnis sein.

Das Bundesland Bremen ist sowohl mit bekannten Instituten der Universität Bremen als auch mit den wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen schon heute ein wichtiger Standort in der deutschen KI- und IT-Landschaft. Unsere beiden Städte haben damit die besten infrastrukturellen Voraussetzungen, um in Zukunft an der zentralen Voraussetzung von Forschung, Entwicklung und Produktion teilzuhaben. Um Bremen als echten führenden Standort für KI zu stärken, brauchen wir sowohl die verstärkte Ansiedlung von Unternehmen in diesem Bereich als auch das entsprechende Klima für menschliche Talente.

Wenn wir auch in Zukunft das gesamte Wertschöpfungspotenzial von KI für unsere Wirtschaft und unsere Wissenschaft zur Entfaltung bringen wollen, bedarf es der weitreichenden Verfügbarkeit von Daten. Daten sind Produktionsfaktor und ihre Verfügbarkeit ein entscheidender Standortvorteil. Wir werden daher eine Offensive zur Bereitstellung öffentlicher Daten starten, um Wertschöpfungsnetzwerke zu entwickeln. Gemeinsam mit den Unternehmen in Bremen und Bremerhaven wollen wir beraten, wie wir auch ungenutzte privatwirtschaftliche Daten andocken können. Dies wird nur durch den Ausbau leistungsfähiger Dateninfrastrukturen und Datenräume sowie gemeinsamer Datenstandards gelingen. Zugleich wollen wir die Datenkompetenzen weiter verbessern und bereits in der Schul- und Berufsausbildung und auch im Hochschulwesen als Lerninhalt verankern. Dabei wollen wir den Staat zum Datenvorreiter machen. Auch die Unternehmerinnen und Unternehmer sollen in ihren Kompetenzen zur Nutzung von Daten gestärkt werden. Hierzu wollen wir ein Beratungsprogramm entwickeln.

All das werden wir stärken:

- Wir brauchen mehr Wissen über Künstliche Intelligenz. Aus diesem Grund werden wir die Forschung in diesem Bereich besonders verstärken.
- Wir brauchen mehr KI-Fachkräfte. Aus diesem Grund werden wir Berufsschullehrer zusätzlich schulen und an den Hochschulen die Ausbildung in dem Bereich unterstützen.
- Kleine- und Mittelständische Unternehmen können mithilfe intelligenter Systeme wahre Schätze heben. Aus diesem Grund möchten wir für KMUs niedrigschwellige Angebote entwickeln, die KMUs dabei unterstützen, Künstliche Intelligenz auszuprobieren und einzusetzen.
- Die Einrichtung eines KI-Transferzentrums könnte ein Weg sein, um KI-Anwendungsmöglichkeiten in die breite Unternehmerschaft / Bevölkerung zu tragen.

Durch die Nutzung von Softwareintelligenz für Standard-Prozesse möchten wir die Verwaltung effizienter und bürgerfreundlicher machen. Warum nicht automatisiert eine Mail versenden, bevor der Personalausweis abläuft? Oder die Bestellung eines Anwohnerparkausweises automatisiert mit dem Datenbestand abgleichen und automatisiert auslösen? Durch die Fortschritte der Digitalisierung müssen wir Prozesse nicht mehr digital, sondern intelligent denken.

Die Grundlage für Softwareintelligenz sind Daten und niemand besitzt mehr (öffentliche) Daten als Kommunen und Länder. Verkehrsfluss, Klimadaten, Geodaten und viele mehr:

Diese nicht-unternehmensbezogenen oder nicht-persönlichen Daten möchten wir im Rahmen des Open-Data-Ansatzes öffentlich verfügbar machen, damit daraus neue Geschäftsmodelle und -ideen entstehen können.

Als CDU wollen wir

- den Staat zum Datenvorreiter machen,
- Bremen als Hotspot im Bereich Künstliche Intelligenz in Deutschland stärken,
- Künstliche Intelligenz flächendeckend in Standardprozessen in der Verwaltung einsetzen.

Stationsname: Leistungsfähige Internetanschlüsse im privaten und gewerblichen Bereich

Schnittstellen: Bildung, Wirtschaft

Leistungsfähige Breitbandanschlüsse und ihre technische Nutzbarkeit im gewerblichen Bereich sind die Grundvoraussetzung für die Teilhabe am modernen Wirtschaftsleben im Jahr 2022. Die Bereitstellung dieser Ressource muss deshalb eine Selbstverständlichkeit staatlicher Wirtschaftsförderung und Infrastrukturpolitik sein, wie es der Bau- und die Instandsetzung von Straßen oder Versorgungsleitungen ist. Auch der private Bereich darf in diesem Zusammenhang nicht vernachlässigt werden, denn mit der zunehmenden Arbeit aus dem Home-Office und möglichen Gründungen von Unternehmen aus Privatwohnungen oder Wohngebieten, wird der Internetanschluss auch hier ein Wirtschaftsfaktor, der mitgedacht werden muss. Obwohl Bremen und Bremerhaven als urbane Gebiete in dieser Hinsicht und im bundesweiten Vergleich gut erschlossen sind, gilt es bestehende Lücken unverzüglich zu schließen und die Anschlüsse immer wieder auf Ihre Leistungsfähigkeit hin zu überprüfen und im Bedarfsfall zu ertüchtigen. Eine besondere Bedeutung haben Internetanschlüsse in Zukunft auch in den Schulen, Berufsschulen und Hochschulen unseres Landes. Zur Umsetzung einer digitalen und vernetzten Bildung sind auch hier die Anschlüsse und die Bereitstellung von einem leistungsfähigen W-LAN in den Klassenzimmern die zentrale Voraussetzung.

Stationsname: Medienlandschaft

Moderne, leistungsstarke und wettbewerbsfähige Medienunternehmen und ein attraktiver unabhängiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk sichern eine plurale Medienlandschaft in Bremen und Bremerhaven. Sie sind ein wichtiger Standortfaktor für die Zukunftsfähigkeit des Landes; und sie sind die Voraussetzung für eine freie und unabhängige Berichterstattung in einem demokratischen Gemeinwesen und ein Bollwerk gegen Fake-News.

Wir stehen für einen modernen und leistungsstarken eigenständigen Sender im Verbund der ARD, Radio Bremen. Bei den notwendigen Debatten um die Zukunft des ÖRR in der Bundesrepublik werden wir die Existenz und Zukunft von Radio Bremen sichern.

Die Menschen in unseren Städten werden immer mehr von medialen Konsumenten zu Akteuren in einer zunehmend von sozialen Medien bestimmten Welt. Diese Veränderungen setzen Medienbildung und Medienkompetenz voraus. Dafür wollen wir Akteure und

Initiativen für mehr Medienkompetenz von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen stärken und besser vernetzen. Unser Ziel ist es, allen eine sichere, verantwortungsvolle und kreative Nutzung digitaler Medien zu ermöglichen.

Verlage stehen wirtschaftlich unter besonderem Druck. Die klassischen Tageszeitungen haben überall Auflagen verloren. Wir wollen qualitativ hochwertige und regionale Berichterstattung erhalten. Von der Bundesebene bereitgestellte wirtschaftliche Förderung der Verbreitung wollen wir ggf. durch Unterstützung des Landes forcieren.

Über die Nordmedia fördert Bremen gemeinsam mit Niedersachsen die Film- und Medienszene in den beiden Bundesländern. Wir wollen diese Förderungen auf ihre Wirkung für Bremen und Bremerhaven überprüfen und verbessern. Ein besonderer Schwerpunkt soll dabei der Games-Branche gelten.

LINIE: FÜHRUNG UND VERWALTUNG

Bremen und Bremerhaven stehen vor großen Herausforderungen. Die Menschen erwarten gute Bildungschancen, einen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels, einen Weg aus der Armutsfalle, bessere Digitalisierung, starke Häfen in einer globalisierten Welt, attraktive Städte und bezahlbaren Wohnraum. Nicht zuletzt kommen noch die Herausforderungen aus den Folgen der Corona-Pandemie und dem Krieg Russlands gegen die Ukraine hinzu.

Gleichzeitig verfestigt sich der Eindruck, dass unser staatliches Gemeinwesen an einigen Stellen nicht mehr richtig funktioniert. Zehntausende unbearbeitete Akten bei der Polizei, wochenlange Wartezeiten auf einen Termin beim Bürger-Service-Center, sehr lange Verfahrensdauern bei Gericht und in Genehmigungsverfahren der Verwaltung, Unterrichtsausfall, fehlende Kita- und Krippenplätze, marode öffentliche Gebäude, Straßen und Brücken, sind nur einige Beispiele. Diese öffentlichen Funktionsstörungen führen zu Unzufriedenheit, die letztendlich zum Nährboden für Politikverdrossenheit, Anfälligkeit für Verschwörungserzählungen und extremistische Positionen und Gedanken werden kann.

Doch das müsste nicht sein. Bremen wird nach wie vor weit unter Wert regiert. Das verbindende Element der aktuellen Regierungskoalition ist jedoch eher der Erhalt der Macht als der Anspruch, Bremerhaven und Bremen substanziell voranzubringen. Statt Herausforderungen unvoreingenommen und ressortübergreifend anzugehen, verheddert sich die Koalition im Klein-Klein von Ressortegoismen und Koalitionsquoten. Politik kann mehr, als neue Schulden zu machen und Geld mit der Gießkanne für Wahlkampfversprechen auszugeben. Politik muss Antworten für Ziele und Aufgaben der Zukunft geben. Dies erfordert eine kluge Führung, eine klare Schwerpunktsetzung und eine gute Verwaltung. Mit diesem Anspruch bewerben wir uns bei der Bürgerschaftswahl 2023. Bremen kann mehr - wenn's besser regiert wird.

Stationsname: Zukunft planen und Schwerpunkte setzen

Wir verstehen Politik nicht nur als Steuerung von Ressourcen, sondern vor allem auch als Managementaufgabe. Dazu gehört es, Prozesse besser und schneller zu steuern und Schwerpunkte zu setzen. Deshalb werden wir:

- ein Referat „Strategie und Zukunftsanalyse" im Rathaus installieren, in dem innovative Fachreferentinnen und Fachreferenten aus allen Ressorts um die besten Ideen für die Zukunft ringen und gemeinsam mit unserem Senatspräsidenten langfristige Planungen angestoßen werden, um Bremen und Bremerhaven nicht nur bis zur nächsten Wahl, sondern auch in zwanzig Jahren zu denken,
- Prioritäten für das Senatshandeln entwickeln und Ressorts zu eigener Prioritätensetzung anhalten. Die Bremer Verwaltung kann weder personell noch finanziell alles gleichzeitig und gleich gut leisten. Wir müssen uns deshalb auf eine breite, fundierte und nachvollziehbare Analyse stützen. So vermeiden wir Doppelstrukturen und unklare Verantwortlichkeiten.

Stationsname: Innovation gestalten

Die meisten Herausforderungen Bremens können nicht isoliert von einzelnen Ressorts gelöst werden. In der Regel bedarf es eines Zusammenspiels verschiedener Ressorts mit einem gemeinsamen Ziel. Das hat in der Vergangenheit vielfach nicht funktioniert. Wir wollen deshalb:

- 2% des Haushaltes pauschal zurückhalten und ausschließlich für ressortübergreifende Pilotprojekte zur Verfügung stellen, die bestehende Herausforderungen auf innovative Art und Weise zu lösen versuchen,
- die Grundlagen in der Verwaltung schaffen, um bis auf Referentenebene Innovation und gute Ideen zu fördern und dafür notwendige Finanzmittel in Aussicht zu stellen.

Stationsname: Öffentlichen Dienst zukunftsfähig aufstellen

Im öffentlichen Dienst des Landes Bremen arbeiten derzeit mehr als 29.000 Frauen und Männer. Diese Menschen arbeiten jeden Tag in Bremen und Bremerhaven für ein funktionierendes Gemeinwesen. Hinzu kommen noch einmal rund 26.000 Menschen in den Mehrheitsbeteiligungen des Landes sowie mehr als 3.300 Auszubildende, Anwärter und Referendare. Darin steckt ein enormes Potenzial, das wir als CDU besser und flexibler nutzen wollen, um auf sich verändernde Anforderungen schnell reagieren zu können. Der allgemein zu verzeichnende Fachkräfte- und Bewerbermangel, verstärkt durch die demographische Entwicklung, trifft auch viele Bereiche des öffentlichen Dienstes. Deshalb wollen wir die Attraktivität des öffentlichen Dienstes steigern, indem wir:

- eine schnelle, vorausschauende und zeitgemäß agierende Personalentwicklung seitens der Ressorts schaffen, die individuelle Aufstiegschancen und Karrieremöglichkeiten aufzeigt und vorausschauend plant,
- arbeitsplatzbezogene Konzepte für attraktive Arbeitsbedingungen auf den Weg bringen, die nicht nur potenziellen Nachwuchs ansprechen, sondern auch durch mehr Zufriedenheit der Mitarbeiter Fehlzeiten und arbeitsbedingten Erkrankungen besser als bisher vorbeugen,
- mobiles Arbeiten so weitgehend wie möglich ermöglichen, ohne dabei die so wichtige Gemeinschaft im Team aufzugeben, und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch durch flexible Arbeitszeiten und Lebensarbeitszeitmodelle verbessern,
- Mehrarbeit vorzugsweise durch einen Freizeitausgleich abgelten, und für Bereiche, wo dieses nicht möglich ist, ausreichende finanzielle Mittel zum Ausgleich bereitstellen,
- eine Bezahlung öffentlich Bediensteter gewährleisten, die sich konsequent am Bundesdurchschnitt orientiert und alle Möglichkeiten für leistungsorientierte Zulagen und Gratifikationen nutzen,
- allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst bis zum Ende des Jahres 2024 eine steuer- und sozialversicherungsfreie Zulage zum Ausgleich der Inflation zukommen lassen,
- die Tarifergebnisse der Tarifgemeinschaft deutscher Länder zeitnah- und inhaltsgleich auf Beamtinnen und Beamte im Land Bremen übertragen,

- bei allen das Personal betreffenden Veränderungen die Kompetenz der Personalvertretungen, denen wir eine partnerschaftliche Zusammenarbeit anbieten, so eng wie möglich einbinden,
- den öffentlichen Dienst in Bremen und Bremerhaven durch Austauschprogramme auf Bundesebene und mit anderen Bundesländern sowie mit der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und anderen vernetzen und durch Best-Practice besser machen. Durch einen erweiterten Austausch und mehr Hospitationsmöglichkeiten in der Vertretung Bremens beim Bund und Europa geben wir Beamten und Beschäftigten in den Senatsressorts praktische Einblicke in die Arbeit der europäischen Institutionen,
- die genannten und weitere Maßnahmen innerhalb einer flexiblen Organisationsentwicklung festschreiben und uns bei allen Entscheidungen die Verwaltung betreffend, daran orientieren.

Stationsname: Effiziente Lösungen für mehr Aufgaben und weniger Personal
Schnittstelle(n): Finanzen, Digitalisierung

Die Standardantwort von öffentlicher Verwaltung auf zusätzliche Aufgaben ist bislang der Aufbau neuer Stellen, selbst wenn der öffentliche Dienst teils im selben Ressort bereits kaum geeignetes Personal findet. Bereits existierende Stellen und Zuständigkeiten in anderen Ressorts, wegfallende Aufgaben und entstehende Synergieeffekte werden kaum bis gar nicht berücksichtigt. Wir werden:

- uns daher mit jeder neuen Aufgabe für die öffentliche Verwaltung fragen, ob wir wirklich mehr Personal benötigen oder durch Prozess- und Zuständigkeitsveränderung, Entbürokratisierung oder Digitalisierung Synergieeffekte und ungenutzte Potenziale heben können,
- bei Personalmangel Haushaltsmittel für unbesetzte Stellen flexibel dazu nutzen, gezielt Projekte (z.B. Digitalisierung, Prozessveränderungen, etc.) zu finanzieren, die die Angestellten von einfachen Vorgangsbearbeitungen, hohem Dokumentationsaufwand oder Schnittstellenproblematiken entlasten und so personelle Kapazitäten schaffen, sich den Kernaufgaben zu widmen.

LINIE: FINANZEN

Das Land Bremen befindet sich seit fast 30 Jahren in einer Haushaltsnotlage. Dies wurde Ende 2022 erneut vom Stabilitätsrat festgestellt und es wurde gefordert, einen Sanierungsplan vorzulegen. Nicht nur in dieser Debatte scheint es so, als haben sich die regierenden Parteien aus SPD, Grünen und Linken endgültig damit abgefunden. Der Schuldenberg wächst bis 2023 auf fast 23 Mrd. Euro und damit auf eine Pro-Kopf-Verschuldung von rund 34.000 Euro. Damit ist Bremen Spitzenreiter im Vergleich der Bundesländer. Im Länderdurchschnitt beträgt die Pro-Kopf-Verschuldung lediglich rund 8.000 Euro. Die Zinslast des immensen Schuldenbergs belastet den jährlichen Haushalt mit rund 550.000.000 Euro (550 Mio.). Somit sind mehr als zehn Prozent des Haushalts ausgegeben, bevor eine Kita oder Schule gebaut, eine Straße oder Brücke saniert oder ein Polizist, eine Lehrerin oder andere öffentlich Bedienstete bezahlt wurden. Jüngst hat der Stabilitätsrat, der die Haushaltsführung von Bund und Ländern überwacht, Bremen als einziges Bundesland zum Haushaltsnotlageland erklärt. Es droht ein Sanierungsverfahren mit Finanzaufsicht und einem harten Sparkurs.

Für die CDU Bremen muss auch in der Haushaltspolitik endlich mit dem nachhaltigen Handeln begonnen werden. Die Haushaltskonsolidierung der Vergangenheit hat einerseits im Wesentlichen von niedrigen Zinsen und hohen Steuereinnahmen durch eine gute Konjunktur gelebt. Sie ist andererseits durch Sparen am falschen Ende zustande gekommen: Dringend notwendige Investitionen in die Substanz öffentlicher Infrastruktur sind unterblieben, ebenso wurden dringend notwendige Investitionen in die Zukunft verschoben. Selbst in der aktuellen Phase explodierender Ausgaben und Verschuldung wurden in der jüngsten Haushaltsaufstellung für den Doppelhaushalt 2022/2023 die Investitionen im Landeshaushalt um insgesamt 87 Mio. Euro zusammengestrichen. Beides, das Anhäufen von Schulden und das Unterlassen von Investitionen, ist ein Kredit auf die Zukunft und eine unverantwortliche Hypothek für die Zukunft unserer Kinder. Angesichts steigender Zinsen und immer weiter steigender Kosten zum Beispiel für Bauvorhaben zeigt sich, dass die Finanzpolitik Bremens derzeit nicht zukunftsfähig aufgestellt ist und auf Messers Schneide steht. Wir werden deshalb umgehend Anstrengungen zur Reduzierung der laufenden Kosten, zur Reduzierung der Schuldenlast und zu einer Erhöhung der Investitionsausgaben auch über das Jahr 2023 hinaus konsequent einleiten. Für uns sind die Vorgaben der Schuldenbremse mit dem grundsätzlichen Verbot neuer Schulden, die seit 2020 gilt, die zentrale Voraussetzung und Grundsatz für eine nachhaltige und generationengerechte Haushaltspolitik.

Unsere Haushaltspolitik wird auch zukünftig auf bewährten Grundsätzen beruhen. Wir setzen auf wachsende Städte bei Einwohnerzahl und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und wollen damit auf der Einnahmenseite eine nachhaltige Steigerung der Steuerkraft erreichen. Wir werden jungen Familien attraktive Perspektiven in Bremen und Bremerhaven bieten, um den enormen Abwanderungsverlusten entgegenzuwirken. Im Jahr 2022 fehlten durch Abwanderungen seit 2009 etwa 180 Mio. Euro an jährlichen Steuereinnahmen. Wir setzen auf steuerliche Entlastungen und sorgen so für Anreize für die Mittelschicht zur Ansiedlung in Bremen. Die Grundsteuer in Bremen muss sich am

niedersächsischen Modell orientieren und damit einfacher, unbürokratischer und gerechter werden. Bei der Grunderwerbsteuer wollen wir junge Familien entlasten, die ein Eigenheim mit besonderem Sanierungsbedarf erwerben möchten.

Wir setzen auf strenge Ausgabendisziplin und eine z.B. durch die Digitalisierung effektiver und schneller handelnde Verwaltung. Aufgrund fehlender Schnittstellen müssen bei vielen Verwaltungsvorgängen noch immer mit hohem Arbeitsaufwand Daten händisch in Papierform übertragen werden. Bremen hinkt bei der Digitalisierung hinterher. Diesen Rückstand werden wir beenden. Es müssen zudem durch Zusammenlegung und Standardisierung mehr Synergien in zentralen Bereichen wie Personalverwaltung, Zuwendungen und IT genutzt werden. So lassen sich interne Prozesse einfacher und sparsamer realisieren.

Wir lehnen die Aussetzung der Schuldenbremse zur Finanzierung von Klimaschutzvorhaben ab. Das im November 2022 vorgestellte Schuldenprogramm (3 Mrd. Euro) wird die Haushalte durch Tilgung und Zinsen um mindestens weitere 150 Mio. Euro jährlich belasten. Außerdem gibt es für uns als CDU Bremen schon keine verfassungsrechtliche Grundlage. Denn: seit 1972 ist durch den Club of Rome bekannt, dass der Klimawandel eine existenzielle Bedrohung für die Erde ist. In den letzten 16 Jahren wurde in Bremen viel zu wenig gegen den Klimawandel unternommen und das Land ist bei der CO2-Reduktion am Tabellenende unter den Bundesländern. Jetzt von einer außergewöhnlichen, unvorhersehbaren Notlage zu sprechen, ignoriert die politischen Versäumnisse. Stattdessen schlagen wir zur Finanzierung von Klimaschutzinvestitionen neben der Umsteuerung innerhalb eines ausgeglichenen Haushalts und einer verstärkten Nutzung von EU-/Bundesmitteln eine privatwirtschaftlich strukturierte Klima-Anleihe vor.

Stationsname: Partizipativer Haushalt/Bürgerhaushalt

Alle Bürger dürfen über einen Teil des Bremer Haushalts direkt mitentscheiden. In einem begrenzten Budget müssen die Bürger die Ausgaben priorisieren, gegebenenfalls an anderer Stelle streichen und mitbestimmen. Die einzelnen Ressorts haben dafür Stadtteilbudgets auszuweisen, über die dann die dortigen Bürger entscheiden können. Wichtig ist die Abgrenzung zum Beirat und den dortigen Globalmitteln bzw. könnte man diese hiermit auch weiterentwickeln.

Stationsname: Einsparpotenziale in Bremen wecken und nutzen

Es gilt, die Einsparpotenziale im Bremer Haushalt zu entdecken. Aber nicht nur dort, sondern auch im täglichen Tun gilt es, eine neue Sparsamkeit an den Tag zu legen. Dafür sollen alle Ausgaben auf den Prüftisch und gleichzeitig die Bremer Bürger aufgerufen werden, Einsparpotenziale und -möglichkeiten zu melden. Führen diese Vorschläge zu einem Einsparerfolg, werden die Bürger hieran direkt beteiligt.

Stationsname: Für eine mittelschichtsfreundliche Steuerpolitik!
Schnittstelle(n): Wirtschaft, Lebenswerte Städte

Gerade die Mittelschicht darf steuerlich nicht weiter ausgepresst werden. Wir werden daher sicherstellen, dass es ein Belastungsmoratorium bei Gebühren aller Art gibt, und keine Steuern erhöhen. Auf Bundesebene werden wir uns gegen Steuererhöhungen für die Mittelschicht einsetzen, z.B. indem wir im Bundesrat einen Abbau der kalten Progression und höhere Freibeträge bei der Erbschaftssteuer unterstützen. Um der dramatischen Abwanderung junger Familien entgegenzuwirken, werden wir ein einfacheres und gerechteres Grundsteuermodell einführen, das insbesondere keine schleichenden Steuererhöhungen vorsieht und junge Familien, die ein Eigenheim mit besonders hohem Sanierungsbedarf erwerben, von der Grunderwerbsteuer entlasten. Wir werden in den Finanzämtern durch mehr Automatisierung, bessere IT (Hardware und Software) und innovative Ansätze wie KI einen effektiveren Personaleinsatz und damit eine schnellere Bearbeitung von Steuererklärungen sicherstellen. Den Bereich der Steuerprüfung werden wir auf den bundesweiten Standard anheben und so die Steuerausfälle deutlich verringern.

Stationsname: Schuldenbremse einhalten! Finanzielle Spielräume für folgende Generationen sichern.

Die Verankerung der Schuldenbremse hat sich insbesondere in wirtschaftlichen Krisenzeiten bewährt und sich als flexibles Instrument erwiesen. Daran wollen wir als CDU auch für die Zukunft festhalten. Entgegen der Behauptung insbesondere von SPD und LINKEN in Bremen ist sie kein Hindernis für die Handlungsfähigkeit des Staates, sondern schafft im Gegenteil durch Haushaltsdisziplin erst Spielräume, um Geld für die wirklich wichtigen Dinge ausgeben zu können, insbesondere für nachhaltige Investitionen in die wirtschaftliche Transformation und Leistungsfähigkeit. Darüber hinaus ist die Schuldenbremse ein wichtiges Signal sowohl an steuerzahlende Unternehmen als auch an die Bürger, dass der Staat seine Hausaufgaben erledigt und danach strebt, Steuern und Abgaben auf einem vernünftigen Niveau zu halten. Nicht zuletzt ist die Einhaltung der Schuldenbremse auch eine Frage der Generationengerechtigkeit, denn Kredite gibt es nicht umsonst. Im Gegenteil: Zinszahlungen belasten die Haushalte des Landes Bremen schon heute mit ca. 550 Mio. Euro jährlich, die aus dem laufenden Haushalt bedient werden müssen. Von Tilgungen ist noch nicht die Rede. Diese Verpflichtungen schränken die Handlungsfähigkeit des Staates stark ein. Wenn wir der jungen Generation Handlungsspielräume erhalten wollen, dann muss die Schuldenbremse auch in Zukunft eingehalten werden. Als CDU Bremen werden wir:

- den Grundsatz, dass die Einnahmen, die Ausgaben decken müssen, zum Leitprinzip unserer Haushaltspolitik machen,
- die im Grundgesetz und in der Landesverfassung festgeschriebene Schuldenbremse einhalten,
- alle Anstrengungen unternehmen, um neue Kreditaufnahmen auf ein Minimum zu begrenzen und die derzeit bestehenden Belastungen aus Zins und Tilgung so weit wie möglich zu reduzieren.

Stationsname: Doppelstrukturen auflösen

Wir werden Doppelstrukturen in der Verwaltung abbauen. So ist z.B. für den Einkauf neben dem Haushaltsreferat in jedem Fachressort die Zentrale Service- und Koordinierungsstelle für die Vergabe von Bau- und Dienstleistungen beim Wirtschaftsressort zuständig. Für zentrale Beschaffungen gibt es das Einkaufs- und Vergabezentrum bei Immobilien Bremen. Dort findet auch eine Beratung zu sozialen Aspekten der Beschaffung statt. Die Beratung zu ökologischen Aspekten der Beschaffung ist wiederum in der Stelle zu den Grundsatzfragen der ökologischen öffentlichen Beschaffung im Umweltressort angesiedelt. Alle Leistungen aus einer Hand funktionieren besser und sind günstiger.

Stationsname: Personal sinnvoll einsetzen

Seit 2019 ist das Personal in der Kernverwaltung von 14.600 auf über 16.000 Stellen angewachsen. In den politischen Spitzen der senatorischen Behörden hat ein erheblicher Personalaufwuchs stattgefunden, den wir rückgängig machen werden. Nur die Neuschaffung des künstlichen Ressorts „Wissenschaft und Häfen" aus politischen Gründen hat allein zu Mehrkosten von deutlich über 1 Mio. Euro jährlich geführt. In der Senatskanzlei ist seit 2019 ein Personalaufwuchs von 45 auf 75 Stellen erfolgt, mit jährlichen Mehrkosten von über 2 Mio. Euro. Über alle Ressorts hinweg wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Koordinierungs-, Konzeptions-, Beauftragten- und Stabsstellen neu geschaffen, die sich oft nur selbst verwalten und die wir im Rahmen einer Aufgabenkritik wieder verringern werden. Stattdessen sollen besonders wichtige operative Funktionen wie im Finanzamt, im Jugendamt und in der Wohngeldstelle gestärkt werden, um den Bürgerservice und die Bürgerunterstützung zu verbessern. Im Finanzamt können durch eine Angleichung der Ausstattung für die Außenprüfung an den Standard der anderen Bundesländer Steuerausfälle in Millionenhöhe verhindert werden. Im Jugendamt führt eine mangelnde Ausstattung zu weniger präzisen Maßnahmen und damit häufig zu teuren stationären Unterbringungen statt Prävention und ambulanten Maßnahmen. Dadurch entstehen jährliche Mehrkosten in mittlerer zweistelliger Millionenhöhe.

Stationsname: Pensionsfonds zum Nachhaltigkeitsfonds machen

Um gerade im Haushaltsnotlageland Bremen die Pensionen der Beamten langfristig zu sichern, werden wir den bislang geplanten schrittweisen Abbau der Pensionsrücklage (etwa 500 Mio. Euro) beenden. Angesichts von künftigen Pensionslasten in Höhe von etwa 20 Mrd. Euro ist es unverantwortlich, bestehende Absicherungen aufzulösen. Stattdessen werden wir den Pensionsfonds in einen Nachhaltigkeitsfonds umwandeln und mit seinen Mitteln in sichere, umweltfreundliche Anlagen investieren, die zugleich eine attraktive Verzinsung gewährleisten.

Stationsname: Schwerpunkte in der Ausgabenpolitik

Wir setzen in der Ausgabenpolitik auf klare Schwerpunkte: Bildung (Kita, Schulen und Hochschulen), Verkehr und Infrastruktur, Verbesserungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die Innere Sicherheit (Polizei und Justiz) müssen auch in der Ausgabenpolitik sichtbare Priorität haben. Dem steht z.B. gegenüber, dass einem überproportionalen Anwachsen der Ausgaben für den sozialen Bereich entgegengewirkt werden muss. Hierbei gilt es, eine übergreifende Strategie zur Armutsbekämpfung zu entwickeln, die Wirksamkeit der Maßnahmen fortlaufend zu überprüfen und Erfolge für die Menschen zu schaffen, um sie nicht länger in staatlicher Abhängigkeit zu halten. Mit dieser Politik werden wir das ineffiziente Sparen „mit dem Rasenmäher" beenden zugunsten einer klaren Prioritätensetzung und die staatlichen (Kern-) Aufgaben bündeln und effektiver gestalten.

Stationsname: Innovationsfonds Klimaschutz
Schnittstelle(n): Klima

Um Innovationen und Investitionen in neue Technologien und Prozesse für Klimaschutz und Ressourceneffizienz im Land Bremen zu fördern, müssen wir neben öffentlichen Geldern auch mehr privates Kapital mobilisieren. Dafür schlagen wir die Schaffung eines Landes-Innovationsfonds „Klimaschutz" mit Schwerpunkt auf Start-ups sowie kleinen und mittleren Unternehmen vor. Mit dem „Innovationsfonds Klimaschutz" sollen innovative Projekte und Ideen von der Entwicklung bis zur Anwendung von klimaschonenden Technologien und Innovationen in den Bereichen wie erneuerbare Energien, Energieeffizienz, künstliche Intelligenz, Kreislaufwirtschaft und Emissionsvermeidung unterstützt werden. Durch eine 50:50-Beteiligung von öffentlicher Hand und privaten Investoren und Investorinnen an entsprechenden Projekten sehen wir die Chance, private Investitionen für Klimaschutzprojekte anzukurbeln. Daher werden wir als CDU Bremen

- zeitnah Gespräche mit privaten Kapitalgeberrinnen und Kapitalgebern für die Gründung und die genaue Ausgestaltung eines „Innovationsfonds Klimaschutz" aufnehmen.

Stationsname: Klima-Anleihe
Schnittstelle(n): Klima

Um die erhöhten Investitionsbedarfe für die klimafreundliche Transformation der Wirtschaft einerseits und die finanzielle Stabilität andererseits in Einklang zu bringen, spricht sich die CDU Bremen in Zeiten steigender Kapitalmarktzinsen und zur Einhaltung der Schuldenbremse für die Ausgabe einer Klima-Anleihe (Green Bond) über die Bremer Aufbaubank (BAB) aus, für die das Land Bremen eine Bürgschaft übernimmt. Die BAB soll in Form eines Sparbriefs Gelder von Privatleuten einsammeln, diese in wirtschaftlich rentable Klimaschutzmaßnahmen wie den PV-Ausbau und die Sanierung öffentlicher Gebäude investieren und aus den Erträgen Tilgung und Zinsen erwirtschaften. Der Staatshaushalt bleibt so außen vor und wird nicht durch neue Staatsschulden belastet. Zugleich erhöht die niedrigschwellige Anlagemöglichkeit die Akzeptanz der Bürger, die ganz konkret am Klimaschutz teilnehmen und auch verdienen können. Wir sind davon überzeugt,

dass durch die Freisetzung der wirtschaftlichen Chancen hinsichtlich klimafreundlicher Technologien und der damit verbundenen Arbeitsplätze eine Rückzahlung der Investitionen möglich ist. Somit leistet die Klima-Anleihe einen Beitrag, um wirtschaftlich sinnvolle Investitionen anzureizen, die Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven langfristig zu sichern und gleichzeitig die öffentlichen Finanzen zu stabilisieren. Als CDU Bremen werden wir:

- keine Aussetzung oder Umgehung der Schuldenbremse für Klimaausgaben mittragen,
- die Emission eines „Green Bonds" durch die Bremer Aufbaubank auf den Weg bringen,
- in einem ersten Schritt die Geldanlage exklusiv zu besonderen Konditionen für Privatpersonen und Kleinanleger bis zu 100.000 Euro öffnen,
- in einem zweiten Schritt die Zeichnung der Anleihe zu marktüblichen Konditionen für institutionelle Anleger öffnen,
- eine Rückzahlung des „Green Bonds" ausschließlich aus eigenen Erträgen ohne Beteiligung des Staatshaushalts sicherstellen.

Stationsname: Projekte müssen Wirkung entfalten!

Ein effektiver und seriöser Umgang mit öffentlichen Mittel bedeutet für uns nicht nur Sparsamkeit und Ausgabendisziplin. Wir werden stärker als bisher die Wirkung öffentlicher Ausgaben überprüfen und insbesondere Zuwendungen an (externe) Projekte und Institutionen regelhaft mit einer Überprüfung von Notwendigkeit und Zielerreichung versehen. Wir wollen mehr standardisierte Kennzahlen, die konkrete Effekte nachweisen, und weniger Prosa-Berichte. So verschlanken wir Prozesse und sparen Bürokratie, z.B. mit Unterstützung der Digitalisierung oder Künstlicher Intelligenzen. Darüber hinaus gilt auch: Wo wir Geld ausgeben und investieren, wollen wir die Umsetzung schneller und basierend auf zuverlässigen Planungen und Kalkulationen realisiert sehen. Eine weitere Verbesserung, z.B. im Management von Immobilien-Bremen, ist nicht nur im Interesse des Steuerzahlers, sondern auch im Interesse der Bedarfsträger, z.B. in der Bildung oder bei der Polizei. Hierzu bedarf es in diesem Bereich nicht nur der personellen Verstärkung und der Reduzierung von bürokratischen Hemmnissen. Wir wollen insbesondere die Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und privaten Anbietern von Dienstleistungen ausweiten. Darüber hinaus ist uns wichtig, die Inanspruchnahme von Förderungsmöglichkeiten des Bundes und Europas seitens des Landes professioneller und zwischen Land und unseren Kommunen gerechter zu gestalten (z.B. hinsichtlich der Verantwortung für die Bereitstellung der sog. Ko-Finanzierung/ der regionalen Eigenmittel), auch mit dem Ziel, diese Möglichkeiten im Interesse Bremens und Bremerhavens besser ausschöpfen zu können.

Stationsname: Gebäude- und Immobilienmanagement aus einer Hand!
Schnittstelle(n): Führung & Verwaltung

Derzeit gibt es beim Umgang mit kommunalen Immobilien keine funktionierende Aufgabenteilung zwischen den Behörden und Immobilien Bremen (IB). Dies gilt auch für die

Absprachen von Behörden und Ämtern untereinander. Dieses unorganisierte Liegenschaftsmanagement hat zur Folge, dass im Einzelfall nur kurzfristig auf die Flächenbedarfe geschaut wird, die aufgrund von landes- oder bundesgesetzlichen Regelungen entstehen. Dies wiederum führt dazu, dass Bremen sehr langfristige und sehr teure Mietverträge abschließt.

Als CDU Bremen werden wir

- die Aufgabe des strategischen Immobilienmanagements komplett in einem Senatsressort bzw. in einer Behörde zusammenführen,
- nach einer detaillierten Bestandsaufnahme und der Erstellung einer mittelfristigen Bedarfsplanung klare Schwerpunkte beim Gebäudemanagement setzen. Vorrangig sollen eigene Immobilien entwickelt werden. Bei Anmietungen muss das Ziel möglichst niedriger Mieten genauso berücksichtigt werden wie eine effiziente Nutzung, geringer Leerstand und Energieeffizienz. Denn die in energetischer Hinsicht am schlechtesten bewerteten Gebäude sollten auf der Grundlage mittelfristiger Planungen zeitnah saniert oder aufgegeben werden. Dies ist nicht nur strategisch klug, sondern spart zukünftig auch Energiekosten ein und führt zu einem Sanierungsanreiz auf dem Mietmarkt in Bremen.

Stationsname: Grundsteuer einfach und gerecht gestalten
Schnittstelle(n): Lebenswerte Städte

Das sehr bürokratische und kaum zu durchblickende Verfahren bei der neuen Grundsteuer hat zu Recht viele Bürger verärgert. Wir brauchen nicht weit zu schauen, um ein besseres Modell als das Scholz-Modell des Bundes zu finden. Unsere Nachbarn in Niedersachsen haben in der Großen Koalition ein einfacheres und gerechteres Modell entwickelt: das sogenannte Flächen-Lage-Modell. Es berücksichtigt Größe, Bebauung und Bodenwert.

Als CDU Bremen werden wir:

- das niedersächsische Grundsteuermodell übernehmen,
- die Hebesätze für die Grundsteuer so festsetzen, dass das Steueraufkommen im Vergleich zum aktuellen Stand gleichbleibt, und künftig keine Erhöhungen vornehmen.